

Franz Ronneberger

**Südosteuropa  
in den internationalen  
politischen Beziehungen  
der Gegenwart**

---

**Verlag Otto Sagner München · Berlin · Washington D.C.**

Digitalisiert im Rahmen der Kooperation mit dem DFG-Projekt „Digi20“  
der Bayerischen Staatsbibliothek, München. OCR-Bearbeitung und Erstellung des eBooks durch  
den Verlag Otto Sagner:

<http://verlag.kubon-sagner.de>

© bei Verlag Otto Sagner. Eine Verwertung oder Weitergabe der Texte und Abbildungen,  
insbesondere durch Vervielfältigung, ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages  
unzulässig.

«Verlag Otto Sagner» ist ein Imprint der Kubon & Sagner GmbH.  
Franz Ronneberger - 978-3-95479-717-2  
Downloaded from PubFactory at 01/11/2019 10:06:59AM  
via free access

£ 61.42 (10)

## **SÜDOSTEUROPA-STUDIEN**

im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von  
**WALTER ALTHAMMER**

---

10

---

**Franz Ronneberger**

# **Südosteuropa in den internationalen politischen Beziehungen der Gegenwart**

---

**EIGENVERLAG DER SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT  
MÜNCHEN 1968**

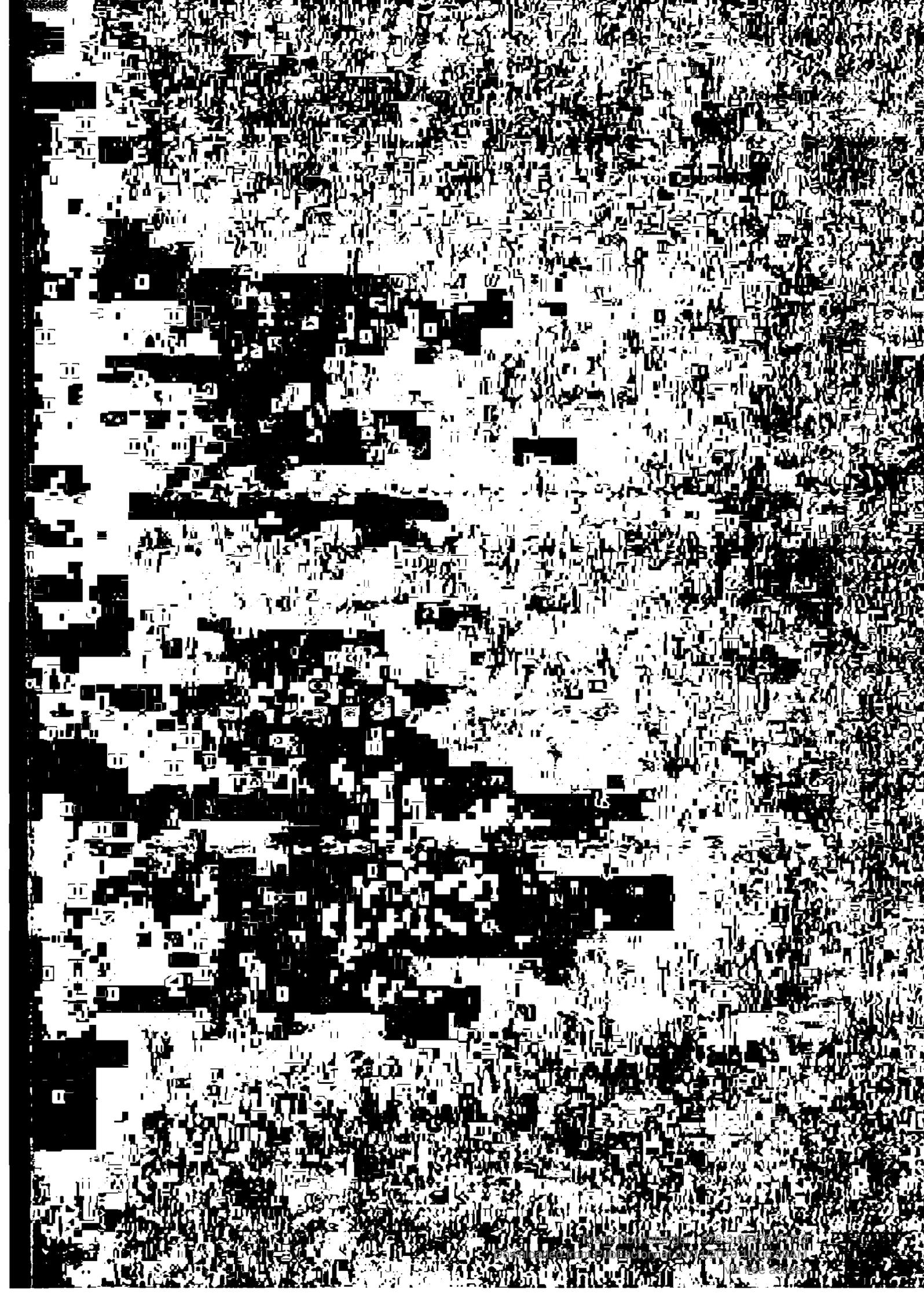
91<sup>a</sup> G

# **SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT**

**8 München 22, Widenmayerstr. 49 – Tel. 29 44 02**

## **PRÄSIDIUM**

**Präsident: Dr. Walter Althammer, MdB, Augsburg. Vizepräsidenten: Professor Dr. Hermann Gross, München; Alfred Hönig, Salzburg; Dr. Günther Müller, MdB, München. Dr. Mathias Bernath, München; Redakteur Hans Hartl, Starnberg; Direktor Dr. Hamilkar Hofmann, München; Professor Dr. Hans-Joachim Kißling, München; Landeshauptmann Dr. Ing. Hans Lechner, Salzburg; Direktor Ernst Lederer, Frankfurt-Main; Professor Dr. Alois Schmaus, München; Dr. Emanuel Turczynski, München.**





Z 61.42 ( 10

**SÜDOSTEUROPA-STUDIEN**

im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von  
WALTER ALTHAMMER

---

10

---

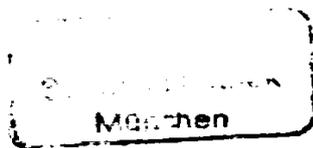
Franz Ronneberger

**Südosteuropa in den internationalen  
politischen Beziehungen der Gegenwart**

---

EIGENVERLAG DER SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT  
MÜNCHEN 1968

A 701 3751



**Redaktion: Dr. Hanna Gülich-Bielenberg, Kiel**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung: Südosteuropa an der Schwelle einer neuen Politik	5
I. Südosteuropa in der internationalen Politik bis zum Zweiten Weltkrieg	6
1. Wandlungen des Südosteuropabegriffs	6
2. Politik der Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg	8
3. Südosteuropapolitik der Großmächte in der Zwischenkriegszeit	9
4. Deutsche und nationalsozialistische Südosteuropapolitik	13
5. Vorstoß der Sowjetunion nach Südosteuropa	15
II. Ansätze und Kriterien politischer Differenzierung in den kommunistischen Ländern Südosteuropas	21
1. Vier Phasen der sowjetrussischen Südosteuropapolitik	21
2. Die Sonderstellung Jugoslawiens vor und nach dem Konflikt mit der Sowjetunion	22
3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit (COMECON) im Dienste politischer Führung	25
III. Polyzentrische Tendenzen im nachstalinschen kommunistischen System	29
1. Der Durchbruch nationaler Interessen	29
2. Der sowjetisch-chinesische Gegensatz	31
3. Auswirkungen des sowjetisch-chinesischen Konflikts auf die kommunistischen Länder Südosteuropas	34
4. Der Sonderfall Albanien	37
5. Die Politik des Zurückweichens	40
6. Neue Machteliten	42
7. Die rumänischen Unabhängigkeitsbestrebungen	42

	Seite
<b>IV. Die außenpolitischen Beziehungen des Westens mit den kommunistischen Ländern Südosteuropas</b>	<b>48</b>
1. Großbritannien	48
2. Frankreich	49
3. Italien	52
4. USA	53
5. Bundesrepublik Deutschland	56
<b>V. Südosteuropa im System der internationalen politischen Beziehungen</b>	<b>69</b>
<b>Anmerkungen</b>	<b>74</b>

## Einführung: Südosteuropa an der Schwelle einer neuen Politik

Die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einigen kommunistisch regierten südosteuropäischen Ländern in den Fünfzigerjahren, die Errichtung von Handelsmissionen zu Beginn der Sechzigerjahre, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien 1967 und mit Jugoslawien 1968 im Rahmen der Bestrebungen zur politischen Normalisierung der Beziehungen zu den anderen Staaten dieses Raumes durch das Kabinett Kiesinger-Brandt sind Etappen auf dem Wege zur Überwindung eines politischen Vakuums, für das es in den internationalen Beziehungen der Bundesrepublik nichts Vergleichbares gibt. Trotz ihrer räumlichen Nähe standen bisher die sozialistischen Länder Südosteuropas der Bundesrepublik in politischer Hinsicht ferner als irgendeiner der neugegründeten postkolonialen afrikanischen oder asiatischen Staaten, ferner auch als die Sowjetunion, mit der diplomatische Beziehungen bereits seit 1955 bestehen. Dieses Phänomen hat gewiß mehrere Ursachen und ist auch geschichtlich nicht ohne Parallele: Der entscheidende Grund dürfte in dem Wandel der weltpolitischen Konstellation nach 1945 liegen, der sich für dieses Gebiet radikal ausgewirkt hat. Betroffen sind nicht nur die Beziehungen zu Deutschland, sondern auch zu anderen ehemaligen Großmächten ebenso wie zu den Nachbarländern. Im deutschen Falle kommt als weiteres Moment die politische Spaltung hinzu, für die es keine geschichtliche Analogie gibt.

Wenn mehr als zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges überhaupt eine neue Phase oder Etappe in den deutsch-südosteuropäischen politischen Beziehungen beginnt, so ist das nur zu einem Teil dem Willen der Bonner Regierung zuzuschreiben. Es mußten strukturelle Veränderungen vorausgehen, die eine solche Entwicklung überhaupt möglich machten. Sie betreffen in gleicher Weise das Bedürfnis nach Lockerung der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von der Sowjetunion wie der Teilnahme an der westlichen Wohlstandsentwicklung; sie bestehen dagegen nicht oder zumindest nicht entscheidend in dem Bedürfnis nach Abschaffung der jetzigen politischen Systeme. Soweit man von einem neuen Nationalismus sprechen kann, ist er nicht primär kommunistusfeindlich.<sup>1</sup> Industrialismus und Kommunismus haben sich auch in Südosteuropa innig verbunden; der Kommunismus von heute spielt -mit allen Vorbehalten gegenüber historischen Vergleichen- die Rolle des Puritanismus, Merkantilismus und Etatismus bei der Industrialisierung Englands, Frankreichs und Deutschlands im 18. und 19. Jahrhundert. Er hat nicht nur die soziale und mentale Struktur in den Ländern von Grund auf verändert, sondern wirkt auch weiterhin als Motor der industriellen Revolution. Insofern haben wir es mit einer autochthonen Entwicklung zu tun. Mit dem Bedürfnis nach Anschluß an die westlichen materiellen Lebensbedingungen geht allerdings das Bedürfnis nach Wiederanknüpfung der einstigen vielfältigen zivilisatorischen Beziehungen zum Westen einher. Das gilt auch für die slawisch sprechenden Nationen, deren Einfügung in die sowjetrussische Machtsphä-

re durch einen kommunistischen und einen slawophilen Zügel gelenkt wurde. Während aber Industrialismus und zivilisatorischer Standard gewissermaßen für alle Länder Südosteuropas, kommunistische wie nichtkommunistische, das gemeinsame Ziel darstellen, unterscheiden sich bei der praktischen Durchführung die Formen erheblich und mit wachsender Geschwindigkeit. So entsteht folgende paradoxe Situation: Wenn nach der Machtergreifung des Kommunismus zunächst eine weitgehende Nivellierung zwischen den betroffenen Ländern einsetzte und eine Barriere gegenüber den nichtsozialistischen Ländern Griechenland und der Türkei aufgebaut wurde, erweist es sich heute, daß der mit der Sozialisierung eingeleitete verstärkte Industrialisierungsprozeß die Bedingungen, unter denen er begann, sprengt und zu beseitigen droht, nämlich die Einheitlichkeit des kommunistischen Bekenntnisses. Wir sind Zeugen einer Differenzierung der ökonomischen, kulturellen und politischen Formen ebenso wie der ideologischen Einheitlichkeit. Welche Konsequenzen diese Wandlung für das Verhältnis der sozialistischen zu den nichtsozialistischen südosteuropäischen Staaten haben wird, läßt sich vorerst noch nicht absehen. Es kann allerdings vermutet werden, daß sich gewisse kulturelle und politische Gruppierungen, die sich aus der Konstanz überkommener Faktoren herleiten lassen, im Verlaufe der weiteren Entwicklung wieder stärker durchsetzen werden, und zwar Gruppierungen, die die Grenze zwischen dem sozialistischen und nichtsozialistischen Südosteuropa überspringen.

Südosteuropa ist also im Begriffe, sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch neu zu orientieren; und dieser Prozeß bedeutet für die westlichen Länder, insbesondere für die Bundesrepublik, eine Herausforderung zur Überprüfung ihres Bildes von Südosteuropa. Diese Aufgabe erscheint nicht minder schwierig und bedeutungsvoll als bei vorausgegangenen Etappen der politischen Entwicklung, und es kommt wiederum darauf an, gewisse stereotype Vorstellungen und Vorurteile zu überwinden. Bleibt der Westen blind für die strukturellen und geistigen Wandlungen, die sich in diesem Teile Europas gegenwärtig vollziehen, so verpaßt er die Chance, die nach wie vor auf der Anziehungskraft der europäischen Kulturtradition beruht.

## I. Südosteuropa in der internationalen Politik bis zum Zweiten Weltkrieg

### 1. Wandlungen des Südosteuropabegriffs

Die Unsicherheit des deutschen und darüber hinaus des europäischen politischen Verständnisses von Südosteuropa ist schon immer in der Namentgebung für diesen Teil des europäischen Kontinents zum Ausdruck gekommen.<sup>2</sup> Südosteuropa war so etwas wie ein Verlegenheitsbegriff, eine Leerformel, eine auf formalen Kriterien beruhende Bezeichnung für einen Raum, dessen Verhältnis zum übrigen Europa durch ganz andere Faktoren bestimmt schien als durch die Angabe einer Himmelsrichtung. Nur

sind eben diese anderen Faktoren mit starken Affekten beladen und belastet, mit historischen Erinnerungen, Sentiments und Ressentiments, um nicht zu sagen: mit Vorurteilen aller Art. Sie haben ihren Niederschlag in einer Anzahl von Namen gefunden, die allerdings nur Teile des Gesamt-raumes betreffen und in sich widersprüchlich und kontrovers sind. Gemeint sind: Balkan, europäische Türkei, Donaauraum, Mitteleuropa, Donauropa. Ihre politische Bedeutung besteht vorwiegend darin, daß sie im Gegensatz zum Südosteuropabegriff die Beziehungen des übrigen Europa zu den Ländern und Völkern im Südosten des Erdteils jeweils festlegen. Sie nehmen auf die eine oder andere Art Stellung, ihnen haften Wertakzente an. Genesis und Wandlung dieser Begriffe brauchen in diesem Zusammenhange nicht mehr systematisch dargestellt werden.<sup>3</sup> Wir haben lediglich zu vermerken, daß die einst alleinherrschenden Bezeichnungen heute immer seltener gebraucht werden, zumindest aber den Rückzug aus der Alltagssprache und aus der politischen in die wissenschaftliche Diktion anzutreten im Begriffe sind. Selbstverständlich gibt es noch einen geographischen Donaauraumbegriff, und der Balkan ist nach wie vor ein Begriff in Linguistik und Kulturwissenschaft. Aber die politischen Färbungen, die Reminiszenzen verblassen. Die Generationen, die an den "wilden", "blutigen" und revolutionären "Balkan" oder an die bedrohte, schwer ringende, aber schon kraftlose Donaumonarchie noch eine persönliche Erinnerung oder Beziehung zu ihr haben, sterben aus. Balkan und Balkanisierung als Ausdruck für politische Unordnung werden vielfach bereits metaphorisch ohne Bezug auf Geographie und Geschichte der Balkanhalbinsel und des balkanischen Kulturraumes gebraucht. Andere Länder und Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika haben dem "Balkan" seinen Rang als politischer Unruheherd, als politische Störzone abgelassen. Dank der modernen Informationstechniken werden vom Publikum an Fernsehschirmen und Rundfunkgeräten heute Unruhen, Putsche, Revolutionen, Streiks, Bürgerkriege in Vietnam, im Kongo, im Irak, in Malaysia, im Yemen oder in Kolumbien und Kuba ebenso nah oder fern, jedenfalls nicht wesentlich anders erlebt als der Aufstand in Ungarn oder der Bürgerkrieg auf Zypern. An die Stelle der unmittelbaren Erfahrung, zu der auch der persönliche Erlebnisbericht eines Freundes oder Bekannten zu rechnen ist, tritt die vermittelte Erfahrung, für die es keine Tiefendifferenzierung, keine Perspektive mehr gibt. Sie überspringt die Räume und Zeiten, suggeriert uns die Illusion des Überalldabeiseins, zerstört aber mehr und mehr die eigene und persönliche Beziehung zu den politischen Vorgängen und Räumen.

Der Balkan hat also für uns Europäer seine sensationelle Anziehung weitgehend eingebüßt; dagegen gewinnt er im Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten zunehmend an Interesse als preiswertes Urlaubsziel mit sorgsam gepflegter folkloristischer Tradition und Ferienunterhaltung. Darüber verblassen die geschichtlichen Erinnerungen oder werden als Kulisse und Stoff für "Stories" verramscht. Die Staatsführungen der kommunistisch regierten Länder geben sich alle Mühe, ihre Küsten- und Waldgebiete dem Massentourismus und der Jagdleidenschaft zu erschließen, sich gleichzeitig als politisch "stubenrein" und vertrauenswürdig zu empfehlen.

## 2. Politik der Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg

Alle diese tatsächlichen und vermeintlichen Wandlungen gewinnen ihre volle Bedeutung erst, wenn man sie aus der Perspektive der Position Südosteuropas innerhalb der politischen Machtkonstellationen im Ablauf der letzten hundert Jahre betrachtet, also vom Zeitpunkt des "nationalen Erwachens" der Völker dieses Raumes über mehrere Etappen der Staatwerdung bis an die Schwelle der jüngsten Phase einer abermaligen Neuorientierung. Wenn wir von der Expansion Österreichs und Ungarns in den Jahrhunderten, die auf die Türkenkriege folgten, absehen und sie einer Epoche zurechnen, in der die Völker im Donau- und Balkanraum noch nicht(wieder) als politische Einheiten handlungsfähig waren, so erstreckt sich die erste hier interessierende Epoche von den Freiheitskämpfen und -kriegen der Griechen, Südslawen und Rumänen im Zeitalter des Imperialismus bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Mit dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, des Deutschen Kaiserreichs und des Zaristischen Rußlands verschwanden die traditionellen Ordnungsmächte in diesem Raum sozusagen über Nacht. Was bedeutete dieses Ereignis für die Beziehungen Südosteuropas zum westlichen Teil Europas und für das Verständnis Südosteuropas in diesem anderen Europa? Wie hatte man in den mittel- und westeuropäischen Hauptstädten die Lage der Donau- und Balkanvölker bis dahin gesehen? Das läßt sich am besten an der Einstellung und am politischen Handeln Otto von Bismarcks zeigen, der in dieser Hinsicht die Epoche bis zum Ersten Weltkrieg politisch repräsentiert. Er hatte sich nicht geringe Sorgen über den revolutionären Charakter der politischen Zustände in der Osmanischen Türkei und in der Habsburger Monarchie gemacht und innerhalb seines Horizontes und seiner Möglichkeiten alles getan, um die Ordnung, wie er sie verstand, zu erhalten.<sup>4</sup> Für ihn wie für seine Zeitgenossen bestand im Grunde kein Zweifel, daß die Völker Südosteuropas in den überkommenen Reichsordnungen am besten aufgehoben seien und daß sich auch ihre nationale Entwicklung in dem vorgesehenen Rahmen am ungefährlichsten für die Friedensordnung vollziehen könne und müsse. Der Orientpolitik war aus dieser Sicht die Aufgabe gestellt, das Zusammenwirken der europäischen Großmächte zu organisieren und ihre Rivalitäten wenigstens so weit zu überwinden, daß den auflösenden, "revolutionären" Kräften in diesem Teil Europas keine Chance gegeben werde, durch ihre Maßlosigkeit den Frieden zu bedrohen. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges war nicht zuletzt die Quittung dafür, daß sich Bismarcks Konzeption nicht hatte verwirklichen lassen; sie war in gleicher Weise an der mangelnden Einsicht und Selbstbescheidung der Großmächte wie an der Wucht der nationalen Bedürfnisse der südosteuropäischen Völker gescheitert. Dieser Sachverhalt läßt sich auch anders formulieren: Bis 1918 gab es weder eine spezifisch deutsche, französische, russische oder englische, noch eine gemeinsame Südosteuropapolitik dieser Mächte, sondern lediglich eine Politik der isolierten nationalen Interessen, in der Südosteuropa die hochbedeutsame Funktion des Vorfeldes, der Störzone hatte. Die nationalen und sozialen Bedürfnisse der Serben, Bulgaren, Ungarn,

Rumänen, Griechen waren Elemente in einem Spiel, das die Großmächte untereinander austrugen, und in dem sie sich gegenseitig zu schädigen oder zu übervorteilen suchten.

### 3. Südosteuropapolitik der Großmächte in der Zwischenkriegszeit

Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches bedeutete nicht nur den Vollzug der nationalstaatlichen Entwicklung in Südosteuropa, er gab auch das Signal für eine andersartige Zuwendung Frankreichs, Englands, Italiens und der Sowjetunion gegenüber dem südosteuropäischen Raum. Was sich im Dekolonialisierungsprozeß nach 1945 im Verlauf von zwei Jahrzehnten vollzog, ereignete sich 1919 inmitten Europas schlagartig: Es entstanden allein in Südosteuropa drei neue Staatsgebilde, im gesamten "Zwischeneuropa"<sup>5</sup> acht Neustaaten. Aus der Tiefe und Breite dieses politischen und geistigen Umbruchs stieg Südosteuropa damals plötzlich als ein politisches Neuland empor, auf das sich die europäischen Staaten und Völker mühsam einstellen mußten. Jetzt wurde der Charakter dieser Mittel- und Kleinvölkerzone politisch offenbar und relevant. Kein südosteuropäisches Volk überragt seinen Nachbarn zahlenmäßig so, daß auf dieser Grundlage eine Hegemonie gerechtfertigt wäre und errichtet werden könnte.<sup>6</sup> Allmählich dämmerte die Erkenntnis, daß im Zeichen der Nationalstaatsidee bereits die ungarischen Vorherrschaftsversuche im 19. Jahrhundert hatten scheitern müssen, und es wurde klar, daß es den großserbischen, großbulgarischen, großrumänischen oder gar großalbanischen Hegemonieansprüchen nicht anders ergehen müßte. Es sollte sich zeigen, daß sich nicht einmal konföderative Strukturen durchzusetzen vermochten, wie die Geschichte der Kleinen Entente, der Donauföderationspläne und Balkanpakte erwies. Ebenso wenig konnte man darauf hoffen, nationale Staatseinheiten aufzubauen, in denen keine Minderheiten anderer Völker enthalten waren, oder die nicht mit Minderheiten in anderen Staaten vertreten waren. Nun erst wurde mit allen Konsequenzen offenbar, was es bedeutete, daß der nationale Einschmelzungs- und Integrationsprozeß in Südosteuropa mit der Verspätung von vielen Jahrhunderten inganggekommen war. Wie sollte man erwarten können, daß die in Mitteleuropa Jahrhunderte währende nationale Vereinheitlichung im Südosten innerhalb weniger Jahrzehnte vonstatten gehe! Die südosteuropäischen wie die übrigen europäischen Völker mußten eine neue Konzeption zu finden suchen, um mit diesen eigenartigen strukturellen Gegebenheiten und Gesetzmäßigkeiten fertig zu werden. Ohne die Möglichkeit, von innen heraus zur Stabilisierung der politischen Beziehungen durch Ausgleich der nationalen Gegensätze zu gelangen und ohne das Vorhandensein einer Führungsmacht von außen, die genügend Autorität besaß, verbindliche Regelungen zu treffen, sahen sich die an Südosteuropa interessierten europäischen Mächte mehr denn je auf eine Politik der kurzfristigen Interventionen zurückgeworfen. Die Rivalen mußten versuchen, durch wirtschaftlichen und politischen Druck Abhängigkeiten zu schaffen, Bündnisse ins Leben zu rufen und somit einen dauernden politischen Einfluß zu sichern.

Trotz solcher Interessengegensätze und Konflikte entstand dennoch in diesen knappen 20 bis 25 Jahren von 1919 bis zum Einmarsch der Roten Armee 1944 so etwas wie eine den gesamten Raum von Preßburg bis Ankara ergreifende Südosteuropapolitik. Die zahlreichen multilateralen Paktkonstruktionen, an denen in gleicher Weise die Südoststaaten wie andere europäische Mächte beteiligt waren, hatten nicht zuletzt das Ziel, eine politische Ordnung für den gesamten Raum hervorzubringen, auch wenn sie sich immer nur auf je einen Teil der Südostländer erstreckten und ihre Zielsetzung tatsächlich nicht erreichten. In jedem Falle stand hinter den Paktplänen der Wunsch nach einer Gesamtlösung, sei sie nun revisionistisch oder antirevisionistisch, hegemonial oder kooperativ, zentralistisch oder föderativ. Die Zahl von acht Ländern, einschließlich der Tschechoslowakei, die ja allerdings nur mit ihrem östlichen Teil (Slowakei und Karpato-Ukraine) zu Südosteuropa gehört, bot eine Vielzahl von Kombinationen. In diesen Jahren jagte ein politisches Ereignis förmlich das andere. In den Südosthauptstädten war ein ständiges Kommen und Gehen der Politiker und Diplomaten aus dem Westen. Konferenz reihte sich an Konferenz, es wurden Verträge und Pakte geplant, geschlossen, wieder aufgelöst, gebrochen, neu zusammengeschweißt. Ganze Bibliotheken mit Denkschriften und Projekten füllten sich. Die Namen der Akteure auf der politischen Bühne Südosteuropas waren damals in aller Munde: König Alexander von Jugoslawien, König Carol von Rumänien, König Boris von Bulgarien und selbst Achmed Zogu von Albanien, dann die Ministerpräsidenten und Außenminister: Beněš und Hodza (Tschechoslowakei); Gömbös, Gratz, Teleki (Ungarn); Maniu, Titulescu, Bratianu (Rumänien); Stambulijsky (Bulgarien); Pašić, Ninčić, Radić, Maček, Stojadinović (Jugoslawien); Venizelos, Metaxas (Griechenland).

Daß sich in diesem gleichen Zeitraum auch so etwas wie ein politischer Südosteuropabegriff und ein, wenn auch unterschiedliches, europäisches Verständnis von Südosteuropa entwickelte, muß als notwendige Folge der politischen Vorgänge und Prozesse angesehen werden. Selbstverständlich spielte dabei das Hineinwachsen der südosteuropäischen Völker in neue Staatsgrenzen und Verfassungen eine gewichtige Rolle, so daß Fremd- und Eigenbewußtsein in einem Wechselwirkungsverhältnis zueinander entstanden. Der ausschlaggebende Impuls lag jedoch im Aufkommen einer spezifischen Südosteuropapolitik der Großmächte. Die Zäsur zwischen der Orientpolitik vor und der Südosteuropapolitik nach dem Ersten Weltkrieg läßt sich am besten an dem Auftreten Frankreichs und Italiens demonstrieren. Während die englische Politik<sup>7</sup> eine gewisse Kontinuität aufweist, insofern sie - abgesehen von den wirtschaftlichen Interessen - im wesentlichen Dardanellen- bzw. Mittelmeerpolitik war und blieb und erst durch das neue Faktum der faschistisch-italienischen Großmachtansprüche eine Modifizierung erfuhr, und während die Sowjetunion zunächst als aktiver politischer Faktor ausfiel, bzw. sich auf die Wahrnehmung der Interessen in der Meerengenfrage gegenüber der Türkei und den Großmächten, voran Großbritannien, beschränkte, widmeten Frankreich und Italien der politischen Konstellation in Südosteuropa von den Friedensschlüssen an lebhafte und stets wachsende Aufmerksamkeit. Die Beziehungen Frankreichs zum Ori-

ent und zur europäischen Türkei reichen sehr viel weiter zurück, denn zwischen Paris, Konstantinopel und Bukarest herrschte seit dem Mittelalter ein kaum unterbrochener Kontakt.<sup>8</sup> Das Kennzeichen dieser älteren französisch-südosteuropäischen Beziehungen ist das Streben nach geistigem und kulturellem Einfluß, wozu sich nach jeweiliger Machtlage politische Aktivität im Kampf um die europäische Hegemonie gesellte. Vor allem hatte es Frankreich verstanden, durch gut gesteuerte Kulturpolitik höchstes Vertrauen in Konstantinopel zu erwerben. Lange Zeit übte die französische Macht im Orient schlechthin das Schutzrecht für die Angehörigen christlicher Staaten aus. Kein Europäer konnte sich bei der Pforte geltend machen, es sei denn der französische Botschafter hatte ihn eingeführt. Trotz dieser unbezweifelbaren Tradition Frankreichs spielte die französische Südosteuropapolitik im 19. Jahrhundert im Vergleich zur englischen und russischen nur eine Nebenrolle. England und Rußland standen sich im Kampf um das Erbe des Osmanischen Reiches in den Meerengen als die eigentlichen Gegner gegenüber und bestimmten durch den Rückgriff auf die Interessen der Balkanvölker den Fortgang der nationalstaatlichen und sozialen Revolutionen. Frankreich hatte dazu allerdings die Ideen geliefert. Erst von der Jahrhundertwende an wurde die französische Politik im Zusammenhang mit der russischen Allianz auch in Südosteuropa aktiv; Bukarest und Belgrad waren die Hauptansatzpunkte.

Der Eindruck, den die nach 1919 energisch einsetzende französische Südosteuropapolitik zwischen den beiden Weltkriegen hinterlassen hat, könnte zu dem Irrtum verführen, es habe von Anfang an so etwas wie eine Generallinie, eine feste Konzeption der politischen Ordnung des Raumes bestanden. In Wahrheit waren die beiden Jahrzehnte eine Folge von Experimenten, hinter denen allerdings ein gleichbleibendes Motiv stand: Sicherheit, Eindämmung des vermuteten und gefürchteten deutschen Expansionsdranges, des deutschen Revanchismus und der natürlich gegebenen deutschen Interessen und Wirtschaftschancen. Das aber bedeutete zugleich Antirevisionismus, auch in Südosteuropa. Frankreich mußte sich zwangsläufig auf die Sorgen der Nachfolgestaaten um ihren Besitzstand einlassen und konnte der ökonomischen und schließlich auch der politischen Vernunft nur in bescheidenen Ansätzen folgen. Kleine Entente zur Niederhaltung Ungarns und Balkanbund zur Abschreckung des bulgarischen Revisionismus blieben fragwürdige Konstruktionen, die sich in keinem Ernstfalle bewährten. Je größer der zeitliche Abstand zur französischen Südosteuropapolitik jener Jahre wird, umso deutlicher läßt sich ihr ideologischer Zug erkennen, umso weniger wahrscheinlich ist das Bestehen eines durchgehenden rationalen Konzepts; dafür tritt der improvisatorische Charakter dieser Politik stärker hervor. Es ist kaum glaubhaft, daß man nicht auch in Paris die Fragwürdigkeit einer Politik erkannte, die sich einseitig auf die Interessen der antirevisionistischen Staaten stützte. Dagegen sprechen insbesondere die enormen diplomatischen Anstrengungen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, mit denen die Isolierung Ungarns durch die sogenannten Donaukonföderationspläne zwischen 1930 und 1935 aufgehoben werden sollte.<sup>9</sup> Selten ist wohl in wenigen Jahren ein solches Unmaß an politischen

und wirtschaftlichen Plänen in Südosteuropa ausgedacht, proklamiert, diskutiert, zerredet und schließlich fallen gelassen worden wie in diesen Donauprojekten, die im Anschluß an die Torpedierung des deutsch-österreichischen Zollunionsplans durch Frankreich entstanden. Auch wenn sich heute kaum noch jemand an die Tardieu-, Barthou-, Laval-, Herriot-Pläne erinnert, so beschäftigten sie doch jahrelang die Phantasie der Politiker und angesichts des bedrückenden wirtschaftlichen Elends auch die Völker. Aus heutiger Sicht dürfen und müssen wir feststellen, daß damals alle überhaupt möglichen und denkbaren Kombinationen erörtert und "durchgespielt" worden sind, freilich stets unter Ausschluß Deutschlands und weitgehend auch Österreichs. In dieser unnatürlichen Beschränkung lag der Pferdefuß aller Konstruktionen. An Einfällen und an Aktivitäten hat es jedenfalls grundsätzlich nicht gefehlt. Erst als sich aus allen diesen geistigen und materiellen Anstrengungen kein Erfolg abzeichnete, wurde der Paktmechanismus "von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer" durch ineinandergeschachtelte und an den beiden Stützen Paris und Moskau aufgehängte Streben einer rational überaus kunstvollen Brücke errichtet. <sup>10</sup>

Zur Komplizierung der Verhältnisse trug die italienische Südosteuropapolitik mit ihrem anfangs überhetzten Tempo und wechselnden Präferenzen nicht unwesentlich bei.<sup>11</sup> Im Gegensatz zu Frankreich ist Italien südosteuropäischer Anrainer und in Dalmatien wie in Istrien unmittelbar ethnisch und wirtschaftlich betroffen. Im Hinblick auf die Adria-Frage, die als ein Teil der Mittelmeer-Frage verstanden werden muß, befand sich Rom von Anfang an in dem Dilemma, seine Politik mit oder gegen Jugoslawien, mit oder gegen Albanien, mit oder gegen Griechenland orientieren zu müssen. Das aber bedeutete wiederum jeweils Anpassung oder Nichtanpassung an die französische Konzeption, die sich notwendigerweise auf Jugoslawien als einen antirevisionistischen Staat stützen mußte. Die Entscheidung fiel schließlich gegen Jugoslawien und damit gegen Frankreich. Die 1926 mit dem ersten Tirana-Vertrag begonnene Einkreisungspolitik Jugoslawiens, die das Leitmotiv mit vielerlei Varianten blieb, mußte das französische Konzept empfindlich stören, denn in dieser Einkreisung spielte Ungarn eine Hauptrolle, und selbst die österreichischen Restaurationsbestrebungen wurden zeitweise einbezogen.

Es wird gern übersehen, daß die jugoslawischen Politiker erstaunlich lange zögerten, sich endgültig an der Seite Frankreichs festzulegen. Auch in Belgrad hatte man erkannt, daß räumliche Nähe und elementare Interessen Italiens für das Schicksal des Landes bedeutsamer sind als der französische Hegemoniewunsch in Europa. Das Bündnis mit Frankreich kam erst ein Jahr nach dem eindeutigen Einschwenken Italiens gegen Jugoslawien zustande. Wie recht die jugoslawischen Staatsmänner taten, die Entscheidung für oder gegen Italien so lange hinauszuziehen, beweist die Entwicklung nach dem Beginn der Einkreisung. Die von Italien nunmehr konsequent betriebene Politik der Römischen Protokolle von 1934 mit Ungarn und Österreich, unter Einbeziehung legitimistischer Bestrebungen der Habsburger Restauration, vor allem aber der Königsmord von Marseille mit

seinen Hintergründen der separatistischen kroatischen und mazedonischen Bestrebungen, machen offenbar, was die italienische Feindschaft für ein Land bedeutet, das von Frankreich in den entscheidenden Fragen eben nicht geschützt werden kann.

#### 4. Deutsche und nationalsozialistische Südosteuropapolitik

Der Mord an König Alexander von Jugoslawien bot der nationalsozialistischen deutschen Staatsführung eine entschlossen ergriffene Chance, die eigenen Interessen in Südosteuropa ins Spiel zu bringen. Hitler verstand es, die Demütigung Jugoslawiens propagandistisch geschickt für sich auszunützen, indem er Hermann Göring mit aller kriegerischen Pracht zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Belgrad entsandte. Diese Geste wirkte durchaus im gewünschten Sinne. Es war für die nationalsozialistische Propaganda jener Jahre nicht schwer, den Völkern Südosteuropas das Versagen der französischen Politik vor Augen zu führen und dafür die deutsche Hegemonie unter dem Vorwande unmittelbarer zweiseitiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit anzubieten. Man sollte sich allerdings heute darüber klar zu werden versuchen, daß für die weitere, das politische Schicksal Südosteuropas nachhaltig bestimmende, Entwicklung in den Jahren nach 1935 zwei Dinge scharf auseinandergehalten werden müssen: Auf der einen Seite die durch die tatsächliche Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Völkern vorgezeichnete Zusammenarbeit, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, die sich als eine der wenigen realen Chancen zur Überwindung der akuten, vor allem aber der strukturellen Wirtschaftsschwierigkeiten anbot; auf der anderen Seite die imperialen Tendenzen der nationalsozialistischen Großraumpolitik. Gewiß liefen in der politischen Wirklichkeit der damaligen Zeit die beiden Fäden häufig parallel miteinander und ineinander über. Solche Konstellationen wird es immer wieder geben; aktuelle Beispiele liefert die französische Politik in Nordafrika in den Fünfzigerjahren ebenso wie die Entwicklungsländerpolitik Londons und Moskaus, schließlich die Asienpolitik der Vereinigten Staaten. Eine Analyse der deutschen Südosteuropapolitik zwischen 1935 und 1944 wird sorgfältig zu unterscheiden haben zwischen den Bestrebungen zur Ergänzung der deutschen Industrie- und der südosteuropäischen Agrarwirtschaft, den deutschen und südosteuropäischen Bemühungen um das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem vielversprechenden Kulturaustausch zwischen Mittel- und Südosteuropa auf der einen Seite und der nationalsozialistischen Machtpolitik auf der anderen. Die heutige Generation sollte es durchaus als eine Verpflichtung empfinden, die lauterer Absichten der um das wohlverstandene Interesse beider Seiten besorgten deutschen und südosteuropäischen Institutionen und Persönlichkeiten jener Jahre gegenüber der nationalsozialistischen Außenpolitik von damals und ihrer heutigen Beurteilung in Schutz zu nehmen. Nicht wenige in der Kultur- und Wirtschaftspolitik tätigen deutschen Personen kamen damals aus dem Lager der Jugendbewegung. Sie suchten, wenn auch bisweilen mit einem romantisch verstellten Blick, bei den Südostvölkern die

durch die Zivilisation in Mitteleuropa verlorengelassenen Kräfte des Volkstümlichen, Volkhaften, Ursprünglichen, aber sie waren auch realistisch und nüchtern genug, darüber nicht die gegenseitigen Vorteile beim Aufbau dauerhafter Wirtschaftsbeziehungen im Sinne einer deutsch-südosteuropäischen Partnerschaft und industriellen Initialzündung zur Entstehung gesunder Volkswirtschaften der Südostländer zu vergessen. Wenn sich schließlich auch der nationalsozialistische Neoimperialismus durchsetzte, so ist doch immerhin die Erinnerung an jene konstruktiven Bemühungen geblieben, und bei der Belebung der südosteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit kann diese Tradition durchaus fruchtbar gemacht werden. Auf der anderen Seite sind die Spuren der nationalsozialistischen Südosteuropapolitik längst getilgt. Die beiden Wiener Schiedssprüche wurden rückgängig gemacht und die von Berlin gewaltsam gestützten nationalistischen und faschistischen Regimes hätten sich auch ohne den kommunistischen Umbruch auf die Dauer nicht halten können. Bis auf verschwindende persönliche Ausnahmen reagierten die Völker bereits vor 1944 nicht auf das, was ihnen als "völkische Idee" angepriesen wurde. Sie hatten aus einer leidvollen Vergangenheit gelernt, gegenüber Ideologien und Versprechungen mißtrauisch zu sein.<sup>12</sup> Die beiden Wiener Schiedssprüche wie die Rücksiedlung deutscher Volksgruppen strafte diese "völkische Idee" ohnehin Lügen. Hitler und Ribbentrop empfanden in ihrer eingebildeten rassistischen Überlegenheit nur Verachtung für alle Ostvölker, und auf die Dauer konnte das nicht verborgen bleiben.

Die Gerechtigkeit erfordert allerdings das Eingeständnis, daß auch die französische und die italienische Südosteuropapolitik der Zwischenkriegszeit gescheitert sind. Die Frage ist nur, ob die enormen Schwierigkeiten vor denen die Siegermächte in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges standen, ein besseres Ergebnis hätten erwarten lassen. Sie sahen sich mit einem Male vor eine Aufgabe gestellt, auf die sie in keiner Weise vorbereitet waren und für die es vor allem keine Modelle gab. Sie sollten den europäischen Frieden in einem Raum gewährleisten, der alle Elemente der Friedlosigkeit besaß. Alles was bisher innerhalb einheitlicher politischer und wirtschaftlicher Räume der alten Reichsordnungen ausgeglichen und geregelt werden konnte, -die ethnische und religiöse Vielfalt, die kulturellen Gegensätze, die wirtschaftlichen Bedürfnisse, die politischen Aspirationen-, mußte nun von selbständigen Staaten, die eifersüchtig auf ihre Souveränität achteten, bewältigt werden. Dazu die Ungeduld, das Mißtrauen untereinander und gegen fremde Einmischung, vor allem aber die völlig ungelöste Frage der inneren Ordnung, der sozialen und politischen Systeme. Gewiß wurde die Lage durch die zum Teil rigorosen Grenzziehungen in den Pariser Vorortverträgen noch erheblich kompliziert, doch der Gegensatz von Revisionismus und Antirevisionismus wäre auch im Falle einer ausgleichenderen Friedenspolitik entstanden. Insbesondere Ungarn strebte nicht nur nach einer ethnisch gerechteren Grenzziehung, sondern nach Wiederherstellung der einstigen Reichsgrenzen. Was konnte unter diesen Bedingungen anderes geschehen, als durch Experimente und Kombinationsvielfalt nach dem besten Wege zu suchen! Wenn

die Position Frankreichs auf der Seite des Antirevisionismus auch weitgehend festgelegt war, so muß doch anerkannt werden, daß andere Möglichkeiten ernsthaft erwogen wurden. Insofern zeigte sich die französische Diplomatie keineswegs so starr wie es schließlich in den Paktkonstruktionen zum Ausdruck zu kommen schien. Diese zumindest zeitweise Beweglichkeit wurde auch durchaus in den südosteuropäischen Hauptstädten anerkannt, und selbst in den revisionistischen Ländern wurden politische Phantasie und der gute Wille der Franzosen bewundert. Die französische Kulturwerbung fand nach wie vor überall Gehör, nicht nur in Ländern wie Rumänien und der Tschechoslowakei, die sich der französischen Kultur besonders eng verbunden und verpflichtet fühlen.

So darf als Fazit der Zwischenkriegsepoche trotz vieler Mißerfolge die Erkenntnis gewonnen werden, daß bei aller Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit der Auffassungen über die Verhältnisse in Südosteuropa und die einzuschlagende Politik doch so etwas wie ein europäisches Verständnis dieses Raumes und seiner Problematik aufkam, dem bei den südosteuropäischen Völkern ein Selbstverständnis der eigenen Problematik entsprach. In dem Maße wie sich die europäischen Mächte mit Südosteuropa auseinandersetzen mußten, gewannen sie überhaupt erst einmal ein Verhältnis zu diesem Raum. Eine rege Publizistik, wissenschaftlich und populär, war bemüht, das Interesse von Teilen der westlichen Intelligenz auf Südosteuropa als einen politischen Begriff zu richten. Erstmalig kam der Gesamtraum als eigengeartetes Gebiet ins Blickfeld. Die Gemeinsamkeiten seiner Struktur wurden erkannt, und man ahnte, daß eine Befriedung nicht partiell, sondern nur im Blick auf das Ganze des Raumes und seiner Beziehungen zu Europa erreicht werden könne. Diese Bewußtseinswandlung im Verlaufe von zwei Jahrzehnten ist auch dann als entscheidender Fortschritt zu werten, wenn es nicht gelang, eine Art von internationalem Subsystem für diesen Raum zu schaffen. Im Rahmen der Ostpolitik Frankreichs sollte Südosteuropa offenbar den Charakter eines solchen Subsystems haben; es fügte sich in das System der gegen Deutschland gerichteten Paktkonstruktion als gesondertes Teilstück ein; ihm fehlte aber der Bezug auf den gesamten südosteuropäischen Raum als ein zu ordnendes und zu befriedendes Krisengebiet.

## 5. Vorstoß der Sowjetunion nach Südosteuropa

Seit 1944 hat sich das Verhältnis der europäischen Mitte und des europäischen Westens zu seinem Südosten abermals radikal verändert. An die Stelle des machtpolitischen Einflusses Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Englands trat zunächst für den größten Teil Südosteuropas die Sowjetunion. Ihre politische Anwesenheit unterschied sich freilich von Anfang an grundlegend von den Formen des westlichen Einflusses. Sie ähnelte, falls ein solcher Vergleich überhaupt statthaft ist, eher den Reichsstrukturen vor dem Ersten Weltkrieg. Jedenfalls behandelte die Sowjetunion die befreiten und besiegten Länder wie Glieder in einem föderalistischen System,

sozusagen als innere Partei- und Staatsangelegenheit.<sup>13</sup> Die westlichen Mächte beschränkten sich zunächst darauf, ihre Positionen in Griechenland und der Türkei, die beide als nicht-südosteuropäisch betrachtet wurden, zu erhalten und auszubauen. Die europäischen Zentralstaaten Deutschland, Frankreich und Italien waren von Südosteuropa ausgeschlossen und richteten sich auf eine längere Zeit des Desinteresses an diesem Raum ein. Frankreich unterhielt bis vor wenigen Jahren allenfalls kulturelle Beziehungen, während Italien, aus Albanien, Dalmatien und Istrien vertrieben, seiner imperialen Mittelmeerpolitik ledig, den südosteuropäischen Nachbarn den Rücken zuwandte. (Vom Konflikt um Triest abgesehen). Die Herrschaft der Sowjetunion in Südosteuropa war von Anfang an ohne Parallele zur Zwischenkriegszeit.<sup>14</sup> Die kühnsten Träume der russischen Panslawisten Pogodin und Danilevskij, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts ihre Entwürfe für föderative Zusammenschlüsse aller Völker und Länder Südosteuropas mit Rußland als Führungsmacht publiziert hatten, schienen sich verwirklichen zu wollen.<sup>15</sup> 1869 war in der Zeitschrift "Zarja" eine Folge von Aufsätzen des Arztes und Naturforschers Nikolai Jakolevitsch Danilevskij erschienen, die zwei Jahre später von Nikolaus Strachov unter dem Titel "Rußland und Europa" in Buchform herausgegeben wurden und ungeheures Aufsehen und einen Sturm der Begeisterung erregten. Die wiederholt aufgelegte Schrift wurde der anerkannte und weitverbreitete Katechismus des russischen Panslawismus und Nationalismus. Nach der Ansicht Danilevskijs sollte sich die Einigung der Slawen in den Formen eines russisch-slawischen Bundes vollziehen: Rußland mit Galizien und dem ruthenischen Teil der Bukowina, Bessarabien und der Dobrudscha als Haupt und Führer des ganzen Bundes, das serbisch-kroatisch-slowenische Königreich, das tschechisch-mährisch-slowakische Königreich, das Königreich Bulgarien mit dem größten Teil Rumeliens und Mazedoniens, das Königreich Griechenland, die Provinz Konstantinopel, das Königreich Ungarn, das Königreich Rumänien mit Moldau, Walachei, dem nicht-slawischen Teil der Bukowina und Siebenbürgen bis zur Marosch als angeschlossene Bundesländer. Es ist überraschend, daß sich die Neuordnung der politischen Landkarte nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend im Sinne dieser Ideen vollzog: Bis auf die Karpato-Ukraine entstand die Tschechoslowakei tatsächlich nach diesem Entwurf, ebenso Jugoslawien und Rumänien (allerdings mit der gesamten Bukowina, Bessarabien und der Dobrudscha). Die Provinz Konstantinopel wurde Teil des neuen nationalen Staates der Türkei, und der größte Teil Mazedoniens wurde zu Jugoslawien geschlagen. Doch das sind in Hinsicht auf den Gesamtentwurf lediglich geschichtlich bedingte Abweichungen, die bis auf die Türkei auch heute noch als problematisch gelten. Eine Korrektur brachte bereits der Zweite Weltkrieg. Setzt man an die Stelle der Staatsform des Königreichs die der Volksrepublik sowjetischen Typs, so entsprechen die heutigen Verhältnisse in den kommunistischen Ländern Südosteuropas den Plänen Danilevskijs schon genauer. Das gilt vor allem für das Kern- und Führungsland. Nur die Dobrudscha ist bei Rumänien geblieben, während die Karpato-Ukraine zur Sowjetunion kam. Der russische Machteinfluß erstreckte sich bis 1948 uneingeschränkt über Rumänien und Bulgarien

bis 100 km an den Bosphorus, und im Westen wurde über Jugoslawien und Albanien die Adria erreicht. Sieben vergebliche Kriege hatte das Zarenreich gegen die Osmanen um den Zugang zum Mittelmeer führen müssen; erst nach der Auflösung des Osmanenreiches war es in langwierigen Verhandlungen mit der neuen Türkei gelungen, eine einigermaßen befriedigende Lösung der Dardanellen-Frage zu erreichen. Damit verringerte sich zumindest die Dringlichkeit des politischen Einflusses in Südosteuropa. Und nun geschah es, daß die Sowjetunion, die sich bis zum Zweiten Weltkrieg kaum um die südosteuropäischen Länder gekümmert und sich darauf beschränkt hatte, die dortigen, meist verbotenen kommunistischen Parteien nachlässig, ja widerstrebend zu unterstützen, 1944 plötzlich unumschränkter Herr in diesem Raum wurde. Rückblickend scheint es, als sei trotz der geistigen Tradition Pogodins und Danilevskijs niemand in Moskau auf dieses Ereignis geistig und politisch vorbereitet gewesen. Die Welt erlebte das in Bessarabien, der Bukowina, in Ostpolen und dem Baltikum erprobte Schauspiel des auf territorialen Anschluß durch totale Gleichschaltung auf der Partei-, Staats- und Wirtschaftsebene zielenden Schemas einer stufenweisen gewaltsamen Umstrukturierung.<sup>16</sup> Auf die Besonderheiten und Eigenarten der einzelnen Länder wurde höchstens durch Variation des zeitlichen Ablaufs, nicht aber in der Sache selbst Rücksicht genommen. Die Phasen dieses Gleichschaltungsprozesses sind mehrfach und eingehend geschildert worden<sup>17</sup>, und es herrschte bei westlichen Beobachtern noch bis vor wenigen Jahren die Überzeugung, daß die weitere Entwicklung auf die Eingliederung der südosteuropäischen Volksdemokratien in den Verband der Union der Sowjetrepubliken hinauslaufen solle und müsse; nicht zuletzt deshalb, weil für eine andere Behandlung Südosteuropas kein Schema, kein Modell vorhanden sei, weil die Logik der sowjetkommunistischen Ideologie keine andere Lösung ermögliche.

Bereits das Ausscheren Jugoslawiens 1948 und die spätere Parteinahme Albaniens für Rotchina (seit 1957) sprechen allerdings gegen eine Realisierung dieser Inkorporationspläne, erst recht der ungarische Oktober 1956 und die Politik Rumäniens der letzten Jahre. Aber gerade die Moskauer Reaktion auf die Unbotmäßigkeit Jugoslawiens und Albaniens dürfte gezeigt haben, wie wenig flexibel die Moskauer Einstellung gegenüber Südosteuropa damals war und daß die Annexion die einzige vorhandene Konzeption des Kreml in Bezug auf Südosteuropa gewesen zu sein schien. Es hat im Verlaufe der wechselvollen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Belgrad nach 1948 keinen Hinweis darauf gegeben, daß Jugoslawien auch eine konstruktive Rolle im Rahmen einer eigenständigen Südosteuropapolitik der Sowjetunion hätte spielen können. Der Streit brandete hin und her zwischen Unterwerfung und Niederlage einerseits, Anerkennung der Selbständigkeit Jugoslawiens andererseits. Entweder wurde Jugoslawien mit allen Mitteln eingekreist, verketzert, ausgehungert, oder man versöhnte sich unter der Devise, sich möglichst gegenseitig nicht weh zu tun. Ebenso wenig wurde auch versucht, einen anderen Staat, etwa Bulgarien, durch Zubilligung gewisser Freiheiten und durch zusätzliche Unterstützung zum Kristallisationskern eines von Moskau zwar abhängigen und gelenkten, aber

doch immerhin selbständigen Südosteuropa zu machen. Auf diesem Wege hätte Tito der Wind aus den Segeln genommen werden können.

Was das Einschwenken Albaniens auf die Pekinger Linie anlangt, so wiederholte sich hier die auf der Gunst der Lage am Rande der jeweiligen Imperii (Ostrom, Osmanisches Reich, Habsburger Monarchie) beruhende Chance, Sonderrechte zu beanspruchen. Mit Zunahme der Entfernung von Konstantinopel und Wien und der Unzugänglichkeit des Gebietes wuchs jeweils die Chance der örtlichen Machthaber, sich gewisse Freiheiten herauszunehmen. Es wäre zu fragen, ob Hodscha den immerhin risikoreichen Weg nach Peking auch dann gewählt hätte, wenn für sein Land ein Platz in einem "südosteuropäischen Südosteuropa" belassen worden wäre. Schließlich bedeutete doch das Bündnis mit der Sowjetunion einen optimalen Schutz gegen den gemeinsamen Gegner Jugoslawien, gegen das kapitalistische Griechenland und gegen den italienischen Revisionismus oder Restaurationismus.

Endlich muß auf die merkwürdig zwiespältige Haltung der Sowjetunion im jugoslawisch geführten griechischen Bürgerkrieg hingewiesen werden. Es scheint, daß Moskau die griechischen Kommunisten in dem Augenblick fallen ließ, als sich herausstellte, daß Jugoslawiens Zuverlässigkeit fraglich wurde.<sup>18</sup> Mit anderen Worten: Griechenland war nur im Hinblick auf den territorialen Zugang zum Mittelmeer interessant, nicht als sozialistisches und südosteuropäisches Land.

In jedem Falle haben wir es hier -unabhängig von einer gewissen Fortsetzung der offiziellen zaristischen Politik, die ja auch nur bescheidene Ansätze einer spezifischen südosteuropäischen Konzeption zeigte und sich auf die Erzwingung des territorialen Zugangs zu den Meerengen konzentrierte- mit den Grenzen der sowjetkommunistischen Ideologie zu tun. Sozialistischer Umsturz und proletarische Diktatur waren bis vor kurzem so eng mit der Führungsrolle der Sowjetunion verbunden und damit auf ein von Moskau gelenktes, übernationales System festgelegt, daß für sozial- und raumbedingte Eigenarten mit strukturierender Kraft kein Platz blieb. Im Sinne des Marxismus-Leninismus-Stalinismus vollzieht sich die sozialistische Revolution als politische Notwendigkeit mit naturwissenschaftlicher Folgerichtigkeit in jedem Lande nach den gleichen Grundsätzen und in den gleichen Bahnen. Sie hat gegenüber allen politischen und wirtschaftlichen Faktoren so eindeutig den Vorrang, daß es gar nicht denkbar ist, spezifische kulturelle, ethnische, soziale oder sonstige Gegebenheiten und Verhältnisse könnten der Entwicklung eine andere Richtung weisen und zu räumlich oder national bedingten Sonderformen führen. Dabei gehört es zum Wesen des kommunistischen Optimismus, daß sich alle nationalen Gegensätze und Streitigkeiten auf der Grundlage der Solidarität der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern bewältigen und lösen lassen. So hat die Sowjetunion bisher auch keinerlei Anstalten gemacht, die heiklen Nationalitäten- und Grenzkonflikte in Südosteuropa aufzugreifen oder sich um einen wirtschaftlichen und politischen Ausgleich zwischen den verfeindeten Staaten zu bemühen. Jedes Land ist nur direkt mit Moskau verbunden und

wird wirtschaftlich und politisch nach den Bedürfnissen der Sowjetunion dirigiert.<sup>19</sup>

Diese Einstellung und Politik haben es mit sich gebracht, daß durch den Sowjetkommunismus und -imperialismus eine neue Grenze in Südosteuropa entstanden ist, die viele Merkmale der alten Kulturgrenze zwischen West- und Ostrom, Habsburger Reich und Türkei, Katholizismus und Orthodoxie, Latinität und Griechentum auszulöschen im Begriffe ist, dafür aber neue, nicht minder trennende Schranken zwischen den sozialistischen und nichtsozialistischen Ländern errichtet hat. Der politische Südosteuropabegriff unterscheidet sich für die Russen durch diese Grenze vom geographischen Begriff. Das gilt auch für die anderen sozialistischen Länder einschließlich der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Damit stehen wir vor dem Phänomen, daß es heute in Deutschland zwei ganz und gar verschiedene Vorstellungen und Begriffe von Südosteuropa gibt. Während wir im Westen noch an dem Bild eines sozial und politisch einheitlich strukturierten Südosteuropa festhalten, das die Donau- und Balkanländer einschließlich der Türkei umfaßt, setzt sich im Osten ein anderes Südosteuropabild durch, das Griechenland und die Türkei ausschließt, dagegen nach Westen zu (Tschechoslowakei und Polen) keine Grenzen hat. Man denkt in anderen Kategorien, die Einheit des sozialistischen Systems steht höher als die Einheit eines Raumes und seiner Völker. Der Eiserner Vorhang, der nicht nur das mittlere und westliche vom südöstlichen Europa, sondern auch das südöstliche Europa selbst wieder von Griechenland und der Türkei trennt, verläuft zugleich mitten durch den Siedlungsraum des deutschen Volkes. Nun könnte man angesichts des Schwergewichts des Westens eine solche Bewußtseinspaltung als erträglich finden und darauf hinweisen, daß sich schließlich die größeren Potenzen doch durchsetzen werden. Überraschender- oder bezeichnenderweise läßt sich aber eher eine umgekehrte Tendenz beobachten. Sie zeigt sich einmal darin, daß die sozialistischen Länder (Ostblock) auch in der Vorstellung des Westens eine immer deutlicher sich abhebende politische Größe werden; man akzeptiert die Tatsache, daß die sozialistischen Länder eine politische Einheit bilden, bzw. bilden sollen und vernachlässigt die Erfahrung und das Wissen von den strukturellen Beziehungen und Verwandtschaften dieser Länder mit nicht-sozialistischen Gebieten. Man sieht also genau das, was nach dem Willen der sozialistischen Führung gesehen werden soll. Auf der anderen Seite wendet sich das Auslandsinteresse der Bundesrepublik mehr und mehr dem Westen zu. Die Hinwendung zu Europa, die bereits mehrere Phasen zutraulich-sentimentaler, politisch-utopischer, ökonomisch-rationaler und schließlich politisch-pragmatischer Färbung durchgemacht hat, unterstreicht diese Westorientierung. Der ostmitteleuropäische und südosteuropäische Raum und seine Völker werden sozusagen aus dem Strahl des auf Europa gerichteten öffentlichen Interesses ausgeblendet. Sie sind zwar in diesem Bewußtsein noch vorhanden, werden von ihm aber nicht mehr aktiviert. Vorgänge dieser Art haben sich zu allen Zeiten abgespielt und sich bei entsprechender Dauer zu strukturellen Veränderungen verdichtet. Der gegenwärtige südosteuropäische

Bewußtseinsverlust wird jedoch in besonderem Maße durch die Bereitstellung und schlagworthafte Popularisierung des Begriffes des Entwicklungslandes begünstigt, der Europa gegenüber einen neutralen, wenn nicht abgewandten Akzent besitzt. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit richtet sich in weit stärkerem Maße auf die Verhältnisse in afrikanischen und asiatischen Neustaaten samt ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen, als auf die uns doch so viel näher liegenden südosteuropäischen Länder. Und was für Westdeutschland gilt, trifft in gesteigertem Maße für Frankreich und die anderen westeuropäischen Länder zu.

Nichtsdestoweniger muß geprüft werden, ob sich in den eingangs erwähnten Tendenzen einer wirtschaftlichen und politischen Differenzierung, verbunden mit einer ebensolchen Wiederannäherung Südosteuropas an die westlichen Länder, eine neue Etappe oder Phase im Prozeß der südosteuropäischen Struktur- und Bewußtseinsbildung ankündigt und welcher Art diese Entwicklung sein könnte. Seinen Niederschlag findet dieser Prozeß am deutlichsten in der Wandlung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den südosteuropäischen Ländern. Diese sollen daher den weiteren Erörterungen vorangestellt werden. Aber auch die Analyse des Verhältnisses Frankreichs, Englands und Italiens zu Südosteuropa bietet einige Hinweise zum Verständnis der strukturellen Veränderungen. Es wird sich dabei erweisen, daß die südosteuropäischen Gesellschaften gegenwärtig damit beschäftigt sind, die jüngste Überlagerung ihrer sozialen, politischen und kulturellen Strukturen durch das sowjetrussische Strukturmodell zu überprüfen und vorsichtig rückgängig zu machen. Wenn es diesen Völkern nach einer bis zu fünfhundertjährigen Fremdherrschaft durch die Türken gelang, ihre Eigenart wiederzufinden und nationale Gesellschaften aufzubauen, so dürfte es weit weniger schwierig sein, sich aus der Vormundschaft der Sowjetunion zu befreien, auch wenn es keine Parallele zwischen dem Niedergang des Osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert und der ungebrochenen Kraft der Weltmacht Sowjetrußland von heute gibt. Die südosteuropäischen Staaten haben immerhin bereits eine politische Erfahrung von 50 bis 100 Jahren hinter sich und in dieser Zeit auf vielen Gebieten internationales Ansehen errungen. Wir dürften also mit Sicherheit einer Periode struktureller Differenzierung entgegengehen, die aber zugleich das spezifisch Südosteuropäische, also das Gemeinsame der Länder an der Donau und auf dem Balkan untereinander und mit den nichtsozialistischen Staaten Griechenland und der Türkei hervortreten lassen wird.

## II. Ansätze und Kriterien politischer Differenzierung in den kommunistischen Ländern Südosteuropas

### 1. Vier Phasen der sowjetrussischen Südosteuropapolitik

In der sowjetrussischen Südosteuropapolitik nach 1944 lassen sich einige Trends oder Leitlinien deutlich voneinander absondern; sie folgen zeitlich nicht streng aufeinander, sondern laufen gelegentlich nebeneinander her oder ineinander über, lassen im ganzen aber doch einen durchgehenden Entwicklungsstrang erkennen. Die erste Phase oder Periode umfaßt die Zeit der Machtergreifung des Kommunismus im Inneren. Mit Ausnahme Jugoslawiens, das keine Übergangsjahre kannte, war dieser Prozeß spätestens 1948 abgeschlossen. Er schließt den Sturz der Monarchien, die Liquidierung der bürgerlichen Parteien samt ihrer Führer und die Errichtung von Volksdemokratien ein, deren Verfassungen sich streng an das Modell der Stalin-Verfassung von 1936 hielten. Auf der Grundlage dieser totalen Gleichschaltung vollzog sich in der zweiten Phase die strikte politische und wirtschaftliche Unterwerfung der Länder unter die Direktiven der stalinistischen Führung in Moskau. Der heute nicht mehr berechtigte Vergleich mit einem Satelliten charakterisiert diese Periode durchaus richtig. Die Sowjetunion diktierte nahezu schrankenlos jeden Schritt, der von den Regierungen in Südosteuropa getan werden durfte. Das gilt auch für die Politik gegenüber dem abtrünnigen Jugoslawien. Keiner der Nachbarn konnte wagen, die Beziehungen mit Belgrad aufrecht zu erhalten, wenn Moskau es verbot.

Nach dem Tode Stalins wurde eine dritte Phase der russisch südosteuropäischen Beziehungen möglich. Es bedurfte aber erst der Revolten und Aufstände in der DDR, in Polen und Ungarn, bis sich der Wandel in der Kreml-Führung durchsetzen konnte. Nicht alle südosteuropäischen Staaten profitierten davon gleichermaßen und zur selben Zeit. Das generelle Merkmal dieser Phase waren Erleichterungen für und Rücksichtnahmen auf die nationalen Bedürfnisse der einzelnen Länder; die Zügel wurden gelockert. In der Grundstruktur der Beziehungen blieb jedoch alles beim alten. Die Sowjetunion war nach wie vor die allein bestimmende Führungsmacht; das Prinzip der vollen Abhängigkeit wurde aufrechterhalten. Hierin beginnt sich erst in der bisher letzten, der vierten Periode eine Änderung abzuzeichnen. Sie setzte nach 1960 ein und steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Verschärfung des russisch-chinesischen Konflikts wie mit dem allgemeinen Wandel der weltpolitischen Konstellation. Soweit sich die Symptome deuten lassen, tritt eine mehr partnerschaftliche an die Stelle der streng autoritären oder patriarchalischen Struktur. Die Spielräume für eine Politik nationaler Interessen der einzelnen Länder vergrößern sich. Dieser Prozeß vollzieht sich allerdings sehr langsam, und es muß durchaus mit Rückschlägen gerechnet werden. Immerhin findet in diesem neuen System auch Jugoslawien wieder Platz, wenn auch noch

nicht als typisches Mitglied, so doch ohne Sprengwirkung für das Ganze. Unabdingbare und von niemandem bezweifelte und bedrohte Bedingung für die Zugehörigkeit zum System ist die kommunistische politische und wirtschaftliche Grundordnung im Inneren sowie die prinzipielle Anerkennung der Sowjetunion als Führungsmacht. Es mag Anpassungsversuche an die Bedürfnisse der industriellen Gesellschaft geben, nicht aber eine Abwendung von den Prinzipien des Sozialismus und Kommunismus. Dabei ist zu bedenken, daß eine Anzahl grundlegender Erscheinungen und Entwicklungen auf alle, also nicht nur auf die südosteuropäischen Länder des Ostblocks zutrifft. Es werden jedoch jeweils die südosteuropäischen Aspekte und Akzente hervorgehoben.

## 2. Die Sonderstellung Jugoslawiens vor und nach dem Konflikt mit der Sowjetunion

In den folgenden Abschnitten soll die Vier-Phasen-Hypothese auf ihre Brauchbarkeit für die Erklärung der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstränge hin untersucht werden.

Die Schlüssel zum Verständnis der zaristischen Südosteuropapolitik waren Serbien und die jugoslawische Frage. Jugoslawien behielt diese Rolle auch nach dem Ersten Weltkrieg für die Sowjetführung. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten war bereits vor dem Ersten Weltkrieg eher ein konfliktreiches als ein harmonisches, und so ist es geblieben. Serbien und Jugoslawien dienten den russischen Interessen in entscheidenden, ja in weltpolitisch ausschlaggebenden Situationen, aber sie widersetzten sich gleichzeitig jeder Hegemonie durch Petersburg oder Moskau. Das Land nimmt geopolitisch eine Schlüsselstellung in Südosteuropa ein. Keine an diesem Raum interessierte Großmacht kann es umgehen. So war es durchaus folgerichtig, daß die Zukunft des sowjetrussisch-südosteuropäischen politischen Systems zuerst in Belgrad überdacht und in Frage gestellt wurde. Tito hatte die kommunistische Machtergreifung bis Anfang 1946 durchgesetzt. Er war unumschränkter "Herr im eigenen Hause" und konnte sich dem Problem der Stellung seines Landes innerhalb des sowjetischen Machtbereiches wie innerhalb der südosteuropäischen Staatengesellschaft zuwenden. Angesichts der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bevormundungsbestrebungen Moskaus entschloß er sich zum Widerstand und forderte die riesige Macht der Sowjetunion heraus. Der gegen ihn geschleuderte Bannstrahl fiel zeitlich zusammen mit der endgültigen und totalen Machtübernahme der stalinistischen Parteien in den anderen südosteuropäischen Ländern. Es war gerade diese offene Gleichschaltungspolitik, die den Partisanenführer zur Notwehr trieb.<sup>20</sup>

Nach der Kominform-Resolution von 1948 blieb den Jugoslawen kein anderer Weg als eine Anlehnung an den Westen. Nur mit Hilfe der militärischen Rückendeckung durch die westlichen Alliierten und dank der amerikanischen materiellen Hilfe konnte das Land nach der Verstoßung durch Stalin

überleben. Höhepunkte der jugoslawischen Westorientierung bildete der Beitritt Belgrads zum Balkanpakt (Februar 1953), der über Griechenland und die Türkei mit der NATO verbunden war. Es dauerte bis 1955, ehe Moskau die Folgerungen aus der mißglückten Einkreisungs- und Isolierungspolitik gegen Jugoslawien zog. Im Mai dieses Jahres begab sich Chruschtschow überraschend zu einem Besuch nach Belgrad. Damit begann die dritte Phase der sowjetischen Südosteuropapolitik, die zugleich die erste Etappe der Wiederannäherung zwischen Jugoslawien und dem Ostblock darstellte. Sie wurde zwar durch die Oktober-Ereignisse von 1956 zeitweilig getrübt, aber nicht wesentlich beeinträchtigt.

Daher kam es überraschend, als Moskau im April 1958 nach Bekanntgabe des Entwurfes zum neuen jugoslawischen Parteiprogramm eine abermalige Verfemung Jugoslawiens einleitete.<sup>21</sup> Dieser Rückschlag in den russisch-jugoslawischen Beziehungen dürfte seine Erklärung im Beginn des russisch-chinesischen Konflikts finden. Die Sowjetunion mußte gewissermaßen Ordnung im eigenen Hause schaffen, um der Auseinandersetzung im Osten gewachsen zu sein. Inzwischen hatte sich Jugoslawien jedoch politisch, wirtschaftlich und ideologisch weitgehend auf eigene Füße gestellt. Vor allem hatte es sich vom Wirtschaftsverkehr mit den sozialistischen Nachbarn unabhängig gemacht. So blieb dieser zweite Vorstoß gegen Jugoslawien nahezu wirkungslos. Außerdem erreichte die Entfremdung von Moskau nicht wieder den Tiefstand wie nach dem Kominformkonflikt von 1948. In den außenpolitischen Fragen war sogar eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte zu beobachten, so z. B. in der Deutschlandfrage, in der Einstellung gegenüber den Entwicklungsländern sowie in der Auffassung über die friedliche Koexistenz und das Abrüstungsproblem. Offiziell stempelten die neuerlichen ideologischen Angriffe Belgrad allerdings zum Außenseiter innerhalb des kommunistischen Blocks. In der Moskauer Erklärung der 81 kommunistischen Parteien vom Dezember 1960 sowie im sowjetischen Parteiprogramm vom Oktober 1961 wurde Jugoslawien als Zentrum des Revisionismus bezeichnet, als Hauptgefahr innerhalb des Kommunismus.<sup>22</sup>

Auf dem berühmt gewordenen XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 erfolgte auch der offene Bruch Moskaus mit Albanien, dem damals ärgsten Widersacher Titos im Ostblock. Gleichzeitig trat eine wesentliche Verschlechterung des sowjetischen Verhältnisses zu Peking ein, das sich demonstrativ hinter Albanien stellte, um seine Angriffe nun zunehmend auf Jugoslawien zu konzentrieren, obwohl es in Wirklichkeit Moskau treffen wollte. Außerdem hatte im September 1961 in Belgrad die erste Konferenz neutraler Staaten stattgefunden, die den Sowjets deutlich die führende Rolle vor Augen führte, die Tito gemeinsam mit Nasser und Nehru damals in der "Dritten Welt" spielte. Die darauf folgende Hinwendung Jugoslawiens zu den jungen Nationen mit dem Ziel, eine blockfreie Dritte Kraft zu bilden, ging Hand in Hand mit dem Abbau seiner Westorientierung. Damit war der Weg frei für eine neuerliche Wiederannäherung. Jugoslawien bot die Chance für einen Brückenbau zu den blockfreien Ländern.

Aber auch Tito erblickte zusehends sein Interesse im Kontakt mit Moskau, weil sein Einfluß in der "Dritten Welt" durch das Vordringen anderer Mächte -China an der Spitze- seit 1962 merklich zurückging. Auf diesem Hintergrund ist sein Bestreben zu verstehen, nun auch von sich aus wieder zu einer Aussöhnung mit dem Ostblock zu gelangen. Dabei kamen ihm die ähnlich gearteten Initiativen Chruschtschows entgegen, der bemüht war, die drohende Spaltung des Ostblocks durch die Wiedergewinnung Jugoslawiens aufzufangen und Verbündete gegen China zu gewinnen. Schließlich wurde die Wiederannäherung Jugoslawiens an den Ostblock dadurch erleichtert, daß sich die Sowjetunion infolge ihrer inneren wirtschaftlichen und sozialen Evolution selbst den vormals als revisionistisch gebrandmarkten ideologischen Positionen Belgrads annäherte. Damit beginnt der vorerst letzte Abschnitt der sowjetisch-südosteuropäischen Beziehungen, der zugleich einen neuen Strukturzusammenhang, ein neues internationales System anbahnt. Die Selbstständigkeitsbedürfnisse der osteuropäischen Länder gegenüber Moskau lassen sich nicht mehr unterdrücken, das politische Gefüge des Blocks beginnt sich zu lockern, es nimmt sozusagen einen anderen Aggregatzustand an. Es eröffnet sich die Möglichkeit, Jugoslawien wieder in den Verband der sozialistischen Staaten Südosteuropas einzubeziehen. Beschleunigt wird die Verbesserung der Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau durch das Heraufkommen eines militanten kommunistischen Flügels mit dem Zentrum in Peking und dessen wachsenden Gegensatz zu Moskau. Gleichzeitig wandelt sich das weltpolitische Gleichgewicht. Zur Wahrung seiner Handlungsfreiheit sieht sich Jugoslawien gezwungen, seine Bindungen zu allen politischen Gruppierungen der Welt abzuwägen. Dies ändert selbstverständlich nichts am kommunistischen Charakter des Regimes, das trotz zahlreicher Liberalisierungsmaßnahmen weiterhin antiwestlich orientiert ist.

In Kürze seien die Etappen dieses vierten Abschnitts aufgezeigt: Der Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Belgrad im April 1962 war bereits freundlicher aufgenommen worden als der seines jugoslawischen Kollegen in der sowjetischen Hauptstadt. Weitgehende Übereinstimmung in den wichtigsten internationalen Problemen wurde festgestellt. Im Mai 1962 setzte sich dann auch Chruschtschow während seines Aufenthaltes in Bulgarien ausdrücklich für die Verbesserung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen ein. Die Wiederannäherung vollzog sich zuerst auf wirtschaftlichem Gebiet. Seit 1955 und dann wieder ab 1961 hatte der Warenaustausch mit den kommunistischen Ländern schnell zugenommen. 1964 war der Ostblock mit 34 v. H. am jugoslawischen Export und mit 29 v. H. am Import beteiligt. Osteuropa bietet für Belgrad einen bequemen Markt, da es dort mit seinen Industrieerzeugnissen konkurrenzfähiger ist als im Westen. In den letzten Jahren schloß Jugoslawien deshalb mit der Sowjetunion und fast allen osteuropäischen Ländern langfristige Handelsabkommen und Vereinbarungen über wissenschaftlichen und technischen Erfahrungsaustausch ab. Im September 1964 kam es sogar zu einer Art von Assoziierungsabkommen mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON), das Belgrad ein Mitspracherecht in sieben stän-

digen Fachkommissionen des Rates sichert. Einen weiteren Höhepunkt erreichte die sowjetisch-jugoslawische Aussöhnung, als Chruschtschow im August/September 1963 Jugoslawien einen offiziellen Besuch abstattete. Inzwischen hatte sich das sino-sowjetische Verhältnis nach der Verkündung der 25 chinesischen Punkte im Juni 1963 und den gescheiterten bilateralen Verhandlungen im Juli 1963 so weit verschlechtert, daß Moskau offenbar glaubte, in der Gestaltung seiner Beziehungen zu Belgrad keine Rücksicht mehr auf Peking nehmen zu müssen. Chruschtschow reiste nicht nur in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident, sondern ausdrücklich auch als Erster Parteisekretär nach Jugoslawien, um dadurch zugleich die Wiederaufnahme der offiziellen Kontakte zwischen den beiden kommunistischen Parteien zu dokumentieren.

Auf ideologischem Gebiet konnte jedoch bis heute keine volle Übereinstimmung der Ansichten erzielt werden. Immerhin ist es bemerkenswert, daß sich Belgrad und Moskau in vielen ideologischen Grundsätzen, wie in der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, dem Absterben des Staates beim fortschreitenden kommunistischen Aufbau, der Rolle der Partei in der kommunistischen Gesellschaft sowie der Dezentralisierung der Wirtschaftsplanung, bedeutend näher stehen als bei der ersten Wiedernäherung von 1955 - 1958. Es sind also nun die Sowjets, die im Laufe dieses Prozesses ihre ideologischen Prinzipien an die Gegebenheiten der modernen Industriegesellschaft und der globalen Atomstrategie nach dem Vorbild der Jugoslawen angleichen.

Kaum eine regierende kommunistische Partei traf der Sturz Chruschtschows härter als die jugoslawische, da der Kremelführer von Tito trotz aller Meinungsverschiedenheiten als der Wegbereiter der sowjetisch-jugoslawischen Wiederaussöhnung verehrt wurde. Belgrad erhielt bald eine gewisse Genugtuung, als zum VIII. Kongreß des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" im Dezember 1964 seit langem erstmalig wieder eine offizielle Delegation der KPdSU erschien, die von Parteisekretär Demitschew geleitet wurde. Dieser bezog in seiner Ansprache Jugoslawien in die Reihe der sozialistischen Länder ein und erkannte die jugoslawischen Besonderheiten ausdrücklich an. Das Verhältnis zwischen Moskau und Belgrad ist seitdem korrekt, frei von jeglicher Polemik und durch weitgehende Übereinstimmung in außenpolitischen Fragen gekennzeichnet, wie es sich anläßlich der Nahostkrise im Sommer 1967 deutlich zeigte.

### 3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit (COMECON) im Dienste politischer Führung

Parallel zu den Wandlungen der russisch-jugoslawischen Beziehungen verläuft die Entwicklung des COMECON <sup>23</sup> Der COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) wurde im Jahre 1949 als Gegenmaßnahme zum Marshall-Plan und zur OEEC auf Initiative der Sowjetunion gegründet, um die wirtschaftlichen Aktivitäten des russischen Imperiums in Osteuropa zu ko-

ordinieren. Der COMECON ist als eine zwischenstaatliche Behörde institutionalisiert, deren oberstes Organ die Ratstagung bildet. Sie steht in engem Kontakt mit den kommunistischen Parteien und Regierungen der Mitgliedstaaten, insbesondere seit 1958. Die Geburtsstunde dieser Organisation fällt damit in die zweite Periode der sowjetischen Südosteuropa-Politik (Einkreisung Jugoslawiens, radikale Stalinisierung in den anderen Südostländern und strikte Bindung an Moskau). Mit Hilfe des COMECON sollte auch die Wirtschaft dieser Länder gleichgeschaltet und den Bedürfnissen der Sowjetunion einseitig dienstbar gemacht werden. Eine der Methoden hierzu war die Bildung von "gemischten Gesellschaften", die in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Mitteldeutschland und Jugoslawien Produktion und Lieferung von wichtigen Materialien an die Sowjetunion wirksam kontrollierten. Manipulierte einseitige finanzielle Verträge, deren Existenz 1956 aufgedeckt wurde, sollten die Ausbeutung kaschieren. Der Rückfluß von sowjetischer Wirtschaftshilfe nach Osteuropa war dafür bei weitem kein Ausgleich. Er betrug im Durchschnitt zwischen 1945 und 1952 weniger als 100 Mill. Dollar pro Jahr.

Die langfristigen schematisierten Wirtschaftspläne (Fünf- bzw. Sechs-Jahrespläne) der COMECON-Länder verfolgten im Sinne des marxistisch-kommunistischen Konzepts der forcierten Industrialisierung und auf Geheiß Moskaus ohne Rücksicht auf die nationalen Besonderheiten das Ziel der beschleunigten Entwicklung der Produktionsmittelindustrie.

Bezeichnend für den Stil der COMECON-Politik in dieser zweiten Phase der sowjetischen Südosteuropapolitik ist die Tatsache, daß in den ersten fünf Jahren des Bestehens des COMECON nur drei Plenarsitzungen des Rates, als des Exekutivorgans der Organisation abgehalten wurden. Der COMECON fungierte weitgehend als Tarnung der direkten Wirtschaftsbeefehle aus Moskau. So kam es, daß erst 1960, also elf Jahre nach seiner Gründung, der COMECON mit einem grundlegenden organisatorischen Statut ausgestattet wurde. Bis dahin war er eine lose, nicht ratifizierte völkerrechtliche Vereinbarung. Ihr eigentliches Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Ostblockländern, wurde also in dieser frühen Periode des COMECON durch Stalins Politik der einseitigen Abhängigkeit eines jeden Satelliten von der UdSSR stark behindert.

Unter Stalins Nachfolgern lockerte sich die Kontrolle über das innere wirtschaftliche Leben der Mitgliedländer. Die dritte Periode der Moskauer Südosteuropapolitik begann. Die sowjetischen Beteiligungen in den meisten industriellen Unternehmungen der Satelliten wurden aufgegeben. Auf der 4. Plenarsitzung des COMECON, ein Jahr nach Stalins Tod, setzte die Koordination der nationalen Wirtschaftspläne ein. Provisorische Kommissionen wurden eingerichtet -die später ausgedehnt und dann auf die Dauer etabliert wurden-, um die Integration Osteuropas voranzutreiben. Diese Politik dauerte bis 1956. Der XX. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 legte das Schwergewicht auf die Notwendigkeit einer größeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration innerhalb des Blocks, die durch die Koordination der nationalen Wirtschaftspläne und den Austausch von

technischen Verfahren, die gemeinsame Erschließung von Rohstoffen und durch die Spezialisierung der Produktion erreicht werden sollten.

Der volle Durchbruch zur neuen Politik des COMECON erfolgte auf dem Höhepunkt der ungarischen Revolution durch die sowjetische "Erklärung vom 30. Oktober". In ihr gaben die Sowjetführer die Einmischung in die Souveränitätsrechte ihrer Satelliten offen zu und versicherten, die Unabhängigkeit und Gleichheit aller Mitglieder des europäischen sozialistischen Lagers in der Zukunft zu respektieren. 1957 erkannte Chruschtschow die Möglichkeiten des COMECON als Mittel einer wirtschaftspolitischen Integration dauerhafter Art. Im Mai 1958 fand in Moskau eine Zusammenkunft von Parteiführern der Mitgliedstaaten des COMECON statt, um Methoden zur Stärkung der wirtschaftlichen Koordination zu erörtern. Als Ergebnis dieser Konferenz erfuhr der COMECON eine bemerkenswerte Wiederbelebung: die Zahl seiner Organe wurde erheblich erhöht, und die Maßnahmen zur Spezialisierung nach Industriezweigen in verschiedenen Mitgliedstaaten wurden beschleunigt. Durch die neue "internationale sozialistische Arbeitsteilung" im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe sollte den natürlichen Gegebenheiten der einzelnen Nationalwirtschaften stärker Rechnung getragen werden als bei einer mechanischen Nachahmung des sowjetischen Modells. Zugleich wurde allerdings auch die Abhängigkeit von der Sowjetunion verstärkt, da diese als einziges Land ihre allseitige Wirtschaftsentwicklung beibehielt. Andererseits wurden durch die engere Zusammenarbeit im COMECON der Sowjetunion größere Verpflichtungen auferlegt. Die Belastung der UdSSR mit der Brennstoff-, Rohstoff- und Materialversorgung der COMECON-Länder machte sich in den letzten Jahren immer spürbarer bemerkbar. In einer Reihe von Konferenzen mit den Führern der Satelliten kristallisierte sich in formalen Abkommen die neue COMECON-Politik der Sowjets heraus, die für Jahre hinaus gültig sein sollte und folgende Hauptziele verfolgte: 1. Osteuropa soll sich zu einer lebensfähigen wirtschaftlichen Region untereinander abhängiger Staaten entwickeln und gegenüber dem Westen konkurrenzfähig gemacht werden. 2. Die einzelnen Länder sollen ein eigenes Interesse daran finden, im Block zu bleiben und die Interessen des Blocks insgesamt zu fördern.

Die vierte Periode der sowjetischen Politik kündigte sich auf dem Wirtschaftssektor früher an als in der großen Politik. 1958 wurde z. B. der Vorschlag der Rumänen zur Schaffung eines gemeinsamen Investmentfonds (Durchführung von Projekten von gemeinsamem Interesse) auf der Plenarsitzung des COMECON in Prag von den weiterentwickelten Ländern Tschechoslowakei und DDR abgelehnt, obwohl er durch die Sowjets, die bis dahin die Hauptlast der Entwicklungshilfe innerhalb des Blocks zu tragen hatten, energisch unterstützt wurde. Die "reicheren" Länder waren offensichtlich nicht bereit, das industrielle Wachstum der ärmeren sozialistischen Bruderländer zu finanzieren. Als Integrationsmoment in der Politik des COMECON sollte nach sowjetischen Vorstellungen die internationale Arbeitsteilung dienen. Der sowjetische Plan sah vor, daß die weniger ent-

wickelten Länder, wie Rumänien, Bulgarien und auch Polen, als Hauptab-  
satzgebiete der Industrieproduktion der industrialisierten Bruderländer  
fungieren und selbst als Rohstofflieferanten auf dem COMECON-Markt die-  
nen sollten. Hier stieß das Wirtschaftsprogramm der Sowjets heftig mit  
den berechtigten Interessen der einzelnen Länder bezüglich der Entwick-  
lung, Behauptung und Nutzung ihrer eigenen nationalen Produktionskapa-  
zitäten zusammen. Von dieser massiven Opposition, die besonders von den  
Rumänen ausging (s. u.), wurden die Sowjets sichtlich überrascht, zumal  
ihnen die Organisationsform des COMECON keine Möglichkeit bot, das  
Übergewicht ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht zur Durchset-  
zung ihrer Vorstellungen in die Waagschale zu werfen. Bezeichnend für  
die politische Bedeutung und Arbeitsweise des COMECON ist es, daß die  
begrenzten Fortschritte, die auf dem Gebiet der Spezialisierung gemacht  
wurden, nicht auf dem hohen Niveau der Plenarsitzungen, sondern in den  
"Ständigen Kommissionen", in denen jeder bedeutendere Wirtschaftsbe-  
reich des Ostblock repräsentiert ist, erreicht wurden. In den "Ständigen  
Kommissionen" übertreffen die technischen Experten die politischen Funk-  
tionäre. Deswegen reflektieren die Entscheidungen der "Ständigen Kommis-  
sionen" in viel stärkerem Maße die vitalen Interessen der teilnehmenden  
Länder, und ihre Vorschläge begegnen daher einer größeren Aufnahmebe-  
reitschaft der interessierten Staaten. Im Gegensatz zu dem bescheidenen  
Erfolg, der in der industriellen Spezialisierung erreicht wurde, machte  
die Koordination der nationalen Wirtschaftspläne unter die Autorität des  
COMECON offensichtlich seit 1956 erhebliche Fortschritte. Eine solche  
Koordination der Wirtschaftsaktivität des Ostblocks im Rahmen des COME-  
CON enthält gewisse Risiken und Verpflichtungen für die UdSSR, die sehr  
wohl mit den eigenen innerstaatlichen Planungszielen kollidieren können.  
Die wachsenden multilateralen Bindungen unter den Mitgliedstaaten bieten  
ihnen Gelegenheiten, vereint gegen spezifisch sowjetische Aktionen zu  
handeln und damit die Macht der sowjetischen Hegemonie in Südosteuropa  
einzudämmen.

Somit erlangte der COMECON eine wachsende Autorität in wirtschaft-  
lichen Angelegenheiten und entwickelt sich heute zu einer eigenständigen  
Kraft, in der die Mitgliedländer gegenüber der Sowjetunion immer mehr  
an Gewicht gewinnen. Die formelle und auch tatsächlich unabhängige Auto-  
rität des COMECON überschreitet deutlich das erlaubte Maß des typisch  
sowjetischen Verwaltungsorgans. Die in Art. IV der Satzung festgelegte  
Bestimmung, daß Empfehlungen und Beschlüsse der Organe des COMECON  
nicht für Länder gelten, die erklärt haben, daß sie an der betreffenden  
Angelegenheit nicht interessiert sind, unterscheidet den COMECON grund-  
legend vom üblichen Modell einer sowjetischen Verwaltungsbehörde. Dar-  
über hinaus haben die Körperschaften des COMECON eine Tradition in der  
freien und offenen Debatte ihrer Probleme entwickelt. Mit den "Ständigen  
Kommissionen" hat der COMECON viele Attribute einer Bürokratie west-  
lichen Stils übernommen, und es scheint sich unter den Mitgliedern der  
Kommissionen (Fachleute und Techniker) so etwas wie ein Verständnis  
und eine Solidarität in der Respektierung der gegenseitigen Interessen  
entwickelt zu haben. Je mehr der COMECON den nationalen Interessen

seiner Mitglieder dient, desto mehr werden sie auf die Behauptung und Ausdehnung seiner Autorität bestehen. Durch vereinte Aktionen im COMECON werden die Mitglieder in wachsendem Maße befähigt, die Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu behaupten.

### III. Polyzentrische Tendenzen im nachstalinschen kommunistischen System

#### 1. Der Durchbruch nationaler Interessen

Die Entwicklung der russisch-jugoslawischen Beziehungen und des COMECON läßt bereits erkennen, daß der "Ungarische Oktober 1956" die schärfste Zäsur in der sowjetischen Südosteuropapolitik bedeutet. Seine Ursachen und Wirkungen bedürfen daher einer gesonderten Darstellung. Chruschtschow hatte in seiner berühmten Rede vor dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 die Terrorherrschaft Stalins verdammt und damit die Fehlbarkeit der Parteiführer anerkannt. Die Enthüllung von Stalins Methoden, nachgeahmt von Gottwald, Rakosy und Tschewtschenko, untergrub den Glauben der Mitglieder der kommunistischen Parteien an ihre Führer. Es wurde immer schwieriger, eine öffentliche Diskussion der gegenwärtigen Politik zu verhindern. Der Aufstand von Posen im Juni 1956, dessen unmittelbarer Anlaß wirtschaftliche Forderungen waren, wirkte auf die herrschenden Funktionäre alarmierend. Schlagartig zeigte sich das Risiko, das sie auf sich genommen hatten, als sie den Lebensstandard des Volkes vernachlässigten. Noch deutlicher wurde die Gefahr halbherziger Liberalisierungsmaßnahmen durch die polnischen und ungarischen Ereignisse vom Oktober und November 1956.

Doch hinter diesen drückenden wirtschaftlichen Sorgen erhob sich die alte geistige Macht der nationalen Selbstbestimmung<sup>24</sup>, unter deren Szepter die südosteuropäischen Völker seit mehr als einem Jahrhundert um ihre Unabhängigkeit ringen. Kurz nach dem Tode Stalins hatte bereits jene scharfe Säuberungswelle eingesetzt, der die anational orientierte Gruppe der "moskowitzischen" osteuropäischen Führer zum Opfer gefallen war. National gesinnte Kommunisten wie Imre Nagy in Ungarn und Gheorghiu-Dej in Rumänien traten an ihre Stelle. Daß die Aussöhnung Chruschtschows mit Tito im Mai 1955 bedeutend zur Stärkung der nationalbetonten Linie in Osteuropa beitrug, wurde bereits erwähnt. Während der Übergangszeit des nachstalinschen "neuen Kurses" profitierte der osteuropäische Nationalismus sowohl vom äußeren als auch vom inneren Nachlassen der Spannungen. Die von Chruschtschow angeregte neue außenpolitische Linie der "beschränkten Konzession" war für die Führer der Satellitenstaaten von großer Bedeutung. Der österreichische Staatsvertrag (Mai 1955), die Rückgabe der Marinestützpunkte an Finnland, die Genfer Gipfelkonferenz (Juli 1955), die darauffolgende Auflösung des Kominform (April 1956) und die Entlassung des Außenministers Molotow waren weitere Anzeichen für den

Beginn einer neuen Periode der Entspannung der ideologischen und machtpolitischen Beziehungen innerhalb des Blocks. Aus der Rückschau bedeutet auch die sowjetische Erklärung vom 30. Oktober 1956 über Freundschaft und Kooperation zwischen der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten ein ernsthafteres Symptom für den Meinungsumschwung in Moskau, seine Beziehungen mit den Volksdemokratien auf eine neue, gleichberechtigte Basis zu stellen, als man den Umständen des Zeitpunkts ihrer Veröffentlichung nach -fünf Tage vor der zweiten sowjetischen Intervention in Ungarn- damals zu erkennen in der Lage war. Trotz mancher historischer Reminiszenzen galten die Aufstände in Posen, Warschau und Budapest in erster Linie der nationalen und antikommunistischen Orientierung. Nur in zweiter Linie hatten sie einen antisowjetrussischen Affekt. Die hauptsächliche Stoßkraft richtete sich gegen die eigenen kommunistischen Führer und Unterführer. Die ursprüngliche Absicht der Revolutionäre bestand in der eindringlichen Forderung, die eigenen kommunistischen Regimes zu beseitigen und nicht das der Sowjetunion. Die Folgen der Aufstände bezeugen diese Tendenz: Abgesehen von wirtschaftlichen Verbesserungen wurden erstens die extremen und unnachgiebigen Stalinisten durch annehmbarere, nationalorientierte kommunistische Führer ersetzt (Zusammenbruch der kommunistischen Partei Ungarns nach dem Volksaufstand und das Auftauchen von Kadar anstelle von Rakosy), zweitens der stalinistische Monolith durch die Forderung und Gewährung einer differenzierten Behandlung jedes einzelnen Landes geschwächt, wobei in den meisten Fällen auch die Abhängigkeit von der Sowjetunion begrenzt wurde. Ähnliche Folgen zeitigten die Volksaufstände für Rumänien und die Tschechoslowakei, obwohl sich dort keine Hand gegen das bestehende Regime gerührt hätte. Der erniedrigende "Satellitenstatus" blieb nur für zwei Länder bestehen: Bulgarien und die DDR.

Dasselbe ereignisreiche Jahr brachte im übrigen auch das erste Eingreifen der chinesischen Kommunisten in die osteuropäischen Angelegenheiten, beginnend mit der Unterstützung für die polnische und ungarische Unabhängigkeit im Oktober und endend mit der Proklamierung der internationalen Solidarität im Dezember. Chinas potentielle Einmischung in Osteuropa hat mit Sicherheit zur Schwenkung der Moskauer Politik beigetragen. Chruschtschow bemühte sich in Südosteuropa auffällig darum, zwischen Einheit und Vielfalt einen Ausgleich herzustellen, die Vorherrschaft der Sowjetunion zu sichern, zugleich aber auch den einzelnen Ländern genügend Freiheit und Beweglichkeit zu gewähren, um eigene Lebensformen im Rahmen des kommunistischen Weltsystems zu entwickeln.

Dabei unterschätzte er allerdings die Kraft des osteuropäischen Nationalismus sehr. Seine Verdammung des Stalinismus bedeutete für das neue und noch schwache sozialistische Gefüge in Südosteuropa eine ernste Gefahr. Die Ereignisse des Jahres 1956 hatten der sowjetischen Führung gezeigt, daß der bloße Glaube an die bindende Kraft einer gemeinsamen Ideologie nicht genügt, um die nationalen Interessen zu befriedigen. Spätestens in den Verhandlungen mit Tito hätte es klar werden müssen, daß es eben keine einheitliche Meinung über den Weg zum Sozialismus gibt.<sup>25</sup>

Zwar wurde 1957 in der November-Erklärung der zwölf herrschenden Parteien die Führerstellung der Sowjetunion im kommunistischen Lager anerkannt, doch gaben Tito, der sich weigerte, sie zu unterzeichnen, und Gomulka, der dies nur sehr zögernd tat, ihrer abweichenden Meinung deutlich Ausdruck. Dennoch war diese Erklärung eine nützliche Demonstration der Einigkeit des kommunistischen Blocks. Die Konferenz vom November 1957 wurde zum Präzedenzfall für die dann folgenden multilateralen Treffen, die sich als Lieblingsmethode Chruschtschows bei der Behandlung der ost- und südosteuropäischen Regimes entpuppten. Die umwälzenden Ereignisse des Jahres 1956 bedeuteten somit das Ende des nachstalinistischen "neuen Kurses". Die während der Zeitspanne von 1953 bis 1956 vorherrschende sowjetische Politik eines von Moskau zentral gesteuerten Internationalismus konnte den Zerfall der Einheit des Kommunismus nicht aufhalten. In der Folgezeit, etwa ab 1958, kam in ganz Osteuropa der "pluralistische Kommunismus" auf, der sowohl die geschwächte Machtposition der Sowjetunion als auch die Begleiterscheinungen des beginnenden chinesisch-sowjetischen Streits reflektierte.

## 2. Der sowjetisch-chinesische Gegensatz<sup>26</sup>

Der sowjetisch-chinesische Gegensatz tritt im Gewande eines innerkommunistischen Konflikts auf. Er wird durch den totalitären Charakter der Parteiherrschaft, den Entwicklungsgrad der sowjetischen Gesellschaft und die weltrevolutionäre Zielsetzung des Kommunismus bestimmt. Der Ursprung der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking läßt sich bis auf das Schicksalsjahr 1953 zurückführen. Die Autorität Moskaus als "geistliches" und weltliches Zentrum des kommunistischen "Glaubens" wurde durch die innersowjetischen Machtkämpfe um das Erbe Stalins gelähmt und durch die "revisionistischen" Ansätze zur Modernisierung der Sowjetherrschaft in Frage gestellt. Chruschtschows Versuch auf dem XX. Parteitag (1956) das Imperium Stalins in ein "kommunistisches Commonwealth" zu überführen, stieß auf das Verlangen der Chinesen nach Mitspracherecht für sich selbst und "Unabhängigkeit" und Gleichberechtigung aller kommunistischen Länder und Parteien. Die tiefgreifenden nationalen Unterschiede Rußlands und Chinas und die ungleiche Entwicklung auf dem Wege zum Kommunismus traten immer stärker in Gegensatz zu der von der kommunistischen Lehre geforderten Einheitlichkeit in Theorie und Praxis. Bestätigt und gefördert wurden die internen ideologischen Gegensätze durch die weltpolitischen Strukturwandlungen. Der "Kapitalismus" nahm eine ganz andere Entwicklung, als sie ihm vom marxistisch-leninistischen Dogma vorgezeichnet worden war; statt Krise und Untergang folgte dem Zweiten Weltkrieg ein steiler Aufschwung und eine weitgehende Kooperation und Integration der Länder der westlichen Welt. Chruschtschow suchte durch eine taktische Anpassung des Dogmas mit Hilfe der "friedlichen Koexistenz" den Anschluß an die westlichen Entwicklung zu finden und diese im friedlichen Wettbewerb einzuholen. Mao Tse-tung jedoch hielt an der mit allen Mitteln zu fördernden revolutionären und gewaltsamen Veränderung der Wirklichkeit im Sinne des kom-

munistischen Dogmas fest. Diese Konstellationen und mentalen Differenzen in Strategie und Taktik des Kampfes für den von Mao wie Chruschtschow gleichermaßen angestrebten Endsieg des Kommunismus führten in wenigen Jahren zur Bildung von zwei Zentren und zwei Fraktionen im Weltkommunismus.

Noch bei seinem Besuch in Peking im Oktober 1954 hatte Chruschtschow um die Gunst Maos im innersowjetischen Machtstreit geworben und ihm dafür ein Mitspracherecht im Kreml eingeräumt, das Mao dann in der Krise von 1956 entschieden geltend zu machen suchte. Der Streit Pekings mit Moskau entzündete sich an den Thesen, die Chruschtschow auf dem XX. Parteitag im Februar 1956 verkündete. Drei Punkte des neuen sowjetischen Kurses erregten den Widerspruch Pekings: Erstens die vorbehaltlose Absage an Stalin und dessen Politik, zweitens die Verwerfung der These von der Unvermeidbarkeit des revolutionären Krieges und die Propagierung der Politik der friedlichen Koexistenz als Weg zur Erreichung des Kommunismus, drittens die Theorie des gewaltlosen Übergangs zum Sozialismus in den bürgerlichen Staaten. In der Zerstörung des Stalin-Kults sah Mao den ersten Ansatz zur Vernichtung seines eigenen sorgfältig aufgebauten Mythos in China. Damals war Moskau jedoch noch stark genug, um die chinesische Opposition nicht zu beachten und seinen neuen Kurs fortzusetzen. Das Jahr 1957 brachte anlässlich des 40. Jahrestages der sowjetischen Oktoberrevolution mit einer allkommunistischen Deklaration für ein letztes Mal die uneingeschränkte Anerkennung der sowjetischen Führerstellung im Weltkommunismus. Das Hauptverdienst am Zustandekommen dieser Erklärung gebührt erstaunlicherweise den Chinesen, die, durch den Start des zweiten Sputniks veranlaßt, in enthusiastischer Begeisterung die technische Überlegenheit über die westliche Welt, den "Sieg des Ostwinds über den Westwind", proklamierten und von Chruschtschow eine aggressive Politik gegenüber dem westlichen Imperialismus erwarteten. Noch im gleichen Jahr gelang es den Chinesen, auf der Konferenz der 61 kommunistischen Parteien in Moskau, ihre Thesen von der gewaltsamen Revolution als Weg zum Sozialismus und des allseitigen Klassenkampfes als Übergang zur Diktatur des Proletariats in das Grundsatzzprogramm zu bringen. Mit der offiziellen Verdammung des amerikanischen Imperialismus als Erzfeind des Weltkommunismus versuchten sie, die Sowjets auf einen unversöhnlichen antiamerikanischen Kurs festzulegen. Anfang des Jahres 1958 proklamierte Peking die Parole des "großen Sprungs nach vorn". Es mobilisierte die gesamte Wirtschaft des Landes zu ungewöhnlichen Anstrengungen, um die industrielle und landwirtschaftliche Rückständigkeit Chinas möglichst schnell zu überwinden. Die bestehenden Kollektivwirtschaften wurden zu "Volkskommunen" zusammengefaßt, womit der Übergang zum Kommunismus durch einen einzigen Streich erreicht werden sollte. Peking wollte Moskau auf dem Wege zum Kommunismus überholen und die Formen des Übergangs mitbestimmen.

Die Erwartungen der Chinesen auf eine Verhärtung der Konfrontation zwischen Moskau und Washington wurden jedoch durch den Versuch Chruscht-

schows von 1959 bitter enttäuscht, sich mit den Amerikanern über die beiderseitigen Interessensphären zu arrangieren und durch ein mit allen Finessen propagiertes Abrüstungsprogramm eine allgemeine Entspannungspolitik einzuleiten. Im Juni des gleichen Jahres erfuhr Peking eine zweite Enttäuschung durch die Weigerung der Sowjets, ihren Verpflichtungen aus dem Geheimvertrag (1957) über die Ausrüstung der chinesischen Armee mit sowjetischen Atomwaffen nachzukommen. Auf das geplante Zusammentreffen von Chruschtschow und Präsident Eisenhower reagierten die Chinesen demonstrativ mit Zwischenfällen an der indisch-chinesischen Grenze. Dem folgte eine ideologisch begründete Absage an die Koexistenzpolitik der sowjetischen Führung. Da die Chinesen dem Versuch Chruschtschows, sich mit dem Westen zu verständigen, die Unterstützung verweigerten, sah er sich gezwungen, die Pariser Gipfelkonferenz scheitern zu lassen. Der Abschluß des amerikanischen Flugzeuges U-2 über der Sowjetunion bot dazu den äußeren Anlaß.

Eine weitere Verschärfung der sowjetisch-chinesischen Differenzen brachte eine erneute Konfrontation beider Parteien auf dem III. Rumänischen Parteitag in Bukarest im Juni 1960. Die Chinesen förderten daraufhin die Einberufung einer Weltkonferenz aller kommunistischen Parteien, um den Streit im größeren Kreis zu diskutieren. Die Sowjets eskalierten aber den Konflikt, indem sie im Juni 1960 durch den Abzug aller ihrer Fachleute, Wissenschaftler und Techniker aus China den Aufbau wichtiger industrieller Großunternehmen ins Stocken brachten. Zweiseitige Beratungen zur Vorbereitung der allkommunistischen Konferenz in Moskau liefen sich sehr rasch fest, und in der Kompromißformel der Moskauer Erklärung von 1960 konnte der Konflikt nur noch mühsam verdeckt werden. Die Chinesen hatten die Sowjets mit Erfolg daran gehindert, ihre Thesen von der friedlichen Koexistenz und dem wirtschaftlichen Wettbewerb der Systeme zur Generallinie der kommunistischen Außenpolitik zu erklären, und es war ihnen gelungen, sich mit ihren Hauptthesen von der Revolution als unerläßlichem Weg zur Diktatur des Proletariats sowie mit der Verdammung des Revisionismus als Zerstörer des revolutionären Geistes im Marxismus-Leninismus in der Erklärung durchzusetzen. Die Jugoslawen wurden als Verräter an der kommunistischen Weltbewegung gebrandmarkt. Die chinesischen Thesen bedeuteten einen eklatanten Angriff auf die Rolle der Sowjetunion als ideologischem Zentrum des Weltkommunismus. Peking schien entschlossen, der einseitigen materiellen Abhängigkeit von den Sowjets die ideologische Abhängigkeit in umgekehrter Richtung entgegenzustellen. So verdichtete sich die chinesisch-russische Auseinandersetzung immer mehr zu einem kommunistischen Dogmenstreit, der für den Außenstehenden nicht weniger schwierig zu entziffern und auf die realen Gegensätze anzuwenden ist wie die Dogmenkämpfe zwischen West- und Ostrom, hinter denen nicht minder reale Machtfragen standen. Es ist daher nur zwangsläufig, daß der Dogmenstreit mit wachsender Erbitterung und Schärfe geführt wird. Es geht um die Legitimität der totalitären Partei- und Staatsführungen als Ausdruck der "gültigen" Auslegung der kommunistischen Ideologie. Die Unterwerfung unter die Kritik eines anderen

bedeutet die Infragestellung der Herrschaft im eigenen Lande. Unakzeptabel wurde die chinesische Kritik für Moskau vor allem im Zusammenhang mit Chruschtschows Übergang zu einer umfassenden Entspannungspolitik. Innerhalb des Blocks sah sich der Kreml durch die unablässigen Angriffe Pekings gegen den jugoslawischen Revisionismus in seinen Bemühungen um einen Ausgleich mit Belgrad gestört. Der chinesische Versuch, mit großen Anstrengungen den Streit in den europäischen Sowjetblock hineinzutragen ( Fall Albanien ), durchkreuzte Chruschtschows Bemühungen um die politische und ideologische Umstrukturierung des Sowjetblocks, die durch die Entstalinisierung notwendig geworden war. Innerhalb der Sowjetunion richtete sich die chinesische Opposition gegen die Modernisierung der Parteiherrschaft und die Mobilisierung der sowjetischen Gesellschaft, dem Peking nicht zustimmen konnte, weil sie die labile Herrschaft Maos gefährdet hätten.

Dies war die Situation zu Beginn des XXII. Moskauer Parteitages im November 1961. Moskau und Peking hielten den Bruch offensichtlich für unvermeidbar, und so unternahmen sie nichts, um ihn abzuwenden. Tschu En-lai fand in der sowjetischen Polemik gegen Albanien einen geeigneten Anlaß, dem Kreml offen die Verletzung der Erklärung von 1960 vorzuwerfen und Moskau noch vor Beendigung des Parteitages zu verlassen. Seither sind alle Bemühungen Moskaus und Pekings sowie der kleineren kommunistischen Parteien um die Beilegung des Konflikts gescheitert. Das sowjetisch-chinesische Zerwürfnis wurde durch den Fortgang der sowjetischen Aussöhnung mit Tito, den Rückzug Moskaus in der Kuba-Krise und die neutrale Haltung des Kreml im chinesisch-indischen Grenzkrieg immer mehr vertieft und hat sich unter Breschnew und Kossygin weiter verschärft.

### 3. Auswirkungen des sowjetisch-chinesischen Konflikts auf die kommunistischen Länder Südosteuropas

Wie in anderen Erdteilen bemühen sich die Chinesen, innerhalb der kommunistischen Parteien Südosteuropas Einfluß und Freunde zu gewinnen. Diese Aktivität hat bereits die Struktur des Ostblocksystems beeinflusst und die Regeln des politischen Spiels zwischen den kommunistischen Staaten und Parteien verändert. Ende 1961 wurde mit der Verteilung chinesischer Publikationen begonnen. Die Appelle richteten sich vor allem gegen den Revisionismus und konzentrieren sich folgerichtig auf Jugoslawien als der Wiege und dem Zentrum des modernen Revisionismus. Sie fanden und finden am ehesten Gehör bei jenen "konservativen" Kommunisten der ersten Stunde, die sich von der Flut des Revisionismus bedroht fühlen. Die Appelle dürften allerdings solange ohne praktische Auswirkung bleiben, als nicht zugleich das nationale Interesse des jeweiligen Landes angesprochen wird. Die günstigsten Bedingungen bestehen hierfür in Albanien (s. u.). Allem Anschein nach hat die chinesische Linie aber auch in Bulgarien innere Fraktionskämpfe bewirkt, und in Jugoslawien lag und liegt die Stärke

des Ranković-Flügels in jenen Landesteilen, die an Bulgarien und Albanien angrenzen. Der jugoslawische Revisionismus und die jugoslawisch-sowjetische Annäherung seit 1955 wirkten sich dabei katalysierend auf die chinesische Richtung aus. Anfänglich war bemerkenswerterweise die chinesische Haltung gegenüber dem osteuropäischen National- und Reformkommunismus durchaus nicht feindselig. So hatte der chinesische Ministerpräsident Tschu En-lai bei seinem Besuch in Warschau Anfang 1957 mit der Forderung nach Unabhängigkeit, Souveränität, Nichteinmischung und Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten den polnischen Standpunkt gegenüber Moskau unterstützt. "Den Chinesen fiel die Unterstützung der polnischen Bestrebungen deshalb nicht schwer, weil hier weder das kommunistische Regime als solches angetastet, noch der Anspruch auf eine unabhängige Außenpolitik -also auf ein Ausscheiden aus dem Ostblock - erhoben wurde. Solange Peking den Eindruck hatte, daß es in Budapest gleichfalls nur um innere Autonomie ging, hörte man aus der chinesischen Hauptstadt sogar hier und da Zustimmung zu den 'berechtigten Forderungen' des ungarischen Volkes."<sup>27</sup> Als jedoch offenbar wurde, daß die Ziele der ungarischen Revolutionäre über die Forderungen nach innerer Autonomie hinaus auf Unabhängigkeit von allen ideologischen Bindungen gerichtet waren, schlug die anfänglich zögernde Zustimmung der Chinesen in strikte Ablehnung der ungarischen Revolutionäre und Revisionisten um.

Die jugoslawisch-chinesischen Beziehungen waren anfänglich durchaus von einer gegenseitigen Annäherung bestimmt<sup>28</sup>, ehe sie in ständige ideologische Feindschaft umschlugen. Neben den jugoslawischen Sympathien für Rotchina, die in der Parallelität der Machtergreifung und der Partisanentaktik wurzelten<sup>29</sup>, sah Belgrad in diesen Jahren des Auftritts der afroasiatischen Staaten auf der weltpolitischen Bühne und des jugoslawischen Engagements in der "Dritten Welt" in China einen natürlichen Verbündeten. Mao seinerseits hielt sich zunächst im russisch-jugoslawischen Streit nach 1948 betont zurück und folgte nach Stalins Tod gern der Moskauer Entspannungspolitik gegenüber Belgrad. Im Dezember 1954 wurde zwischen Belgrad und Peking der Austausch von Botschaftern beschlossen. Das Jahr 1956 brachte eine Erweiterung der jugoslawisch-chinesischen Kontakte. Der Umschwung setzte erst am 29. Dezember 1956 ein, als die Pekinger Zeitung "Jen Min Jih Pao" in einem langen Aufsatz zur Frage Stalins und der Beurteilung der ungarischen Revolution Stellung bezog.

Das Verhältnis der bulgarischen Kommunisten zur chinesischen Linie erklärt sich aus den Parallelen zu den albanisch-jugoslawischen Beziehungen. Auch hier gibt es eine Irredenta: Mazedonien. Nach den Plänen der von jugoslawischen Kommunisten propagierten Balkanföderation sollten die drei Teile des geographischen Raumes Mazedonien zu einer Einheit werden und eine eigene Republik im Rahmen der neuen Balkanföderation bilden. Tito erwartete, daß Bulgarien dieser Föderation im gleichen Range wie Slowenien, Montenegro und Albanien beitreten würde. In Sofia fand dieser Plan begreiflicherweise wenig Gegenliebe; man befürchtete die serbisch-jugo-

slawische Vorherrschaft.<sup>30</sup> Mazedonien wäre endgültig verloren gewesen, und Bulgarien hätte sich angesichts seiner geringen industriellen Entwicklung in eine anhaltende Abhängigkeit von Belgrad begeben. Vor allem glaubte die kommunistische bulgarische Führung, sich die "liberalen" jugoslawischen Methoden nicht leisten zu können. Erst auf dem VIII. Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens im November 1962 wurde ein Versuch unternommen, die Partei auf den Weg des "Revisionismus" zu bringen. Das Programm der unter Todor Schiwkoff neu organisierten Führung, die nun wieder Partei- und Staatsleitung in einer Hand vereinigte, ließ drei Schwerpunkte erkennen: bessere Beziehungen zum Westen, insbesondere zu den USA und den unmittelbaren Nachbarn, innere Lockerung, insbesondere Zurückdrängung der Polizei und eine gewisse äußere Belebung parlamentarischer Formen, Annäherung an Formen der "sozialistischen Marktwirtschaft" und stärkere Betonung der materiellen Anreize zur Steigerung der Produktion. In zwei Schlüsselfragen der Außenpolitik - im Verhältnis Bulgariens zu den USA und zu Jugoslawien - zeigte es sich, daß nach Ausschaltung des Erzstalinisten Tschewtschew die neue bulgarische Führung unter Schiwkoff Chruschtschows Linie der Entspannungspolitik nicht folgen konnte oder wollte. Dies fiel bei einer Partei wie der bulgarischen KP, die seit je für bedingungslose Anlehnung an die Sowjets bekannt gewesen ist, besonders auf. Es gibt zudem Beweise dafür, daß Schiwkoff mit einer mächtigen prochinesischen Fraktion in seiner Partei zu rechnen hatte. Bulgarien ist nämlich das einzige osteuropäische Land, das sich auf eine Nachahmung des chinesischen "großen Sprungs nach vorn" einließ. Die bulgarische Presse berichtete zu jener Zeit (1958) ausführlich über die Vorgänge in China. Wulko Tschewtschew stattete an der Spitze einer parlamentarischen Delegation China im Oktober und November 1958 einen ausgedehnten Besuch ab. Später kamen die bulgarischen Parteiführer aber doch zu dem Schluß, daß der große Sprung nicht zum Aufbau des Kommunismus führe, sondern nur eine Form des sozialistischen Aufbaus sei. 1964 scheint es wieder Auseinandersetzungen mit einer chinesischen Fraktion innerhalb der kommunistischen Partei Bulgariens gegeben zu haben. Im März 1964 wurde auf einer Plenarsitzung des Zentralkomitees eine EntschlieÙung gegen die "schädliche" und "spalterische" Tätigkeit der Chinesen gefaßt, in welcher Dogmatismus und Sektierertum als gegenwärtige Hauptgefahr für den Weltkommunismus bezeichnet wurden. In einer Sonderplenarsitzung des Zentralkomitees am 4. August setzte sich endgültig der sowjetische Flügel durch, und die bulgarische Führung legte sich eindeutig auf den prosowjetischen Kurs fest.

Auch die Beziehungen Rumäniens zu China lassen sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Geringes Interesse herrscht in Bukarest für die chinesische Ideologie, und in der Frage der friedlichen Koexistenz stellte es sich unmißverständlich auf die Seite Chruschtschows. Nur in sehr spezifischen Fragen teilen die Rumänen den chinesischen Standpunkt, z. B. im Widerstand gegen "Großmacht-Chauvinismus" und Atomstopp-Abkommen, neuerdings auch gegen den Atomsperrvertrag<sup>31</sup>. Diese Politik bedeutet jedoch weniger eine Identifizierung mit den Chinesen als vielmehr eine Demonstration für die These, daß man in einer bizentrischen kommu-

nistischen Welt die Position der ideologischen Neutralität einnehmen und aufrechterhalten kann. Natürlich wird damit in gewissem Maße die Sowjetunion erpreßt, denn Bukarest droht unausgesprochen, daß man den Albanern nacheifern und offen für China Stellung nehmen könnte, wenn die eigene nationale Entwicklung zu stark behindert würde. Auch hier stoßen wir wieder auf strukturelle Wandlungen im Gefüge des Ostblocks. Die berühmte gewordene Deklaration des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rumäniens vom 22. April 1964, in der das Recht einer jeden Partei betont wurde, selbständig ihre politische Linie, die konkreten Zielsetzungen und die Mittel und Wege zu ihrer Erreichung festzulegen und in der keiner Partei eine Vorrechtstellung zugebilligt, sondern auf die "große Familie der gleichberechtigten kommunistischen Arbeiterparteien" hingewiesen wurde, spiegelt klarer als irgend etwas sonst die Auswirkungen der sowjetisch-chinesischen Spaltung auf die kommunistischen Staaten und Parteien in Südosteuropa wieder.

#### 4. Der Sonderfall Albanien<sup>32</sup>

Das Paradebeispiel für die Auswirkung des chinesisch-russischen Konflikts in Südosteuropa ist Albanien. Trotz seiner spektakulären Erscheinung darf dieser Fall jedoch nicht als typisch angesehen werden. Seine Besonderheit ergibt sich aus der eigenartigen Geschichte der albanischen kommunistischen Partei, der geographischen Lage dieses Berglandes an der Adria und aus der wirtschaftlichen Rückständigkeit. Es waren in erster Linie die jugoslawischen Kommunisten und nicht die Sowjetunion, die dazu beigetragen haben, daß die kommunistische Partei Albanien, die Partei der Arbeit (PAA), aus eigener Kraft an die Macht gelangen konnte. Noch weniger als in Jugoslawien hatte die Rote Armee hier Anteil an der Befreiung des Landes. Die sehr engen Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien aus der Zeit vor 1945 dauerten auch nach dem Kriege fort. Stalin hatte sich gegenüber dem albanischen Zwergstaat stets desinteressiert gezeigt<sup>33</sup> und von seinen intellektuellen kommunistischen Führern nicht übermäßig viel gehalten. Die Aufnahme Albanien in die Komintern erfolgte nach peinlicher Hinauszögerung erst ein volles Jahr nach der Gründung der Partei der Arbeit durch persönliche Vermittlung des damaligen "Erzfeindes" Tito. Mitglied des Kominform ist die PAA überhaupt nie geworden. Auch in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) wurde Albanien als letzter südosteuropäischer Staat (im Februar 1949) aufgenommen. Erst recht hatte es Stalin bis zu seinem Tode vermieden, mit Albanien einen Freundschafts- und Beistandspakt abzuschließen.

Unabhängig von dieser schlechten Behandlung durch Moskau errichtete Enver Hodscha wegen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rückständigkeit des Landes ein Regime äußerster Härte und dogmatischer Einseitigkeit. Da für China in mancher Hinsicht ähnliches gilt, lag es für die Albaner auf der Hand, sich in den Schutz dieses "neuen" Verbündeten

zu stellen, indem sie dessen ideologische und machtpolitische Divergenzen mit der Sowjetunion zu ihren eigenen machten und damit ihre Interessen im Schatten der Auseinandersetzungen zwischen den beiden kommunistischen Großmächten zu wahren suchten. Freilich: obwohl es unbestreitbar ist, daß die kommunistischen Parteien Chinas und Albanien gewisse parallele Charakteristiken aufweisen, sagen diese Parallelen weder über die konkreten Ursachen, noch über den weiteren Verlauf des Konfliktes mit Moskau etwas aus.

Stalin hatte den kleinen Satelliten an der Adria mit seinen ungefestigten inneren Verhältnissen dem Einflußbereich der von Tito und Dimitrow anvisierten Balkanföderation überlassen. Aus der gemeinsamen Partisanenzeit bestanden zwischen den jugoslawischen und albanischen Kommunisten enge Beziehungen, die sich zu einer entsprechenden Zusammenarbeit der beiden kommunistisch gewordenen Staaten zu entwickeln schienen. In den frühen Nachkriegsjahren wurde der albanische Außenhandel über eine Zentralstelle in Belgrad geleitet, und in Albanien wurden sogenannte gemischte albanisch-jugoslawische Gesellschaften gegründet. Der erhebliche Größenunterschied zwischen Jugoslawien und Albanien und die Erinnerung an großserbische Konzeptionen erregten in Tirana jedoch alsbald den Verdacht, daß die jugoslawische Umarmung für den kleinen Einmillionenstaat gefährlich werden könnte. Hinzu kam der jugoslawische Druck auf die albanische nationale Minderheit im Kosovo-Gebiet. So erkalteten die Beziehungen zwischen den beiden Parteien und Staatsführungen schneller als sie entstanden waren. Als sich erste Anzeichen von Differenzen zwischen Tito und Stalin bemerkbar machten, ergriff Hodscha sofort für Moskau Partei und benutzte die Veröffentlichung der Kominform-Resolution vom 28. Juni 1948 prompt dazu, die jugoslawischen Experten auszuweisen und alle Beziehungen zu Jugoslawien abubrechen. Die Besonderheit der albanischen Problematik beruht nicht zuletzt darauf, daß die Albaner erst am Beginn der Nationalisierung stehen; die geistige Fundierung eines albanischen Nationalbewußtseins ist nicht älter als das gegenwärtige Jahrhundert. Der albanische Nationalismus äußert sich deshalb -verstärkt durch das Bewußtsein der kleinen Bevölkerungszahl des albanischen Volkes- aggressiv und tendiert zur Xenophobie. Als traditionelle Hauptfeinde erscheinen den Albanern die Serben und Montenegriner-also die Südslawen- einerseits und die Griechen andererseits.

Mit der Versöhnung zwischen Tito und Chruschtschow vom Jahre 1955 wendete sich das Blatt erneut. Jetzt drohte den Albanern auch von Moskau her Gefahr. Die albanische Führung hatte sich im Kampf gegen Tito zu stark exponiert, und Enver Hodscha mußte um seinen Kopf fürchten. Das Wiederaufleben des Streites zwischen Moskau und Belgrad nach der ungarischen Revolution von 1956 brachte der albanischen Führung zwar eine vorübergehende Erleichterung, die eigentlichen Ursachen des russisch-albanischen Konfliktes waren damit aber nicht beseitigt. Auf dem Welttreffen der kommunistischen Parteiführer von 1957, an dem auch Kardelj und Ranković teilnahmen, rebellierten die Albaner energisch gegen alle

Bemühungen Moskaus um eine Wiederannäherung an Jugoslawien. Im Mai 1960 machte Chruschtschow dem Führer der liberalen Partei Griechenlands, Venizelos, Versprechungen hinsichtlich einer größeren Autonomie der griechischen Minderheit in Albanien und beunruhigte damit die Albaner. Ihre Sorge über die sowjetische Balkanpolitik stieg noch weiter, als Bulgarien einen Vorschlag für eine regionale Abrüstung auf dem Balkan vorbrachte. Das kleine Land wäre in diesem Falle seinen größeren Nachbarn ausgeliefert gewesen. Als zwischen Moskau und Peking die ersten Differenzen sichtbar wurden, war das Mißtrauen Albaniens so gewachsen, daß es sich prompt an die Seite Pekings stellte. Dieser Entschluß wurde durch die gleichartige Phase der beiden Länder in der wirtschaftlichen Entwicklung und in der dominierenden Rolle der Partei erleichtert. In der Reaktion Chruschtschows auf die wüsten Angriffe aus Tirana zeigte sich deutlich das Wesen des Konfliktes mit Albanien. Offensichtlich besaß die sowjetische Führung nicht mehr die notwendige Autorität, um ihre absolute Führerrolle in der kommunistischen Weltbewegung durchsetzen zu können. An die Spitze seiner Beschwerden gegen Tirana stellte Chruschtschow vor dem XXII. Parteitag die Tatsache, daß die Albaner das neue sowjetische Parteiprogramm für sich nicht als bindend angenommen hatten. Für Tirana bedeutete Chruschtschows Politik der friedlichen Koexistenz vor allem bessere Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad, sowie die Opferung anderer Interessen Albaniens zugunsten der außenpolitischen Ziele der Sowjetunion. Wirksam wurde die chinesisch-albanische Allianz auf der Gipfelkonferenz der Ostblockparteien in Bukarest im Juni 1960. Nach einer Säuberung in ihren eigenen Reihen im Sommer 1960 begann die albanische KP den chinesischen Standpunkt auf der Konferenz der 81 kommunistischen Parteien in Moskau im folgenden November offen zu unterstützen. Es kam zum Bruch. Am 8. Dezember 1961 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Tirana und Moskau in aller Form abgebrochen. Die übrigen Ostblockländer reagierten auf diese abrupten Maßnahmen jedoch in recht unterschiedlicher Weise. Dem Beispiel Moskaus folgten lediglich Prag, Budapest und Ostberlin. Bulgarien, Rumänien und Polen hingegen setzten ihre diplomatischen Beziehungen zu Tirana fort.

Die Sowjets ergriffen alle Maßnahmen, um Albanien diplomatisch zu isolieren und ihm wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Der sowjetisch-albanische Handel fiel von Jahr zu Jahr, bis er schließlich 1963 gänzlich abgebrochen wurde. Nichtsdestoweniger aber behaupteten oder steigerten die Tschechoslowakei, Polen und Rumänien ihre Handelsvolumen mit Albanien während dieser kritischen Jahre. Keiner der sowjetischen Verbündeten folgte Moskaus Beispiel, alle Handelsverbindungen abzuschneiden - im Gegensatz zu dem wohlkoordinierten Boykott gegen Jugoslawien durch alle Kominformmitglieder nach dem Bruch von 1948.

Die bemerkenswerte Abweichung der ehemaligen Satelliten vom sowjetischen Kurs ist ein weiteres Beispiel für die schwindende Macht der sowjetischen Vorherrschaft und für die Auflockerung des Sowjetblocks im Sinne eines Polyzentrismus.

## 5. Die Politik des Zurückweichens

Die sowjetische Politik in der vierten Phase darf gewiß nicht so verstanden werden, daß die Autonomie innerhalb des Blocks bewußt gefördert wird. Moskau toleriert lediglich, was durch sachbedingte eigenständige Entwicklungen nicht mehr aufzuhalten ist.<sup>34</sup> Bereits die Untergrabung der Autorität Stalins und die Auflockerung der totalitären Herrschaftssysteme im Zeichen der "Entstalinisierung" hatten den Konflikt zwischen dem umfassenden ideologischen und machtpolitischen Herrschaftsanspruch der sowjetischen Führungsmacht und den nationalen Interessen der untergeordneten Mächte im sozialistischen Lager eingeleitet. Chruschtschow hatte sich bemüht, den Zerfall des sowjetischen Imperiums durch eine Politik der Interessengemeinschaft aufzuhalten. Er wollte einen "esprit de corps" schaffen, den es unter Stalin nicht gab. Durch den Ausbau des sowjetischen Paktsystems auf multilateraler und bilateraler Grundlage und durch veränderte Herrschafts- und Führungsmethoden sollte die Integration der zentrifugalen Kräfte herbeigeführt werden. Der Abschluß des Warschauer Pakts (Mai 1955), die Errichtung multilateraler Gemeinschaftsorganisationen auf den Gebieten der friedlichen Nutzung der Atomenergie, des Eisenbahnwesens und der Schifffahrt, die Förderung des bilateralen Paktsystems durch Verträge in den Bereichen der Wirtschaft, des Verkehrs, des Nachrichtenwesens, der Kultur, der Sozialpolitik und des Rechts und die Wiederbelebung des COMECON durch eine grundlegende organisatorische Umgestaltung im Sinne einer engeren Verflechtung und Kooperation der Nationalwirtschaften kennzeichnen diese Politik. Chruschtschow hatte mehr Bereitschaft gezeigt als irgend ein anderer maßgebender sowjetischer Politiker, sich mit Tito zu arrangieren und die jugoslawische Annäherung an den Block zu erleichtern. Geblieben ist von seinem Wirken jedoch nur die Zerstörung des Stalinmythos. Der Aufbau einer neuen Ordnung gelang ihm nicht. Das System seiner Politik war zu eng mit seiner Person verknüpft und eher das Resultat kurzfristiger vorläufiger Improvisationen als einer klaren durchgängigen politischen Strategie. Zwischen 1953 und 1964 mußte Moskau ständig auf Herausforderungen reagieren, die von außen in das sowjetische Imperium hineingetragen wurden. Auch die kommunistischen Gipfelkonferenzen von 1957 und 1960 konnten die fehlenden Gemeinschaftsorganisationen nicht ersetzen, und Moskaus Bestrebungen, die Geschlossenheit des Weltkommunismus wiederherzustellen, hatten keinen Erfolg. 1964 sprach sich Palmiro Togliatti in seinem Jalta-Memorandum<sup>35</sup> sogar ausdrücklich gegen die Schaffung einer kommunistischen Gemeinschaftsorganisation aus und unterstützte damit direkt den Standpunkt der Chinesen, die bereits auf dem III. Rumänischen Parteitag in Bukarest im Juni 1960 dem sowjetischen Versuch der Bevormundung ihrer Bruderparteien mittels Mehrheitsbeschlüssen in Gemeinschaftsorganisationen entschieden entgegengetreten waren.

Eine ausgesprochene, auf lange Sicht berechnete und mit definiertem Ziel verfolgte sowjetische Südosteuropapolitik ist freilich auch unter den Nach-

folgen Chruschtschows noch nicht erkennbar geworden. Wir erleben gegenwärtig lediglich eine Kette von Versuchen, die insbesondere durch die Selbständigkeitspolitik Rumäniens drohenden Risse im Gesamtsystem zu kitten. Der russische Hemonieanspruch tritt allerdings hinter integrativen Bestrebungen partnerschaftlicher Art zum mindesten äußerlich zurück. Ob sich daraus einmal eine konstruktive Konzeption entwickeln wird, läßt sich noch nicht bestimmen. Im Unterschied zu Chruschtschow erscheint für Breshnew und Kossygin der Warschauer Pakt ein geeigneteres Instrument als der COMECON, um diese Integration voranzutreiben. Seit dem Umbruch im militärstrategischen Denken der Sowjetunion und seit der Umstellung der Sowjetwehrmacht auf eine atomare Rüstung in den Jahren 1959 und 1960 sind die Sowjets in wachsendem Maße auf die konventionellen Streitkräfte ihrer Verbündeten angewiesen. Auch hier haben die Rumänen die sowjetischen Integrationspläne durchkreuzt. Ostentativ kürzten sie die Militärdienstzeit für rumänische Rekruten von 24 auf 16 Monate und sagten ihre Teilnahme an gemeinsamen Manövern ab. Erst im August 1967, drei Jahre später, beteiligten sie sich erstmals wieder an gemeinsamen Übungen der Sowjets und Bulgaren. Am 7. Mai 1967 forderte der rumänische Parteichef Ceausescu sogar die Auflösung der bestehenden Blöcke im Sinne einer klassischen Allianz. Der Versuch Breshnews, die Rumänen zum Einlenken zu bewegen, blieb erfolglos. Die Geheimtagung der Verteidigungsminister des Warschauer Paktes in Moskau am 27. Mai, die zweiwöchige Konferenz der Außenminister im Juni und die Tagung der Partei- und Regierungschefs der Warschauer Paktmächte in Bukarest vom 4. - 6. Juni 1966 haben deutlich gezeigt, daß es Breshnew und Kossygin ebenso wenig wie Chruschtschow gelungen ist, mittels einer integrierenden kommunistischen Gemeinschaftsorganisation die polyzentrischen Tendenzen im Sowjetimperium aufzufangen.

Diese polyzentrische Entwicklung in Südosteuropa erlaubt jedoch keinesfalls den Schluß auf eine Auflösung des sowjetischen Machtbereiches. Trotz des ständig schwächer werdenden Einflusses Moskaus gibt es immer noch starke ideologische und vor allem wirtschaftliche Bindungen zwischen den Sowjets und ihren ehemaligen Satelliten.<sup>36</sup> Selbst die abtrünnigen Rumänen sind durch bilaterale Wirtschaftsverträge eng mit den Sowjets und den übrigen sozialistischen Bruderländern verknüpft. Für Bulgarien, Ungarn und die Tschechoslowakei bleibt die Sowjetunion weiterhin der dominierende Wirtschaftspartner, dabei bilden im Falle Ungarns und Bulgariens die immense Verschuldung und im Falle der Tschechoslowakei die überaus ungünstigen langfristigen Verträge die "brüderliche Klammer" der sozialistischen Kooperation. Besonders eklatant ist die Abhängigkeit der südosteuropäischen Länder von der Sowjetunion beim Bezug von Rohmaterialien und bei der Gewährung von Hilfe zur Erschließung eigener Rohstoffquellen. Lediglich die Jugoslawen bilden auch hier einen Sonderfall. Sie haben sich handelspolitisch frühzeitig nach Westen orientiert und tätigen den überwiegenden Teil ihres Außenhandels mit westlichen Ländern. Auch auf militärisch-politischem Gebiet bestehen noch durchaus wirksame Bindungen. Trotz der Rückschläge des Kreml im COMECON und in der Organisation

des Warschauer Pakts haben bis heute nicht einmal die Rumänen ernsthaft ihren Austritt erwogen.

## 6. Neue Machteliten<sup>37</sup>

Ein entscheidender Faktor der polyzentrischen Umstrukturierung des Sowjetblocks ist das wachsende Selbstvertrauen der neuen Machteliten in Südosteuropa. Sie versuchen ihre Verbindungen zu den übrigen sozialen Gruppen und insbesondere zur Intelligenz zu festigen und sich innen- wie außenpolitisch auf das nationale Interesse zu stützen.<sup>38</sup> Die Lockerung der sowjetischen Kontrolle über die Länder Südosteuropas ist von einer gewissen Demokratisierung der innenpolitischen Verhältnisse begleitet. Mit zunehmender Komplexität und Technisierung der südosteuropäischen Wirtschaften müssen die traditionellen sozialistischen Herrschaftsmethoden Regierungssystemen mit größerer Flexibilität und Freiheit Platz machen. Die verschiedensten Ausprägungen der wirtschaftlichen und sozialen Reformen in den südosteuropäischen Ländern sind die wichtigsten Symptome der grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, die seit dem Verblassen der absoluten Hegemonie Moskaus die südosteuropäischen Gesellschaften in verschiedenen Graden zu beeinflussen beginnen.<sup>39</sup> Die sich abzeichnende ideologische Wandlung zielt in die gleiche Richtung. Infolge der Lockerung der staatspolitischen Klammer hat die ideologische Bindung unter den Nachfolgern Stalins an Bedeutung gewonnen. Die wechselnde Haltung Moskaus zur These von den "verschiedenen Wegen zum Sozialismus" bildet den ideologischen Spielraum, innerhalb dessen die ehemaligen Satelliten ihre Autonomiebestrebungen ansiedeln können. Die fundamentalen Veränderungen in den osteuropäischen Gesellschaften und die sichtbaren Reaktionen auf sie machen die marxistisch-leninistischen Ansprüche, eine Weltanschauung zu sein, unglaubwürdig. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus scheint in den Augen der wachsenden Klasse der Technokraten und der fortschrittlich und national gesinnten Parteiführer für die Probleme modernen Lebens mehr und mehr an Wert zu verlieren. Am Beispiel Rumäniens wird der Wandel der sowjetischen Südosteuropapolitik besonders deutlich.

## 7. Die rumänischen Unabhängigkeitsbestrebungen<sup>40</sup>

Vier Faktoren sind für die erfolgreichen Unabhängigkeitsbemühungen Rumäniens verantwortlich: eine bedingungslos zusammengeschweißte nationalbewußte Partei, die politische Manövrierfähigkeit, die der chinesisch-sowjetische Streit bietet, das Beispiel Jugoslawiens und der Beginn einer aktiven Politik des Westens in Südosteuropa.

Zum Verständnis des aufsehenerregenden politischen Wagnisses der rumänischen Machthaber in den letzten Jahren muß man sich auf weiter zurückliegende Ereignisse und Verhältnisse besinnen. Ausgangspunkt ist die Entstehung und der Aufbau der Kommunistischen Partei Rumäniens (Ru-

mänische Arbeiterpartei, RAP)<sup>41</sup>.

Vor der Errichtung der Volksrepublik hatte die RAP (KPR) im Gegensatz zu anderen kommunistischen Parteien Südosteuropas, wie z. B. der jugoslawischen, die bei den Wahlen 1920 mit 12 v. H. der Stimmen die drittstärkste Partei ihres Landes war, nie mehr als 2 v. H. der Wählerschaft auf sich vereinigen können. Obendrein waren die meisten ihrer Mitglieder Angehörige von nationalen Minderheiten. Daher vermochte die RAP (KPR) nach 1945 allein durch sowjetische Unterstützung an die Macht zu gelangen und mußte von Anfang an einen radikalen Kurs des Terrors und der hermetischen Isolierung der Bevölkerung von der Außenwelt verfolgen.

Bis zur Distanzierung von Moskau und der Gewinnung einer selbständigen Position im kommunistischen Block lassen sich drei Etappen der Parteipolitik unterscheiden:<sup>42</sup>

1. der Sturz der Pauker-Gruppe von 1952 markierte den Bruch mit der bis dahin verfolgten internationalistischen Linie der Partei und brachte eine stärkere Berücksichtigung der nationalen Interessen des rumänischen Volkes. Aus dieser Zeit datieren die ersten Anfänge des rumänischen Aufbegehrens gegen Moskau.

2. 1957 hatte sich die Machtposition der mehrheitlich rumänischen Heimatgruppe um Gheorghiu-Dej in Partei und Staat so gefestigt, daß sie mit der "fraktionistischen Gruppe" des Rumänen Miron Constantinescu und des aus Bessarabien stammenden Ehepaares Josif und Ljuba Chisinevski die letzten Reste der moskowitzischen Emigrantengruppe ausschalten konnte.

3. Die dritte Etappe bildeten die Debatten des Plenums des Zentralkomitees der RAP (KPR) vom Dezember 1961. Der Bericht Gheorghiu-Dejs vom XXII. Parteitag der KPdSU, in dem der rumänische Parteichef sein Land von der allgemeinen Kritik an den Auswüchsen des Stalinismus in allen übrigen sozialistischen Ländern entschieden ausnahm, läßt bereits die Anfänge eines eigenen rumänischen Standpunktes erkennen. Deutlicher geht diese Entwicklung aus der Offenheit und Freimütigkeit hervor, mit der das Zentralkomitee die Vergangenheit der rumänischen kommunistischen Partei diskutierte und die das rumänische Ressentiment gegenüber der Sowjetunion widerspiegeln. Ein anderer wesentlicher Faktor für die Selbstständigkeitsbestrebungen der RAP (KPR) ist der Sendungsgedanke im Rumänentum. Die Betonung, ja die Mythologisierung ihrer Romanität im Gegensatz zur slawischen Umwelt und die Rückbesinnung auf ihren erfolgreichen Kampf gegen die Türken um die Erhaltung ihres Staatswesens läßt in ihnen ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber den slawischen Nachbarn entstehen, deren Staatlichkeit durch die Türken über Jahrhunderte ausgelöscht war. Eine Bestätigung dieser Vorrangstellung sehen die Rumänen in ihrer Schiedsrichterrolle auf der Friedenskonferenz in Bukarest im Jahre 1913 und in ihrer Führungsposition in der Kleinen Entente zwischen den beiden Weltkriegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg äußerte sich das Selbstverständnis der Rumänen als ordnende Kraft auf dem Balkan in verschiedenen Plänen und Aktionen zur Überwindung der traditionellen

unheilvollen Feindschaften. Der Stoica-Plan zur Bildung einer Balkanföderation scheiterte zwar 1957; der rumänische Ministerpräsident Maurer griff ihn aber Mitte 1966 wieder auf und versuchte durch Verhandlungen mit den Türken und Griechen eine Annäherung der Balkanvölker mit dem Ziel einer Friedenszone herbeizuführen.<sup>43</sup> Bezeichnenderweise greifen die Führer der RAP(KPR) die Argumente der "großen Zeit" des bürgerlichen Rumäniens wieder auf. Die feudalen mittelalterlichen Fürsten werden ebenso wie die nationalistischen Schöpfer der Vereinigung der beiden Fürstentümer im vergangenen Jahrhundert als Protagonisten und Symbole der nationalen Stärke und Selbstverständlichkeit verehrt.

Diese Selbstbesinnung des kommunistischen Rumäniens auf die nationalen Werte des rumänischen Volkes hat der Erste Sekretär der kommunistischen Partei Rumäniens, Nicolae Ceausescu, in seinen Reden in der Moldau und in der Kleinen und Großen Walachei wiederholt gegen Kritik aus dem kommunistischen Lager verteidigt. In seiner Erklärung vor der rumänischen Nationalversammlung vom Dezember 1964 über die Bedeutung der Nation im sozialistischen und kommunistischen Staat betonte er, daß die Entstehung der Nation "eine notwendige und unumgängliche Etappe in der Entwicklung aller Völker ist".

Bereits 1962 hatten die Rumänen Chruschtschow bei seinen Bemühungen um eine Reorganisation des COMECON nach den Prinzipien der "kollektiven Planung" der "internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" ersten Widerstand entgegengesetzt.<sup>44</sup> Nach Plänen der von den Sowjets vorgesehenen internationalen Arbeitsteilung wäre Rumänien die Rolle eines Lieferanten von Agrarprodukten und Rohstoffen zugefallen. Das Land wäre in seinem Außenhandel nahezu vollständig von den Industrieländern des Ostblocks abhängig geworden. Für die Rumänen hatte jedoch die nationalstaatliche Entwicklung den Vorrang. Es war ihnen daran gelegen, eine eigene leistungsfähige Industrie mit modernen und rentablen Anlagen aufzubauen, und sie sahen sich durch Chruschtschows COMECON-Politik gezwungen, aus der kommunistischen internationalen Arbeitsteilung auszuweichen und, wenn immer möglich, Maschinen und komplette Installationen im Westen zu kaufen. Der Prüfstein dieser rumänischen Vorstellungen war der Bau des Eisenhüttenkombinats Galatz, den sie unter großen Anstrengungen und gegen das sowjetische Konzept der sozialistischen Arbeitsteilung weiter vorantrieben. Als im März 1963 das rumänische Zentralkomitee demonstrativ die Haltung der rumänischen Delegation auf einer kurz vorher abgehaltenen Tagung des Exekutivkomitees des COMECON billigte, erfuhr die Weltöffentlichkeit das erste Mal offiziell vom Vorhandensein der Differenzen zwischen Moskau und Bukarest. Auf der 6. Sitzung des Exekutivkomitees des COMECON in Warschau im Mai 1963 lehnte die rumänische Delegation schließlich eine supranationale zentrale Wirtschaftsplanung im Rahmen des COMECON strikt ab.

Die Erklärung des Zentralkomitees "Zum Standpunkt der Rumänischen Arbeiterpartei zu den Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung" vom 22. April 1964 machte die rumänischen Autonomie-

bestrebungen aller Welt offenkundig. Es heißt darin: "Der Gedanke eines allen COMECON-Ländern gemeinsamen einheitlichen Planungsorgans bringt äußerst ernste wirtschaftliche und politische Verwicklungen mit sich. Die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft ist eine der grundlegenden, wesentlichen und unveräußerlichen Attribute der Souveränität des sozialistischen Staates, da der Staatsplan das Hauptinstrument ist, durch das dieser seine politischen und sozialwirtschaftlichen Ziele verwirklicht. . . .".<sup>45</sup>

Weiter legte das Zentralkomitee in seiner Erklärung dar, daß die Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern ausschließlich auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung beruhen müßten und daß jedes sozialistische Land das Recht habe, sich in erster Linie von seinen eigenen Interessen leiten zu lassen. Mit dieser Erklärung vom 22. April 1964 erkannte das rumänische Zentralkomitee in marxistischer Terminologie die Tatsache an, daß das Bestehen zweier Zentren in einer totalitären Bewegung auch dem kleinsten Mitgliedstaat politische Handlungsfreiheit in gewissem Maße zurückgibt. Noch vor der Veröffentlichung des rumänischen April-Beschlusses im Februar 1964 hatten sich die Sowjets einen schweren Affront geleistet. Sie veröffentlichten die Vorschläge des sowjetischen Geographieprofessors Walew, im unteren Donaauraum übernationale Wirtschaftsräume zu schaffen. Rumänische, bulgarische und sowjetische Gebiete sollten zu einheitlichen ökonomischen Räumen zusammengeschlossen werden, die der Souveränität der entsprechenden Länder teilweise entzogen gewesen wären. Dieser Plan rief in Bukarest die Erinnerung an die Teilförderationspläne Stalins aus dem Jahre 1948 und die damit verbundenen sowjetischen Annektionsabsichten wach. Im Juni 1964 antworteten die Rumänen auf diese sowjetische Provokation mit der Wiedergabe des sowjetischen Vorschlags in der Zeitschrift "Viata Economica" und mit der Publikation des offiziellen rumänischen Standpunktes, der die sowjetische Auffassung als Verstoß gegen die grundlegenden Prinzipien der Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen Ländern und gegen die Grundsätze der nationalen Souveränität bezeichnete.<sup>46</sup> Eine gleichzeitig durchgeführte massive Aufklärungskampagne in allen Parteizellen und Betriebsorganisationen machte die Bevölkerung zum ersten Male mit dem Charakter der rumänischen Meinungsverschiedenheiten mit Moskau bekannt. Als die Sowjets auf der Tagung des Exekutivkomitees des COMECON Mitte 1964 von ihrer Idee einer überstaatlichen Planung Abstand nahmen und sich mehr dem Prinzip der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zuwandten, kam es zu einer leichten Entspannung. Tito betätigte sich als Vermittler, und Moskau rückte nun offiziell von dem verhängnisvollen Artikel ab.

Mit der Abkehr der Nachfolger Chruschtschows von der massiven Integrationspolitik im COMECON war die eigentliche Konfliktursache zwischen Moskau und Bukarest fortgefallen. Doch es zeigte sich, daß im Laufe dieses Streits gewisse Tatsachen und Eigengesetzlichkeiten entstanden waren, die sich nun mit selbständiger Dynamik weiterentwickelten. Man wird in diesem Zusammenhang an ähnliche Parallelen im Konflikt zwischen Belgrad und Moskau erinnert. Die Nachfolger Gheorghiu-Dejs setzten die nationale, nach Autonomie strebende Politik Rumäniens fort. Ihr Exponent

wurde der Erste Parteisekretär Nicolae Ceausescu. Auch die Vertreter der sogenannten "Alten Garde", wie Chivu Stoica und Gheorghe Apostol, gaben ihm ihre Unterstützung. Ein anderer Exponent des neuen Kurses ist Ministerpräsident Maurer. Als der eigentliche Vater der neuen Wirtschaftspolitik gilt jedoch Alexandru Birladeanu, der inzwischen zum Vollmitglied des Politbüros aufgerückt ist. Die Rumänen blieben weiterhin auf ihrem eigenen Standpunkt bestehen. Auf der Tagung des Warschauer Paktes im Januar 1965 schlossen sie sich nicht der allgemeinen Polemik gegen den Westen an und lehnten eine Teilnahme an der Interkommunistischen Konferenz in Moskau im März 1965 ab. Der Besuch einer rumänischen Partei- und Regierungsdelegation in Moskau im September 1965 führte zur Anerkennung des rumänischen Standpunktes durch die Sowjets und damit zu einer Entspannung zwischen den beiden Ländern. Im offiziellen Kommuniqué hieß es: "Beide Partner sind der Meinung, daß... jede Partei das Recht hat, ihre eigene politische Linie und eigenen politischen Methoden auszuarbeiten, indem sie die marxistisch-leninistische Lehre schöpferisch auf die konkreten Bedingungen in ihrem Land anwendet"<sup>47</sup>

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Rumänien und seinen sozialistischen Bruderländern erstreckten sich nicht nur auf den Wirtschaftssektor, sie dehnten sich auf den gesamten Komplex der gegenseitigen Beziehungen aus. Durch seine Äußerungen über den "Anachronismus der Militärblöcke" stellte Ceausescu nicht nur die im Warschauer Pakt vorgezeichnete militärische, sondern auch die außenpolitische Einheit der kommunistischen Staaten in Frage. Im Rechenschaftsbericht über die Bukarester Tagung des Warschauer Paktes vor dem Parteikollektiv der Hauptstadt betonte er "das Recht eines jeden Volkes, allein ohne Einmischung von außen über sein Schicksal zu entscheiden und den Weg zu beschreiten, der seinen Wünschen und Grundinteressen am besten entspricht"<sup>48</sup>. In diesen und ähnlichen Äußerungen rumänischer Parteiführer und Politiker zeigt sich ihre Entschlossenheit, der herkömmlichen alleinigen sowjetischen Entscheidungsbefugnis im Warschauer Pakt eine eigenständige rumänische Außenpolitik entgegenzusetzen, ohne damit aus dem kommunistischen Block ausscheiden zu wollen.

In seiner programmatischen Rede am 7. Mai 1966 forderte der rumänische Parteichef Ceausescu die Auflösung der bestehenden Militärblöcke. Er bezeichnete das Bestehen der Blöcke, die Entsendung von Truppen in andere Länder als einen Anachronismus, "der mit der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der Völker, mit normalen zwischenstaatlichen Beziehungen, nicht vereinbar ist"<sup>49</sup>. Die Kritik Ceausescus an Komintern und Kominform lehnt die ideologische Führung der kommunistischen Parteien durch ein Zentrum ab und betont das Recht jeder Partei, ihre politische Linie selbst zu bestimmen. Die Berechtigung dazu leitete der rumänische Parteivorsitzende aus der Behauptung ab, daß die kommunistische Partei Rumäniens schon immer für die Sicherung der nationalen Integrität des rumänischen Volkes gekämpft habe. In diesem Zusammenhang berührte Ceausescu die Annexion Bessarabiens durch die Sowjetunion.

Während eines dreitägigen Besuchs in Bukarest bemühte sich daraufhin Breshnew erfolglos, Ceausescu noch vor Beginn der Geheimtagung der Verteidigungsminister des Warschauer Paktes in Moskau am 27. Mai 1966 und der anschließenden zweiwöchigen Konferenz der Außenminister am 6. Juni umzustimmen. Die Rumänen opponierten auf den oben angegebenen Konferenzen gegen die Reformpläne der Sowjets, die durch Neuorganisation des Warschauer Paktes die Integration des europäischen Ostblocks sichern wollten und forderten seine Umwandlung in ein lockeres Militärbündnis unter starker Reduzierung der Mitarbeit der einzelnen Teilnehmer. Die Deklaration "Über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa", die auf der 8. Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Pakt-Organisation in Bukarest (4. -6. Juli 1966) angenommen wurde, stellte einen Kompromiß zwischen der sowjetischen und der rumänischen Konzeption dar. Die Sowjets kamen den Rumänen mit der Wiederaufnahme ihrer Vorschläge von 1954/55 über den Abschluß eines gesamteuropäischen Sicherheitspaktes bei Ablösung der beiden Militärblöcke und der damit verbundenen Betonung des Bilateralismus entgegen. Andererseits wurde mit der allgemeinen Akzeptierung des sowjetischen Standpunktes in der Deutschlandfrage die von den Rumänen angestrebte Überwindung der Spaltung Europas verworfen. Das Gesamtergebnis der Deklaration zeigt im übrigen, daß auch Breshnew und Kossygin wie ihr Vorgänger Chruschtschow die selbständigen Rumänen nicht auf eine gemeinsame Linie verpflichten können.

Im Zusammenhang mit der rumänischen Haltung zur Reorganisation des Warschauer Paktes lebten die antisowjetischen Akzente in der kommunistischen Propaganda der Rumänen wieder auf. In den Jahren 1963 und 1964 waren bereits in aufsehenerregender Weise Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung der russischen Sprache ergriffen worden. Nun wurden die russischen Buchläden in ganz Rumänien und das Maxim-Gorkij-Institut an der Universität Bukarest geschlossen, die slawische Schreibweise des Wortes Rumänien abgeschafft und die lateinische Schreibweise wiedereingeführt.<sup>50</sup> Mitte 1966 setzte die antisowjetische Propaganda wieder ein. Sie operierte eindeutig mit den traditionell antirussischen Gefühlen des rumänischen Volkes. Schon in seiner Rede zum 45. Gründungstag der RAP hatte Ceausescu indirekt auf die sowjetische Annexion der ehemaligen Provinz Bessarabien hingewiesen.<sup>51</sup> Dem gleichen Ziel diente seine Huldigung an Stephan d. Großen, den Fürsten der Moldau. Die Umbenennung der Volksrepublik in "Sozialistische Republik Rumänien", die großangelegten Vereinigungsfeiern im Jahre 1966, ununterbrochene Kampagnen in Presse und Rundfunk trugen weiter zur Verankerung des Nationalkommunismus im Volke bei. Als Elemente dieses Nationalkommunismus erscheinen die Verherrlichung des Vaterlandes und des rumänischen Volkes, die vaterländische Erziehung der Jugend, die "Neubewertung" bedeutender Persönlichkeiten aus der rumänischen Vergangenheit, der Stolz auf rumänische Leistungen in Politik, Wissenschaft und Kultur und schließlich das mehr oder weniger offen gezeigte antisowjetische Ressentiment.

Im Gegensatz zur Unabhängigkeitspolitik gegenüber der kommunistischen Weltbewegung nach außen verfährt das Regime im Inneren nach streng zentralistischen Prinzipien und stellt seine Macht offen und realistisch zur Schau. Man würde jedoch eine wichtige Komponente übersehen, wollte man die Ursache hierfür allein im totalitären Charakter der marxistisch-leninistischen Parteiherrschaft suchen. Der Machtrealismus aller rumänischen Regimes hat seine Wurzeln nicht zuletzt in den byzantinischen Traditionen.<sup>52</sup> Seit 1964 kann man jedoch auch im kommunistischen Rumänien Anzeichen für den Abbau der totalen Herrschaft erkennen. Die Lockerung der Kontrolle der einst mächtigen Geheimpolizei, die Gewährung der Freizügigkeit innerhalb der eigenen Grenzen und eine allgemeine Amnestie für politische Häftlinge haben ein milderer innenpolitisches Klima geschaffen. Die neue Verfassung von 1965 garantiert den einzelnen Bürgern größere Freiheit gegenüber dem Staat.<sup>53</sup> Ausländische Rundfunksender werden nicht mehr gestört, und die Bevölkerung hat wieder Zugang zur westlichen Literatur und Kunst. Die Partei dirigiert allerdings den beschränkten Auflockerungsprozeß mit großer Vorsicht und vermeidet jedes Risiko, das ihr umfassendes Machtmonopol gefährden könnte. Im Juni 1967 zeichnete sich ein weiterer Fortschritt ab. In einer Rede vor dem Parteiaktiv des Bukarester Innenministeriums tadelte Ceausescu in scharfen Worten die allgemein verhaßte, früher mächtige Geheimpolizei und kündigte die Bildung eines Sicherheitsrates an, der unter Aufsicht der Partei die Organe der Geheimpolizei kontrollieren soll.<sup>54</sup>

#### IV. Die außenpolitischen Beziehungen des Westens mit den kommunistischen Ländern Südosteuropas

##### 1. Großbritannien

Die Beziehungen der sozialistischen Länder Südosteuropas zu den einstigen westlichen Verbündeten gingen im ersten Nachkriegsjahrzehnt nicht über formale Kontakte hinaus. Daran änderte auch die Waffenbrüderschaft Englands mit Tito nichts, denn im griechischen Bürgerkrieg kam es notwendigerweise zum Zusammenstoß mit Jugoslawien, das die griechischen Kommunisten ideell und materiell unterstützte. Für die anderen kommunistischen Länder verhinderte das sowjetische Paktsystem eine anderweitige Bindung. Erst die Warschau-Pakt-Konferenz 1965 brachte den osteuropäischen Staaten das Zugeständnis Moskaus, ihre traditionellen Verbindungen mit dem Westen wenigstens auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet wiederaufnehmen zu dürfen. Freilich waren diesem Beschluß bereits zahlreiche Fühlungnahmen vorausgegangen. Doch nur wenige liegen vor der Wende von der dritten zur vierten Phase der sowjetischen Südosteuropapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, also vor den Jahren 1960/61. Es mußten erst die oben behandelten strukturellen Veränderungen innerhalb des Ostblocks eintreten, ehe die Wiederbegegnung mit Mittel- und Westeuropa möglich wurde. Dann allerdings vollzog sich eine bisweilen

geradezu stürmische Entwicklung, wobei es sich zeigte, daß der Westen für Südosteuropa nicht nur wirtschaftlich und kulturell, sondern auch politisch ein Partner sein kann.

In den Jahren 1963 und 1964 besuchten britische Handelsminister Prag, Budapest, Bukarest und Sofia. Das Mißtrauen der konservativen englischen Regierung gegenüber der EWG lief parallel mit der Ausdehnung der Handelsbeziehungen zu Südosteuropa. Das Volumen des Handelsaustausches blieb allerdings bescheiden. Mit der Gewährung von 15-Jahres-Krediten für die Lieferung von vollständigen Produktionsanlagen, Chemikalien, Düngemitteln, Kunststoffen und Chemiefasern sowie elektronischen Ausstattungen hatte sich Großbritannien entschlossen über die Empfehlungen der NATO hinweggesetzt, wonach den Ostblockstaaten nur Kredite bis zu fünf Jahren Laufzeit gewährt werden sollen. Mit Rumänien und der Tschechoslowakei wurden Verträge über den Bau von Atomkraftwerken abgeschlossen. Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien stehen heute an der Spitze des britischen Handels mit Osteuropa. Besondere Schwierigkeiten im England-Handel haben die Staaten, deren Exportschwergewicht auf landwirtschaftlichen Produkten liegt, weil diese Waren aufgrund der Präferenzzölle aus dem Commonwealth billig importiert werden, und England seinen EFTA-Partnern günstige Einfuhrbedingungen gewähren muß. Auch der britische Anteil am Fremdenverkehr in Südosteuropa ist gegenüber anderen westeuropäischen Ländern gering geblieben.

Auf kulturellem Gebiet unternimmt England große Anstrengungen, mit Südosteuropa in Kontakt zu kommen. Besonders nach der Regierungsübernahme durch die Labour-Partei wurde der gesellschaftliche und kulturelle Austausch verstärkt. Seit Juni 1964 können die Fremdsprachensendungen des BBC ungestört empfangen werden. Das Shakespeare-Jahr 1964 bot gute Möglichkeiten, den kulturellen Austausch zu erweitern. An einem Shakespeare-Wettbewerb für osteuropäische Studenten beteiligte sich eine große Zahl von Polen, Ungarn und Tschechen. Die Royal-Shakespeare-Company besuchte Prag, Warschau und Bukarest. 1964 gastierte die Prager Oper zum ersten Mal auf dem Festival in Edinburgh. Ungarische und tschechische Theatergruppen besuchten Großbritannien.

Inzwischen hat England auch den Status seiner diplomatischen Beziehungen mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien von der Gesandtschafts- auf die Botschafterebene angehoben.

## 2. F r a n k r e i c h

Das politische Konzept Frankreichs in Bezug auf Südosteuropa wurzelt in der Vorstellung de Gaulles von einem "europäischen" Europa. De Gaulle rechnet damit, daß sich die Sowjetunion als Nachbar der zweiten kommunistischen Großmacht China zur Aufgabe ihrer ideologischen Positionen und imperialistischen Politik entschließt und ihre Kräfte auf die Entwicklung und den Schutz des eigenen Territoriums konzentriert. Damit wäre

-nach den Vorstellungen de Gaulles- Moskau eines Tages vor die Notwendigkeit gestellt, ein politisches Arrangement mit den nach einer europäischen Einheit strebenden osteuropäischen Ländern westlich seiner Staatsgrenzen zu suchen.<sup>55</sup> Das Verhältnis Frankreichs zu den einzelnen Ländern Südosteuropas ist differenziert. Neben dem traditionell befreundeten Rumänien stehen die Ungarn, Tschechen und Bulgaren, mit denen Frankreich erst in der jüngeren Geschichte Verbindungen angeknüpft hat. Zu keinem anderen Staat Südosteuropas unterhält Frankreich heute so gute Beziehungen wie zu Rumänien, wo der französische Einfluß auf das 18. Jahrhundert zurückgeht, als bereits Berater aus Paris den rumänischen Fürsten zur Seite standen. Als während der Französischen Revolution viele Kleriker und Adlige nach Bukarest geflohen waren, kamen die Rumänen in engen Kontakt mit französischem Ideengut und mit französischer Kultur. Französisch wurde Umgangssprache der Feudalgesellschaft, des Bürgertums und der Intellektuellen. Die rumänische Führungsschicht studierte seit Anfang des 19. Jahrhunderts in Paris und lieferte die ideologische Grundlage der rumänischen Revolution von 1848. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts galt Bukarest als das "Paris des Balkans".

Bereits im Jahre 1947 erkannte Frankreich das kommunistische Regime in Rumänien an. 1956 begannen Handelsgespräche, und Frankreich wurde mit 21 Mill. Dollar für die Konfiszierung französischen Eigentums entschädigt. 1959 wurde ein Abkommen über kulturellen Austausch und technische Hilfe abgeschlossen, in dessen Rahmen rumänische Filmwochen und Buchausstellungen in Paris stattfanden und Verkaufsmessen veranstaltet wurden. Als Rumänien sich gegen Ende des Jahres 1962 der von den Sowjets vorgeschlagenen internationalen Arbeitsteilung im COMECON widersetzte und ein eigenes Wirtschaftsprogramm aufstellte, wandte es sich als erstes an Frankreich um Hilfe für seine Industrialisierung. In den Jahren 1963 und 1964 häuften sich die Besuche von offiziellen rumänischen Vertretern in Frankreich. Nach vorbereitenden Besuchen von Handelsminister Levente und Außenminister Manescu im Jahre 1963 reiste im Juli 1964 der rumänische Ministerpräsident Maurer nach Paris, um in eingehenden Gesprächen mit General de Gaulle eine Intensivierung der wirtschaftlichen Kontakte zu beschließen. Als am 5. Februar 1965 der französische Finanzminister Giscard d'Estaing zu einem Besuch in Bukarest weilte, wurde ein Handelsvertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren unterzeichnet.<sup>56</sup> Dabei ließen sich die Rumänen die Gelegenheit nicht entgehen, erneut auf ihre autonome politische Haltung hinzuweisen, indem der stellvertretende Ministerpräsident Birladeanu die politische Bedeutung des Abkommens hervorhob. Mit 32 Mill. Dollar beteiligten sich französische Firmen an dem neuen Stahlwerk in Galati. Ein rumänisches Touristenbüro in Paris soll den Fremdenverkehr zwischen den beiden Ländern forcieren. Im französischen Parlament gibt es ein Komitee für französisch-rumänische Beziehungen.

Der zweite Partner der Kleinen Entente von dereinst, die Tschechoslowakei, gibt sich den französischen Kontaktbemühungen gegenüber etwas zu-

rückhaltender. Im Januar 1964 wurde in einem zweijährigen Handelsabkommen eine Erhöhung des Güteraustausches zwischen Prag und Paris um 10 v. H. auf 275 Mill. frs. beschlossen. Ein Kulturabkommen im gleichen Jahr sieht den Austausch von Hochschulprofessoren und Wissenschaftlern auf allen Gebieten vor. Eine Zusammenarbeit der Rundfunk- und Fernsehanstalten ist eingeleitet. Anlässlich eines Besuches des tschechischen Außenministers Vaclav David bei seinem französischen Kollegen Couve de Murville im November 1964 gewährte Frankreich der Tschechoslowakei langfristige Kredite. Im Rahmen eines umfangreichen Besuchsprogramms in den ost- und südosteuropäischen Hauptstädten stattete der französische Außenminister Couve de Murville im Juli 1966 der ČSSR einen offiziellen Besuch ab. In Prag führte er Gespräche mit seinem tschechoslowakischen Kollegen und wurde von Staats- und Parteichef Antonin Novotny empfangen. Es war der erste Besuch eines französischen Außenministers in der Tschechoslowakei seit dem Jahre 1934. Auf einer Pressekonferenz in Prag erklärte Couve de Murville als Ziel seines Besuches die Normalisierung der französisch-tschechoslowakischen Beziehungen und die Verminderung der Ost-West-Spannungen. Als Ausgangspunkte weiterer Verhandlungen wurden für die Zukunft Gespräche über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Farbfernsehens und der Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke sowie die Intensivierung der kulturellen Beziehungen vereinbart. Am 23. Oktober 1967 traf der tschechoslowakische Ministerpräsident Josef Lenart mit Außenminister David zu einem offiziellen Besuch in Paris ein. Konkretes Ergebnis der Gespräche mit der französischen Regierung war ein von beiden Außenministern unterzeichnetes Kulturabkommen, das eine Laufzeit von fünf Jahren mit automatischer Verlängerung hat und die Bildung einer französisch-tschechoslowakischen Kommission vorsieht, die regelmäßig in Prag und Paris zusammentreten und gemeinsame Arbeitsprogramme aufstellen soll.

Frankreich war der natürliche Bundesgenosse der Ungarn im Kampf um ihre Unabhängigkeit von Wien, und nach 1919 bemühte sich die französische Diplomatie trotz der antirevisionistischen Politik gegen Ungarn um Verständnis und Ausgleich in Budapest. Die erneuerten Beziehungen mit der Volksrepublik erfuhren durch die ungarische Revolution von 1956 einen Rückschlag. Erst ab 1960 kam es wieder zu Kontakten. Ein Warenaustausch entwickelte sich zögernd. 1961 wurde in einem Kulturabkommen der Austausch von Universitätslehrern, Hochschulstipendien und der Besuch von Künstlergruppen beschlossen. Ungarische Filmwochen in Paris und eine französische Filmschau in Budapest vertieften die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Frankreich exportiert in erhöhtem Maße Maschinen und Industrieeinrichtungen nach Ungarn. Im Jahre 1963 wurden die Gesandtschaften beider Länder zu Botschaften erhoben. Während seines Besuches im Juli 1966 unterzeichnete der französische Außenminister in Budapest ein Abkommen über den kulturellen Austausch, ein Konsularabkommen und ein drittes über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Im französischen Parlament gibt es ein französisch-ungarisches Freundschaftskomitee. Noch überwiegen allerdings die angelsächsischen

und österreichischen Kontakte in Ungarn. Deutsch ist immer noch die erste Fremdsprache vor Englisch und Französisch.

Die Beziehungen Frankreichs zu Bulgarien sind relativ schwach entwickelt. Bulgarien war seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1878 weitgehend kulturelles und wirtschaftliches Einflußgebiet der Deutschen, und die Geschichte der französisch-bulgarischen Beziehungen ist relativ kurz. 1955 wurden von beiden Ländern die Handelsbeziehungen wieder aufgenommen. Der Dreijahresvertrag von 1963 sieht einen jährlichen Warenaustausch von 30 - 40 Mill. Dollar vor. Allerdings hat der Agrarstaat Bulgarien dem Hauptexporteur von landwirtschaftlichen Produkten in der EWG nur wenig anzubieten. Frankreich liefert hauptsächlich Industrieanlagen nach Bulgarien. Das erste Kulturabkommen zwischen beiden Ländern wurde 1960 unterzeichnet. Es regelt den Austausch von Wissenschaftlern, Studenten, Tanzgruppen und Orchestern. Ein entscheidender Anstoß für die Verbesserung der französisch-bulgarischen Beziehungen war der Besuch des französischen Außenministers Couve de Murville in Sofia Ende April 1966. Auf Einladung der französischen Regierung traf daraufhin im Oktober 1966 eine bulgarische Regierungsdelegation mit Parteichef und Ministerpräsident Todor Schiwkoff an der Spitze in Paris ein. Ergebnis der Gespräche zwischen den beiden Regierungen war die Unterzeichnung von drei Abkommen, über die der französische Außenminister bereits in Sofia verhandelt hatte. Sie sind auf fünf Jahre befristet, können jedoch automatisch verlängert werden. Das Kulturabkommen sieht eine verstärkte Zusammenarbeit in vielen Bereichen vor. Die in den vorangegangenen Kulturabkommen geregelten Fragen der wissenschaftlichen und technischen Kooperation wurden in einem zweiten Vertrag erfaßt, der neben dem Austausch von Dokumentationen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen ausdrücklich die gegenseitige Information über Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie vorsieht. Gegenstand des dritten Abkommens ist die Zusammenarbeit der beiden Landwirtschaftsministerien.

### 3. Italien

Nach verhältnismäßig langer Pause entwickeln sich die Beziehungen Italiens zu Südosteuropa neuerdings wieder stärker. Hauptgrund sind die Einflüsse der italienischen kommunistischen Partei. Von fast einem Drittel der Wählerschaft in ihrem Selbstbewußtsein gestützt, hat sie es vermocht, Vertrauen bei den kommunistischen Schwesterparteien zu erringen.<sup>57</sup> Die Sonderstellung der kommunistischen Partei Italiens in den politischen Beziehungen des Landes zu Südosteuropa wird unterstrichen durch das selbstbewußte Auftreten der italienischen kommunistischen Parteidelegierten bei internationalen Konferenzen und Treffen der kommunistischen Parteien. Im Geiste von Togliattis Jalta-Memorandum plädieren sie für eine freiheitliche Entwicklung der sozialistischen Staaten. Die Aktivität der KPI wird von den in der Regierung der linken Mitte vertretenen Nenni-Sozialisten unterstützt, die mit ihrer Entspannungspolitik

einen neutralisierenden Staatengürtel von Skandinavien bis Italien einschließlich der Balkanländer anstreben, und den Christdemokraten und Sozialdemokraten, die mit ihrer Politik der "Öffnung nach Osten" die angeblich über den Revisionismus zum Nationalismus tendierenden südosteuropäischen Länder ins westliche Lager herüberzuziehen glauben. Vom letzten Kriege her ist, mit Ausnahme Jugoslawiens, das Verhältnis Italiens zu den südosteuropäischen Staaten unbelastet. Italien befand sich weder mit der Tschechoslowakei und Ungarn, noch mit Rumänien und Bulgarien im Kriegszustand. Zwischen Italien und Ungarn besteht sogar noch ein Kulturabkommen aus dem Jahre 1935. Aus dem gleichen Jahr stammt die Gründung der ungarischen Akademie in Rom sowie des italienischen Kulturinstitutes in Budapest. In den italienisch-südosteuropäischen Beziehungen spielen persönliche Initiativen eine wichtige Rolle. Private Agenturen organisieren die Tourneen südosteuropäischer Künstler und Ausstellungen im Rahmen der Kulturaustauschprogramme mit Rumänien und Bulgarien. Die kommunistische Partei Italiens übt durch ihre finanzstarken Freundschaftsgesellschaften mit den kommunistischen Staaten Südosteuropas die Kontrolle über die künstlerischen und intellektuellen Kontakte aus. Die kommunistische "Italienische Gesellschaft für Freunde Ungarns" gibt ein "Ungarisches Magazin - Ungarn von heute" heraus. Die südosteuropäischen Regierungen konzentrieren ihre kulturpolitische Aktivität auf die Industriestädte Norditaliens wie Mailand, Bologna, Turin und Genua. Der Professorenaustausch findet auf individueller Basis von Hochschule zu Hochschule statt.

Auch auf dem Gebiete des Handels hat die Initiative der italienischen Privatwirtschaft die staatlichen Aktivitäten zurückgedrängt. Seit 1963 verschiebt sich mit der "Privatisierung" des Handels sehr schnell die Handelsbilanz zu Ungunsten Italiens, so daß sich die italienische Regierung gezwungen sieht, zur Wiederherstellung des Handelsbilanzausgleichs die italienischen Exporte nach Südosteuropa zu forcieren. Der bedeutendste südosteuropäische Handelspartner Italiens ist Rumänien<sup>58</sup>, gefolgt von Ungarn und der Tschechoslowakei. Die italienischen Einfuhren liegen wertmäßig immer noch etwa um ein Drittel höher als die Ausfuhren in die Länder Südosteuropas.

#### 4. USA<sup>59</sup>

Zwischen den beiden Weltkriegen wäre das Fehlen der USA bei einer ähnlichen Untersuchung nicht aufgefallen. Nach 1945 mußte sich die westliche Weltmacht auch um die osteuropäischen Probleme kümmern. Bis 1956 zeigte sich allerdings das State Department politisch, wirtschaftlich und kulturell relativ uninteressiert. Nur die amerikanische Forschung, angeregt durch zahlreiche südosteuropäische Emigranten, hatte sich den Problemen dieses Raumes zugewandt. Die amerikanische Regierung sah sich erst durch den Druck der Sowjetunion im Nahen Osten, auf dem Balkan und in Deutschland, insbesondere in Berlin, veranlaßt, ihre Haltung zu ändern. Die daraus resultierende Politik des "Containment" -der Eindäm-

mung der sowjetischen Macht- kam für Südosteuropa freilich zu spät; sie war überdies nicht auf eine politische Veränderung der gegebenen Machtverhältnisse ausgerichtet, sondern sollte lediglich den Status quo garantieren. Daher wurde die sowjetische Herrschaft in Südosteuropa in ihrer Ausbauphase, d. h. in der Phase der strikten politischen und wirtschaftlichen Unterwerfung Südosteuropas unter die Direktiven Stalins, nicht ernsthaft durch den Westen behindert.

Die Eisenhower-Administration hatte zwar unter Außenminister Dulles eine Politik der "Befreiung" der kommunistischen Länder von der sowjetischen Herrschaft angekündigt; die nachfolgenden Ereignisse zeigten jedoch in wachsendem Maße, wie wenig realistisch diese Politik war. Allzulange war man in Washington von der Fehleinschätzung ausgegangen, daß die Sowjetunion und ihre Satelliten ein einheitlicher Block seien. Eine eigenständige amerikanische Südosteuropapolitik konnte somit vom Ansatz her erst verhältnismäßig spät entstehen. Kein Wunder, daß für die USA die revolutionären Ereignisse vom Oktober und November 1956 in Polen und Ungarn weitgehend unvorbereitet kamen. Nun wurden die Amerikaner allerdings aus ihren Vorstellungen vom monolithischen Charakter des Sowjetblocks aufgeschreckt und zur Überprüfung ihrer Beziehungen zu Südosteuropa veranlaßt. Eine Konzeption fehlte freilich, und so wirkte in der dritten Phase der kommunistischen Politik in Südosteuropa, nämlich der Lockerung der straffen sowjetischen Kontrolle, die amerikanische Außenpolitik noch immer merkwürdig unsicher. Von der Annahme ausgehend, daß die kommunistischen Regimes auf kurze Sicht ideologisch und politisch inflexibel seien und wohl kaum mit Gewalt von den eigenen Völkern beseitigt werden könnten, begannen die USA mit der Aufgabe der unrealistischen Befreiungsthese die kommunistischen Regimes wenigstens in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen von Moskau zu unterstützen. Da diese Politik jedoch zeitlich mit den globalen Entspannungsbestrebungen zusammenfiel, mußten sie es wiederum vermeiden, die Sowjets zu provozieren. So war die politische Grundhaltung Amerikas in Südosteuropa zunächst nur defensiv. Die seit Ausbruch des Korea-Krieges gesetzlich verankerten Beschränkungen des Handels mit dem Sowjetblock blieben aufrechterhalten. Keine amerikanischen Darlehen durften in die Ostblockstaaten fließen, und die Ausfuhr in dieses Gebiet war stark begrenzt. Außerdem betrieben die USA gemeinsam mit 14 weiteren Staaten die selbst auferlegte Beschränkung des Handels "strategischer Güter" mit den ost- und südosteuropäischen Ländern im sogenannten Koordinierungsausschuß (CoCom). "Während die Vereinigten Staaten an ihrer Kontrolle durch fast zwei Jahrzehnte festhielten, bröckelte die multilaterale Überwachung durch den Koordinierungsausschuß langsam ab. Der Warenaustausch zwischen Amerika und dem Ostblock ging seit 1948 zurück, während derjenige zwischen dem Ostblock und anderen Mitgliedern des Koordinierungsausschusses im gleichen Zeitraum einen merklichen Auftrieb erfuhr. Amerikanische Exporteure bekamen die Konkurrenz der in ihrer Handlungsfreiheit weniger eingeschränkten europäischen Ausfuhrsgesellschaften empfindlich zu spüren."<sup>60</sup> Die amerikanische Wirtschaft fühlte sich durch die Politik

Washingtons vom Osthandel ausgeschlossen. Die kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte bestanden bis 1964 lediglich in einem Austausch von Studenten und Universitätsprofessoren mit Jugoslawien und Polen.

Erst mit der Überwindung der Strategie des "Kalten Krieges" begann ein neuer Abschnitt. Am 12. Mai 1964 reiste eine rumänische Regierungsdelegation unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Gheorghe Gaston-Marin in die USA. Es waren die ersten Verhandlungen seit dem Zweiten Weltkrieg zwischen beiden Staaten auf so hoher Ebene. Das Ergebnis war eine Liberalisierung der Handelspolitik der USA gegenüber Rumänien und der Beschluß über eine erhebliche Ausweitung des Handels beider Länder. Die gegenseitigen Gesandtschaften wurden zu Botschaften erhoben. Man kam überein, im September Verhandlungen über einen amerikanischen Entwurf für ein neues Konsularabkommen und im Dezember über eine neue Kulturkonvention aufzunehmen. Im Dezember 1964 nahm der ungarische Außenminister Janos Peter in den USA Gespräche mit Außenminister Rusk auf. Es folgten Verhandlungen über Fragen der Anhebung des Status der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Die Politik der stufenweisen Entspannung, gefördert durch John F. Kennedy, wurde unter L. B. Johnson als Politik des "Brückenschlags"<sup>61</sup> weiterverfolgt. In seiner Rede an die Nation vom 18. Oktober 1964, drei Tage nach Chruschtschows Sturz, kündigte der Präsident amerikanische Bemühungen um die Herstellung neuer Kontakte mit den kommunistischen Ländern Ost- und Südosteuropas an. Ausgangspunkt für die neue amerikanische Südosteuropapolitik ist die Einsicht, daß mit westlicher Wirtschaftshilfe eine Herauslösung einzelner Länder aus dem Sowjetblock oder eine grundlegende Änderung des ideologischen Systems nicht zu erreichen sei. Diese Erfahrung hatte man in aller Deutlichkeit in Jugoslawien gemacht. Angesichts der fortgeschrittenen Wiederannäherung zwischen West- und Osteuropa bewegt sich die Politik der USA gegenüber Südosteuropa nunmehr in Richtung auf eine größere Flexibilität.<sup>62</sup> Die nahezu krampfhaft Befangenheit der amerikanischen Administration in festgefahrenen politischen, moralischen und ideologischen Vorstellungen weicht der Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten einer aktiven Osteuropapolitik im Zeichen des Polyzentrismus und des Prestige- und Autoritätsschwunds der Sowjets im Ostblock. Eine erste Folge dieser neuen Osteuropapolitik der USA ist die Verlängerung des Kulturabkommens mit Rumänien um zwei Jahre. In seiner "State of the Union Message" vom Januar 1965 kündigte Präsident Johnson eine Überprüfung der Möglichkeiten zur Ausweitung des Handels mit den Ländern Südosteuropas an. Mit dem Austausch von Besuchergruppen, namhaften Wirtschaftlern und Wissenschaftlern soll die neue Südosteuropapolitik der USA unterbaut werden. Die Export-Bank wurde ermächtigt, Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei Handelskredite zu gewähren. Rumänien erhielt einen Kredit von rund 50 Mill. Dollar für den Bau einer Anlage zur Herstellung von synthetischem Gummi und einer Crack-Anlage für Erdöl durch zwei amerikanische Firmen. Anläßlich der Besprechungen zwischen Außenminister Rusk und dem rumänischen Au-

ßenminister Manescu im Jahre 1965 wurde der Abschluß dieser Verträge bekanntgegeben. In einer Rede vom 7. Oktober 1966, in der er grundsätzliche Ausführungen zur amerikanischen Position in Europa machte, plädierte Präsident Johnson erneut für die Ausweitung des amerikanischen Osthandels. Hinter Johnson stehen zahlreiche Vertreter der Geschäftswelt sowie die größeren Industrie- und Handelsvereinigungen. Gleichzeitig wurde die Sperrliste für amerikanische Ausfuhr Güter um eine große Zahl nicht-strategischer Güter verkürzt.

Auch auf politischem und kulturellem Gebiet zeigt sich die amerikanische Politik flexibel. Am 28. November 1966 wurden die amerikanischen Gesandtschaften in Bulgarien und Ungarn zu Botschaften erhoben. Bezüglich der Entschädigung konfiszierten amerikanischen Eigentums wurden 1963 mit Bulgarien und 1964 mit Jugoslawien Abmachungen getroffen. Auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen kam es 1964 mit Jugoslawien zum Austausch von Fulbright-Studenten. Am 31. Dezember 1965 beschlossen die Amerikanische Akademie der Wissenschaften und der Rat Jugoslawischer Akademien ein Drei-Jahres-Programm für kulturellen und wissenschaftlichen Austausch. 1965 eröffnete die amerikanische Fluggesellschaft Pan-American eine direkte Route nach Prag, ein erster Kontakt dieser Art seit 20 Jahren.

Trotz dieser Anstrengungen scheint die Politik der USA in Südosteuropa eher zufällig als konsequent bleiben zu wollen. Dies ist angesichts des weltweiten Engagements gar nicht anders zu erwarten. Man darf aber hoffen, daß die Aktivierung der mittel- und westeuropäischen Südosteuropapolitik im Sinne einer europäischen Gesamtkonzeption von den Vereinigten Staaten nicht abgelehnt, sondern gefördert werden wird.<sup>63</sup>

## 5. Bundesrepublik Deutschland

Der Weg bis zur Wiederanknüpfung der politischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern Südosteuropas ist mühsam zu begehen, und niemand weiß, wann er zum Ziele führen wird. Wären nicht einige ermutigende Ereignisse und Tendenzen der Jahre 1964 und 1965 zu verzeichnen, bestünde nicht einmal Grund zur Hoffnung. Die Schwierigkeiten liegen keineswegs allein im Bereich der Außenpolitik. Wenn immer es um Beziehungen zu Ländern des kommunistischen Blocks geht, kommt die innenpolitische und ideologische Komponente ins Spiel, und diese ist wiederum aufs engste mit der deutschen Spaltung verwachsen. Wer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks befürwortet, stößt nicht nur auf die "Hallsteindoktrin", er muß auch mit Vorurteilen aller Art rechnen. Das führt dann häufig zu schiefen Perspektiven und Fragestellungen. Zur Klärung des eigenen Standpunktes und zur Besänftigung der Gegner werden häufig Argumente vorgebracht, die dem politischen Ziel eher abträglich als förderlich sind: Durch die Wiederaufnahme und Verstärkung der Kontakte mit den sozialistischen Ländern werde die Weltbewegung des Kommunismus geschwächt, man könne den einen oder anderen Staat aus dem

wirtschaftlichen und politischen Würgegriff der Sowjetunion herausbrechen, und man ver helfe diesen Völkern schließlich zur Abschüttelung eines ihnen aufgezwungenen Regimes. Wer ernsthaft an der Förderung der deutsch-südosteuropäischen Zusammenarbeit interessiert ist, sollte sich von solchen Spekulationen freihalten und distanzieren. Er sollte die Erkenntnis verbreiten helfen, daß eine aufrichtige Zusammenarbeit der Verwirklichung kongruenter Bedürfnisse auf beiden Seiten dient und daß sekundäre Ziele oder Folgen außerhalb der Intentionen zu bleiben haben. Ob die südosteuropäischen Partner von Moskau frei sein wollen und bis zu welchem Grade sie das wollen, mag ihnen überlassen bleiben. Schließlich vollzieht sich die Annäherung in der Phase des sogenannten Polyzentrismus, d. h. der Lockerung hegemonialer Bestrebungen des Kreml; ja, ohne die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking mit ihren Konsequenzen für die anderen kommunistischen Länder wäre es vermutlich noch nicht einmal zu den bescheidenen Anfängen deutsch-südosteuropäischer Kontakte gekommen. Diese Politik ist also ohnehin Teil eines sich wandelnden Systems, sie bedarf deutscherseits keiner spezifischen Akzentuierung in dieser Richtung. Mit anderen Worten: Der Differenzierungs- und Auflockerungsprozeß innerhalb des sozialistischen Gesamtsystems ist nicht die Frucht westlicher Handels- und Kulturkontakte der Südostländer, sondern ihre Voraussetzung. Wir haben es mit einer eigengesetzlichen Entwicklung, mit einem inneren Entfaltungsvorgang zu tun, für den es von außen zwar Anstöße und Ermutigungen geben kann, der aber im Prinzip von selbst abläuft. Ein entscheidendes Handicap der deutsch-südosteuropäischen Beziehungen ist die deutsche Teilung. Der Eiserne Vorhang verläuft mitten durch den Siedlungsraum des deutschen Volkes. In der DDR denkt man in anderen Kategorien, die Einheit des sozialistischen Systems steht höher als die Einheit eines Raums und seiner Völker. Die DDR unterliegt weitgehend den gleichen wirtschaftlichen und politischen Direktiven wie die sozialistischen Länder Südosteuropas. Wiewohl ihre Wirtschaft der Vollindustrialisierung zustrebt, wird ihre Sonderstellung im sozialistischen System nur wenig beachtet. Je mehr der Einbau in das sozialistische System forciert wird, um so weniger Anziehungskraft als Ergänzungsraum für die industriell weniger entwickelten Länder besitzt sie. Auf der anderen Seite jedoch wird seitens der DDR-Regierung versucht, ihren Herrschaftsbereich als das eigentliche Deutschland erscheinen zu lassen. Die Anerkennungsfrage ist Symptom dieser Politik, nicht ihr Gegenstand. Hinzu kommt der weitgehende Ausfall der deutschen Volksgruppen in der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und Radikalität, so ist das Deutschtum in diesen Ländern entscheidend geschwächt worden und stellt heute bei weitem nicht mehr jene Brücke dar, die einst für die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen so außerordentlich bedeutsam und tragend war. Andererseits muß jedoch festgehalten werden, daß gewisse von der Reichsregierung gestützte Autonomiebestrebungen der deutschen Volksgruppen seinerzeit die politischen Beziehungen zu den südosteuropäischen Staaten komplizierten. Dergleichen Besorgnisse fallen nunmehr fort.

Betrachtet man das Verhältnis der Bundesrepublik zu den sozialistischen Südoststaaten unter strukturellen Gesichtspunkten, so lassen sich drei typische Fälle unterscheiden. Die Tschechoslowakei als der Südoststaat mit gemeinsamer Grenze, Jugoslawien als das Südostland, das am meisten unter dem Krieg gelitten hat und 1948 aus dem sowjetischen Machtbereich ausscherte, schließlich die übrigen sozialistischen Staaten. Die Beziehungen zur Tschechoslowakei waren lange Zeit belastet durch die rechtlich, nicht politisch ungeklärte Grenzfrage, die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen aus den Grenzgebieten und die Angst vor dem angeblichen deutschen "Revanchismus". Von Prag wurden mehr als von seiten der anderen Südostländer die Vorgänge in der Bundesrepublik, insbesondere ihre Wiederbewaffnung, mit Sorge und Argwohn beobachtet. Bereits im Februar 1951 richtete die tschechoslowakische Regierung eine Protestnote an die Westmächte wegen der Wiederaufrüstung Westdeutschlands, und in den folgenden Jahren verfolgte die tschechoslowakische Presse die Bemühungen der Bundesrepublik um eine eigene außenpolitische Linie mit denkbar großem Mißtrauen. Das konsequente Festhalten an der Moskauer Politik, die späte und halbherzige Entstalinisierung, die betonte Zurückhaltung bei allen Versuchen einer Auflockerung der politischen Ordnung unter den Ostblockländern, dürfte nicht zuletzt aus dem Sicherheitsbedürfnis gegenüber vermuteten deutschen Ansprüchen zu erklären sein.<sup>64</sup> Das heißt nicht, daß die tschechoslowakische Staatsführung nicht auch versucht hätte, die Bundesrepublik direkt anzusprechen. Im denkwürdigen Jahr 1956, drei Monate vor dem ungarischen Oktober-Aufstand, machte der tschechoslowakische Ministerpräsident Viliam Siroky den Vorschlag, mit Westdeutschland diplomatische Beziehungen aufzunehmen und einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Die Anregung wurde in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert, und es gab Stimmen wie die des Vizepräsidenten des Bundestages, Professor Carlo Schmid, die sich energisch für ein Gespräch mit der tschechoslowakischen- und übrigens auch mit der polnischen- Regierung einsetzten. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier befürwortete eine Politik "der offenen Tür" gegenüber dem Osten, während der Bund der Vertriebenen gegen jeden Versuch protestierte und demonstrierte, die Wiedervereinigung durch ein Nachgeben im Anspruch auf die deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße zu erkaufen. Schließlich erklärte ein Regierungssprecher, Bundesregierung und Bundestag hielten an der Rechtsbasis der Grenzen von 1937 fest, und nur ein Friedensvertrag könne die Frage der Grenze lösen. Bundeskanzler Dr. Adenauer bezeichnete die Frage nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten als ein einheitliches Ganzes. Wie auch immer sie aufgegriffen werden möge, es müsse ausgeschlossen bleiben, daß in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten eine Anerkennung der Sowjetzone als eines zweiten Deutschland erblickt werde. Sowohl der Regierungssprecher wie Adenauer beteuerten nochmals den bereits wiederholt ausgesprochenen Gewaltverzicht. Zwei Jahre später, im Zusammenhang mit der Diskussion um den Rapacki-Plan, wiederholte Siroky am 15. Juli 1958 in einem Brief an den Bundeskanzler seinen Vorschlag, diplomatische Beziehungen zwischen

den beiden Staaten aufzunehmen. Das tschechoslowakische Volk, das keinen Haß gegen das deutsche Volk hege, habe bereits mehrmals bewiesen, daß es sein Wunsch sei, mit dem ganzen deutschen Volk in Frieden und Freundschaft zu leben. Dabei verwies Siroky auf die ausgezeichneten Beziehungen zur DDR. In dem Brief sparte der tschechoslowakische Ministerpräsident allerdings auch nicht mit Vorwürfen an die Adresse von Bundesregierung, Bundestag und Öffentlichkeit. Wiewohl nicht bekanntgeworden ist, ob und wie der Bundeskanzler den Brief Sirokys beantwortete, wurden die Überlegungen deutscherseits fortgesetzt, und während der zweiten Genfer Außenministerkonferenz im Sommer 1959 bestätigte die Diplomatische Korrespondenz am 29. Juli solche Erwägungen auch offiziös. Es sei die Absicht der Bundesregierung, durch vertragliche Abmachungen mit den östlichen Nachbarn Mißtrauen auszuräumen und unberechtigte Befürchtungen zu zerstören. Diese erhoffte Wirkung könne jedoch nur eintreten, wenn auf der anderen Seite eine gewisse Verständnisbereitschaft bestehe, wenn der Wille zum Ausgleich vorhanden sei. Diese Voraussetzung scheine jedoch leider zur Zeit völlig zu fehlen.

Nach dem Scheitern aller dieser Initiativen auf beiden Seiten versteiften sich die Beziehungen. Im Oktober 1960 kam es zu einer gemeinsamen Erklärung der Tschechoslowakei, der DDR und der Sowjetunion, die sich gegen angeblichen Militarismus und "Revanchismus" in Westdeutschland wandte und für einen Friedensvertrag mit den "beiden deutschen Staaten" eintrat. Als im Jahre 1963 die Errichtung von Handelsmissionen der Bundesrepublik in Südoststaaten erwogen wurde, konnte sich Prag nicht entschließen, diesen Ball seinerseits aufzunehmen. Unverkennbar ist dagegen das Bestreben Prags, durch Zusammenarbeit mit der Regierung in Ostberlin das Sicherheitsbedürfnis des Landes demonstrativ zum Ausdruck zu bringen.

Als Jugoslawien im Juni 1948 aus dem Kominform ausgeschlossen wurde, befand sich die Bundesrepublik erst im Entstehen, und so vergingen die schweren Jahre, in denen Jugoslawien der militärischen Drohung und dem wirtschaftlichen Boykott seiner Nachbarn sowie der Sowjetunion ausgesetzt war, ohne Reaktion von seiten Bonns. 1950 wurden - wie übrigens auch mit den meisten anderen sozialistischen Ländern Südosteuropas - erstmals Handelsbeziehungen aufgenommen. Dem Bemühen Belgrads, mit den nichtsozialistischen Nachbarn Griechenland und Österreich zu normalen Beziehungen zu gelangen, folgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn Ende 1951. Tito strebte damals mit allen Kräften die volle Anerkennung seines Regimes durch die westlichen Mächte an. Der Staatsbesuch 1953 in den Vereinigten Staaten und ein Waffenhilfeabkommen bezeichnen den erfolgreichen Durchbruch dieser Politik. Es folgten Jahre, in denen Tito eine zunehmend bedeutsame Rolle im internationalen Kräftespiel gewann, und selbst die Aussöhnung mit der Sowjetunion gelang Schritt um Schritt. Nur die Initiative Belgrads, durch einen Balkanbund mit den Nachbarn, vor allem mit Bulgarien, innerhalb Südosteuropas selbst die Basis für eine politische Integration zu schaffen, blieb auf die Dauer ohne Erfolg. Zur Bun-

desrepublik ergaben sich in diesen Jahren Kontakte im Zusammenhang mit der Donauschiffahrt. 1952 wurde mit Österreich und der Bundesrepublik ein entsprechendes Abkommen geschlossen. Ihm folgte ein Vertrag über den gegenseitigen Warenverkehr und ein Zahlungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien. Den vorläufigen Höhepunkt der deutsch-jugoslawischen Beziehungen bedeutete der Staatsbesuch Vukmanović - Tempos, Vizepräsident des Bundesexekutivrates, in Bonn im Mai 1956. Jedoch der Schatten, der durch seine unmittelbar darauf folgende Reise nach Moskau auf die wieder angeknüpften Beziehungen fiel, sollte alsbald die Szene gänzlich verdunkeln. Vom Standpunkt der jugoslawischen Sicherheit war es durchaus folgerichtig, die Formalisierung der Beziehungen zu Bonn der Normalisierung des Verhältnisses mit Moskau unterzuordnen, aber für die Bundesrepublik bedeutete die Abkühlung einen fühlbaren Rückschlag in der soeben erst wieder aufkeimenden Südosteuropapolitik. Zwar erschien im September des gleichen Jahres noch eine jugoslawische Palamentsdelegation in Bonn, der Besuch Chruschtschows in Jugoslawien im Monat darauf besiegelte jedoch die Verständigung zwischen Moskau und Belgrad. Im September 1957 folgte die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Jugoslawien als Auftakt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR. Da Bonn zuvor mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen entsprechend der "Hallstein-Doktrin" gedroht hatte, blieb keine andere Wahl mehr. Erfreulicherweise wurden die Handelsbeziehungen von dieser Maßnahme nicht betroffen. In den folgenden Jahren entwickelte sich die Bundesrepublik zu einem der wichtigsten Handelspartner Jugoslawiens.<sup>65</sup> Auch die Öffnung des Landes für den Tourismus fand vor allem in der Bundesrepublik Echo. Von Jahr zu Jahr nahm der Besucherstrom an die dalmatinische Adria zu, während das Verhältnis zur Sowjetzone betont formal und steif blieb. Im März 1959 kam es sogar zu allerdings gescheiterten Verhandlungen zwischen den Regierungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Seither hat sich das Verhältnis der beiden Staaten zueinander in mehrmaligen Auf und Ab mit einer allgemeinen Tendenz zur Besserung entwickelt.<sup>66</sup> In der Bundesrepublik arbeiten 90-100 000 jugoslawische Staatsbürger, und die Überweisung ihrer Ersparnisse in die Heimat funktioniert reibungslos. Gestört wurde das gute Einvernehmen lediglich durch einige Gewalttaten kroatischer Emigranten auf dem Gebiet der Bundesrepublik und die nach Belgrader Auffassung zu wohlwollende Duldung der Aktivitäten kroatischer Emigrantenorganisationen.

Nicht das Jahr des Ungarischen Aufstandes 1956, sondern erst das Jahr 1963 ist das Datum für den möglichen Wiederbeginn einer deutschen Politik gegenüber und mit den anderen sozialistischen Ländern Südosteuropas. Wieder stoßen wir auf den Phasenablauf der sowjetrussischen Politik gegenüber Südosteuropa. Die Voraussetzung für die Wiederaufnahme dauerhafter deutsch-südosteuropäischer Beziehungen war die Lockerung des Griffes aus Moskau in der vierten Etappe. Deutsche Handelsmissionen wurden 1964 in Ungarn, Rumänien und Bulgarien errichtet, und zwar aufgrund von Abkommen des Herbstes 1963. Diese Handelsmissionen besitzen keinen konsularischen Status, konnten aber bereits im ersten Jahr

ihres Bestehens auch mancherlei kulturelle Interessen auf sich ziehen. Der Handelsaustausch verstärkt sich aufgrund der mehrmals verlängerten und ausgebauten Handelsabkommen von Jahr zu Jahr. Bereits seit 1966 ist Westdeutschland zum bedeutendsten Partner des Westhandels der sozialistischen Länder Südosteuropas aufgerückt. Entsprechendes gilt für den Touristenstrom. Im Mai 1965 beteiligte sich die Bundesrepublik erstmals wieder an einer Messe in Bukarest. Es handelte sich um die erste Messe dieser Art nach dem Kriege in Südosteuropa. Sie dauerte zwölf Tage, war von 434 deutschen Firmen beschickt und zog eine halbe Million Besucher an. Zur Eröffnung weilte Staatssekretär Lahr vom Auswärtigen Amt in Bukarest; er führte anschließend Gespräche mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Maurer, einer Anzahl Minister und Politiker. Gleichzeitig weilten drei Bundestagsabgeordnete in Rumänien. Die Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen wurde bei diesem Anlaß in der Öffentlichkeit eingehend erörtert.

Der Regierungswechsel in Bonn im Herbst 1966 setzte neue Akzente in der deutschen Politik zu den Ländern Südosteuropas. Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD hat das Konzept des Kalten Krieges "Entspannung durch Wiedervereinigung" unter dem Druck der weltpolitischen Veränderungen endgültig aufgegeben. Spektakuläre Erfolge dieser neuen Politik konnten von vornherein nicht erwartet werden. Es liegt auf der Hand, daß nur ein behutsames und ausdauerndes Vorgehen auf lange Sicht zu einer Verbesserung der Beziehungen führen kann. Selbst in den Staaten, in denen die obengenannten Vorbehalte gegenüber der Bundesrepublik geringer sind und in denen die Bereitschaft zu gegenseitigen Beziehungen immer stärker wächst, bleiben noch genügend Hemmnisse für eine Annäherung oder gar Kooperation bestehen. Bei allen Differenzierungsprozessen innerhalb der sozialistischen Länder und ihren Bestrebungen, den außenpolitischen Entscheidungsspielraum zu erweitern, steht im Hintergrund die sich aus einer gemeinsamen ideologischen Basis, wirtschaftlichen Verflechtung und politischen Struktur ergebende Bindung an die Sowjetunion. Hatten die ersten Jahre nach der sowjetischen Gleichschaltungspolitik im Westen noch die Hoffnung auf eine Erhebung der ost- und südosteuropäischen Völker gegen die Hegemonie Moskaus wachhalten können, die darauf folgenden Ereignisse der Entstalinisierung und politischen Differenzierung im damaligen Ostblock diesem Wunsch wieder Auftrieb gegeben, so zeigt eine Analyse der neueren Entwicklung, daß trotz dieser Wandlungen und einzelner aufsehenerregender Aktionen in diesen Staaten an eine volle Unabhängigkeit von der Sowjetmacht nicht zu denken ist. Wenn diese Veränderungen eine neue Politik des Westens überhaupt erst möglich gemacht haben, so wird auf der anderen Seite doch sehr deutlich, daß im Gegensatz zur Phase des Kalten Krieges eine Beurteilung der Entwicklung in Ost- und Südosteuropa insgesamt gesehen nur schwieriger geworden ist, daß von der westlichen Außenpolitik ein größeres Einfühlungsvermögen gefordert und die führende Position der Sowjetunion nach wie vor berücksichtigt werden muß, wenn sich auch in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und insbesondere in deren Verhältnis zur Sowjetunion auffallende Verände-

rungen ergeben haben. Im deutsch-sowjetischen Verhältnis ist der mögliche Bereich für substantielle Veränderungen besonders klein. Die starre Haltung der Sowjets, die die politischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau seit Chruschtschows Vorstoß in Berlin und dem Bau der Mauer eingefroren hat, konnte auch durch die Ostinitiativen aus Bonn nicht geändert werden. Sie versteifte sich vielmehr in dem Maße, wie sich in der deutschen Politik gegenüber den ehemaligen Satelliten Moskaus erste Erfolge abzuzeichnen begannen. Diese Haltung drückte sich unmißverständlich in der polemisch-propagandistischen Erklärung der sowjetischen Regierung zur Lage in der Bundesrepublik Deutschland vom 28. Januar 1967 aus, in der die Sowjets der Bundesregierung vorwerfen, sie wolle Moskaus Position in Osteuropa untergraben, das sozialistische Lager sprengen und Ostberlin politisch isolieren. Seitdem hat die Sowjetregierung in weiteren Noten massive Anschuldigungen gegenüber dem außenpolitischen Kurs der Bundesregierung und innerpolitischen Entwicklungen in Deutschland vorgebracht (Erklärung vom 19. Juli 1967 gegen die geplante Notstandsgesetzgebung- und gegen die angebliche Duldung und Förderung neonazistischer und militaristischer Umtriebe in der Bundesrepublik in der letzten Note vom 8. Dezember 1967). Grundlage einer neuen deutschen Politik, die zudem das von der Sowjetunion bewußt geschürte Mißtrauen der Völker Ost- und Südosteuropas gegen die Bundesrepublik abbauen helfen soll, kann daher nur eine Konzeption sein, die auf der Analyse der weltweiten Entspannungspolitik, einer immer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West und dem wachsenden Selbstvertrauen der ost- und südosteuropäischen Staaten die deutsch-südosteuropäischen Beziehungen aufbaut.

Im deutsch-sowjetischen Verhältnis sind in neuerer Vergangenheit keine Fortschritte zu beobachten.<sup>67</sup> Das zeigte sich u. a. in der erfolglosen Moskau-Reise des Vorsitzenden des außenpolitischen Arbeitskreises im Bundestag, Ernst Majonica, im Herbst 1967. Ähnlich erfolglos blieb das Kabinett Kiesinger auch bei seinen Bemühungen in Ostberlin. Es genügt, auf den mühsamen Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Ministerpräsident Stoph zu verweisen. Auch gegenüber ihren westeuropäischen Nachbarn hat die Bundesrepublik bei ihren Bestrebungen, die Beziehungen zu Südosteuropa zu verbessern bzw. auf diplomatischer Ebene überhaupt erst einzurichten, noch mit der Problematik der deutschen Teilung zu rechnen.

Waren die Ansätze der deutschen Ostpolitik in Moskau ergebnislos, so haben die Initiativen der Regierung Kiesinger in Südosteuropa erste Erfolge gebracht. Gegenüber den ost- und südosteuropäischen Staaten hat die Bundesregierung die "Hallstein-Doktrin" in dem früher verstandenen bedingungslosen Umfange außer Kraft gesetzt und damit ihre Haltung in ersten Ansätzen von Grund auf revidiert. Zur Begründung dieser Revision wird angeführt, daß Polen, die ČSSR, Rumänien, Ungarn und Bulgarien wegen ihrer Zugehörigkeit zum sowjetischen Herrschaftsbereich, die ihnen als Folge des Zweiten Weltkrieges aufgezwungen worden war, in der

Anerkennung Ostberlins niemals eine freie Wahl hatten. Eine Ausnahme von dieser "Geburtsfehler-Theorie" bildet lediglich Jugoslawien, weil Tito im Jahre 1957 aus freien Stücken die diplomatischen Beziehungen zu Ostberlin aufnahm.

Die Aufgabe der "Hallstein-Doktrin" ist der erste Schritt der Bundesregierung auf dem politischen Weg nach Osteuropa, den Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 wie folgt umrissen hat. "... es liegt uns daran, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen." Bereits Bundesaußenminister Schröder hatte sich das Ziel gesetzt, den Status der Handelsmissionen allmählich auf konsularische und endlich diplomatische Befugnisse anzuheben. Als erste nahm die Handelsmission der Bundesrepublik in Bukarest im Mai 1966 in begrenztem Umfang konsularische Tätigkeiten auf. Anfang September 1966 unternahm Bundeswirtschaftsminister Schmücker eine dreitägige Rumänienreise. Ihr waren Besuche der rumänischen Fachminister für Außenhandel und für Forsten, Gheorghe Cioara und Mihai Suder, in Bonn vorausgegangen. Schmücker wurde in Bukarest nicht nur von seinem rumänischen Kollegen, sondern auch von Außenminister Manescu, Ministerpräsident Maurer und Partei-Generalsekretär Ceausescu empfangen. Obwohl von deutscher wie von rumänischer Seite die Bedeutung des gegenseitigen Handelsverkehrs in den Vordergrund der Gespräche gestellt wurde, zeigt schon der Kreis der Gesprächspartner Schmückers, daß das beiderseitige Interesse auch politischen Fragen galt. Der rumänische Außenminister stattete der Bundesrepublik vom 30. Januar bis zum 3. Februar 1967 einen offiziellen Besuch ab und unterzeichnete mit Bundesaußenminister Brandt am 31. Januar ein Abkommen über den Austausch von Botschaftern. Der Bundesaußenminister wurde zu einem Besuch nach Rumänien eingeladen. Inzwischen haben beide Regierungen die Agréments für ihre Botschafter erteilt. Erster Botschafter der Bundesrepublik in Bukarest wurde Erich Strätling, der bisherige Leiter der deutschen Handelsmission. Constantin Oancea vertritt sein Land in Bonn.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien wurde die "Hallstein-Doktrin" zum ersten Mal durchbrochen. Die Bundesregierung will diesen Wandel offiziell nur als eine Modifizierung ihrer Politik aufgefaßt sehen, die grundsätzlich an der Wahrung des deutschen Rechtsstandpunktes festhält. Bundeskanzler Kiesinger erklärte dazu am 1. Februar 1967 im Bundestag: "Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sozialistischen Republik Rumänien bedeutet keine Änderung des auch in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 wiederholten deutschen Rechtsstandpunktes, daß die Bundesregierung allein berechtigt und verpflichtet ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen". Dazu die rumänische Regierung am 2. Februar 1967: "Im Zusammenhang mit der Erklärung, die der Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 1. Februar dieses Jahres im Bundestag abgegeben hat, erachtet es die rumänische

Regierung für notwendig, erneut ihre wohlbekannteste Position zu versichern, gemäß der eine der fundamentalsten Realitäten, die in Europa als Folge des Zweiten Weltkrieges und der anschließenden Entwicklung entstanden, die Existenz der beiden deutschen Staaten, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, ist." Besonderes Interesse fanden die deutsch-rumänischen Vereinbarungen naturgemäß in Ostberlin, das der Bukarester Regierung in einer Stellungnahme des "Neuen Deutschland" vom 3. Februar 1967 den zweiseitigen Inhalt der "Hallstein-Doktrin" auseinandersetzte. Wenn die Bundesregierung das eine Element, das Verbot der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten, die bereits solche mit Ostberlin unterhalten, aufgegeben habe, so bleibe nach wie vor die "Alleinvertretungsanmaßung" bestehen: "Wenn der Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien nicht bereit war, bei den Verhandlungen die Alleinvertretungsanmaßung zurückzuweisen und eindeutig zu erklären, daß unter den Bedingungen der Alleinvertretungsanmaßung und anderer revanchistischer Forderungen die Voraussetzungen für diplomatische Beziehungen noch nicht gegeben sind, so ist das bedauerlich." Das Organ der rumänischen KP wies diesen Vorwurf entschieden zurück. Dort heißt es am 4. Februar 1967: "Der Versuch des 'Neuen Deutschland', sich zum außenpolitischen Berater eines anderen souveränen sozialistischen Staates aufzuschwingen, dient nicht, sondern schadet nur den freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern. Man möge doch begreifen, daß sich die Beziehungen zwischen den sozialistischen, unabhängigen Staaten nur gemäß den Grundsätzen der Unabhängigkeit, der Gleichheit der Rechte, der Nichteinmischung in innere Fragen entwickeln können und daß diese Prinzipien streng eingehalten werden müssen." Im April 1967 bekräftigte Staatspräsident Chivu Stoica in einer Rede auf dem SED-Parteitag in Ostberlin den rumänischen Standpunkt unter Berufung auf die Bukarester Erklärung des Vorjahres, nach der die Herstellung von normalen Beziehungen zu beiden deutschen Staaten eine Voraussetzung für die Verbesserung der politischen Atmosphäre in Europa darstellt. Inzwischen hat aber die Regierung in Ostberlin ihre früheren Aufrufe zur Verbesserung des politischen Klimas in Europa in der Hinsicht modifiziert, als daran heute Bedingungen geknüpft werden, wie die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik und der deutschen Ostgrenzen sowie der Verzicht Bonns auf Kernwaffen. Mit einer regen diplomatischen Aktivität versucht Ostberlin, die anderen Staaten Ost- und Südosteuropas auf diese Maximalforderungen festzulegen. Rumänien hat darauf erwidert, daß die Reaktion der Ostberliner Regierung unverständlich sei. Rumänien habe nur konsequent eine Politik verfolgt, die in den vergangenen Jahren von der SED immer wieder gefordert wurde, nämlich die Durchbrechung der "Hallstein-Doktrin". Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei der rumänischen politischen Aktivität, die von der Voraussetzung der Schaffung normaler Beziehungen zwischen den Staaten ausgegangen sei, der erste Einbruch in die "Hallstein-Doktrin" gelungen. In der Tat trifft die Feststellung zu, wenn auch die offizielle Bonner Politik mit der Konstruktion der "Geburtsfehler-Theorie" die "Hallstein-Doktrin" zu retten versuchte. Aber eine Revision dieser

nun einmal modifizierten Doktrin hat sich inzwischen bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad ergeben. Schon der rumänische Standpunkt erwies den Vorrang des politischen Kalküls gegenüber juristischen Konstruktionen.

Die Anfänge der deutsch-jugoslawischen Beziehungen gehen auf erste Kontakte der beiden Staaten schon in den Nachkriegsjahren zurück, so auch auf Verhandlungen aus dem Jahre 1954, die das deutsch-jugoslawische Schuldenabkommen zum Gegenstand hatten. Vorangegangen war ein Handelsabkommen zwischen den Vereinigten Wirtschaftsgebieten Westdeutschlands und Jugoslawien. Der Warenaustausch entwickelte sich in den frühen Fünfzigerjahren zufriedenstellend, hatte sich doch Jugoslawien nach dem Kominform-Konflikt rasch nach dem Westen orientieren müssen. Die politischen Beziehungen zur Bundesrepublik dagegen gestalteten sich in der Folgezeit recht schwierig. Die Verhandlungen über das Schuldenabkommen zogen sich in die Länge und enttäuschten die jugoslawischen Partner. Ein Besuch des Bundeswirtschaftsministers Erhard in Belgrad brachte auch keine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte. 1956 wurde schließlich das Schuldenabkommen zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik unterzeichnet, in dem die Bundesrepublik Zahlungsverpflichtungen Jugoslawiens gegenüber der deutschen Wirtschaft übernahm und Jugoslawien 3 Mil. DM für Forderungen aus der Kriegs- und Vorkriegszeit zur Verfügung stellte. Wenn auch das Handelsvolumen mit gewissen Schwankungen in den folgenden Jahren anstieg, so gestalteten sich die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen nur recht schleppend. Das lag einmal an dem schon traditionellen Handelsbilanzdefizit im Warenverkehr mit Jugoslawien und zum anderen an den Veränderungen im Wirtschafts- und Außenhandelssystem Jugoslawiens. Administrative Eingriffe haben aus verschiedenen Gründen eine Rationalisierung der Wirtschaft nicht in dem Maße herbeiführen können, wie sie für eine Steigerung der jugoslawischen Exporte in den Westen notwendig gewesen wäre. Die hohen Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland haben die Lage noch verschärft. Darüber hinaus bestehen keine Zweifel, daß die Wirtschaftsbeziehungen auch unter dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen vom Oktober 1957 gelitten haben. Trotzdem gehört die Bundesrepublik nach wie vor zu den wichtigsten Handelspartnern Jugoslawiens. Auch nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen sind Belgrad von Bonn erhebliche Kredite zur Verfügung gestellt worden. Die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen stehen besonders im Falle Jugoslawiens in einem engen Zusammenhang.<sup>68</sup> Unter dem Eindruck der derzeitigen innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten und der hohen Außenhandelsverschuldung erhofft sich Jugoslawien von der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen auch eine Ausweitung des Außenhandels, der aber wiederum nur durch eine Strukturverbesserung seiner Wirtschaft im Zusammenhang mit einer stärkeren wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit dem Ausland erreicht werden kann. Die einschneidenden Wirtschaftsreformen im Lande sollen die Grundlage dieser Zusammenarbeit auch mit den Außenhandelspartnern bilden, denn nach den bisherigen Schwierigkeiten im Außenhandelsverkehr geht es den Jugoslawen entscheidend darum, daß die Bundes-

republik ihre drittichtigste Position in der Außenhandelsstatistik Jugoslawiens behält.

Das Beispiel Rumäniens ließ die jugoslawische Regierung hoffen, in normalen politischen Kontakt zur Bundesrepublik zu kommen. Die offiziellen jugoslawischen Stellungnahmen gegenüber der Bundesrepublik wurden seit dem Antritt der Regierung Kiesinger zusehends freundlicher. Die in der Vergangenheit oft polemischen und propagandistischen Verlautbarungen verstummten. Belgrad wies auch darauf hin, daß es aufgrund seiner erklärten Bindungsfreiheit gegenüber dem Osten am ehesten für eine Normalisierung der Beziehungen geeignet sei und gab sich gegenüber heiklen Fragen, wie dem Berlin-Problem, weitgehend uninteressiert. Zum jugoslawischen Angebot zur Aufnahme von Verhandlungen äußerte sich die Bundesregierung mehrfach positiv, zuletzt Außenminister Brandt auf einer Pressekonferenz in Bonn am 10. November 1967. In diesem Zusammenhang ist der Zusatz Brandts interessant, daß es der Bundesregierung auch im Falle Jugoslawien um ihre Europapolitik gehe. Ähnliche Bestrebungen zeigten sich in Jugoslawien bei seinen Bemühungen um eine bessere Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten, die von Kontakten zum Vatikan, zu Spanien, zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, aber auch zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem COMECON, bis zum Versuch einer Annäherung an das bisher heftig angegriffene Albanien reichen. Der von Jugoslawien in den vergangenen Jahren angestrebte Verband blockfreier Staaten in weltweiter Ausdehnung hat nur geringe Erfolge und wenig Zusammenhalt gezeigt. Außerhalb der Deklamationen ist das Ergebnis dieser Politik dürftig geblieben. So hat es den Anschein, als wolle sich Belgrad nun wieder verstärkt seiner europäischen Position erinnern, nach Osten wie nach Westen. Das Selbstbewußtsein einer von den Großmächten und starren ideologischen Bindungen freien nationalen Politik im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und politischen Reformen im Inneren mag den Jugoslawen den Vorstoß nach Europa erleichtern. Das Interesse an einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Bonn liegt in dieser Richtung. Daher stieß das lange Zögern der Bundesregierung, das, wie auch Außenminister Brandt angedeutet hat, auf innere Widerstände im Lager des Koalitionspartners der SPD zurückzuführen war, in Belgrad auf wenig Verständnis. Die Bundesregierung hat sich inzwischen von der Ansicht gelöst, daß Bonn nach Aufnahme der Beziehungen zu dem dissidenten Rumänien und einer Normalisierung der Beziehungen zu Belgrad, das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion nur belasten könne. Nach dem Bonner Regierungswechsel im Herbst 1966 wurden erste Schritte zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Belgrad bereits im Frühjahr 1967 unternommen. Am 7. April 1967 hatte Außenminister Brandt in einem Memorandum an das Bundeskanzleramt der Normalisierung des Verhältnisses mit Jugoslawien zugestimmt. Die Reise des Leiters der Osteuropa-Abteilung im Auswärtigen Amt, Kastl, nach Belgrad (März 1967) wurde in Bonn als reiner Informationsbesuch bezeichnet, für die gegenseitigen Beziehungen war sie aber sicher von großer Bedeutung. Der Wunsch nach einer Normalisierung des Verhältnisses stieß auf beiden

Seiten auf Kritik und Schwierigkeiten. In Bonn erhoben sich besonders in der CDU/CSU Bedenken gegen einen solchen Schritt. Die ungewisse Reaktion dritter Staaten - vor allem in der asiatischen und afrikanischen Welt - gegenüber den Anerkennungsbestrebungen Ost-Berlins erschwerte die Entscheidung in Bonn. In Belgrad wurde die DDR aktiv: im Juni 1967 besuchte Ulbricht den jugoslawischen Staatschef. Die Haltung der jugoslawischen Regierung mußte in Ost-Berlin genügend Anlaß zur Sorge geben, in erster Linie die erklärte Bereitschaft der Jugoslawen, die diplomatischen Beziehungen zu Bonn ohne Vorbedingungen aufnehmen zu wollen. Gegen Jahresende 1967 verstärkten sich die deutsch-jugoslawischen Bemühungen um eine Besserung der gegenseitigen Beziehungen. Nach der Asienreise des Bundeskanzlers im November entschied die Bundesregierung Mitte Dezember offiziell, Verhandlungen mit Jugoslawien aufzunehmen. Dem folgte ein entsprechender Beschluß des jugoslawischen Kabinetts im Januar. Die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wurden am 23. Januar 1968 in Paris aufgenommen und konnten nach acht-tägiger Dauer erfolgreich abgeschlossen werden. Beide Regierungen haben am 31. Januar 1968 offiziell das Ergebnis der Verhandlungen bekanntgegeben. Die Mitte Januar in Bonn begonnenen deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ziel einer Neufassung des aus dem Jahre 1952 stammenden Waren- und Zahlungsabkommens sind dagegen erst einmal unterbrochen worden.

Für die übrigen südosteuropäischen sozialistischen Staaten ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine wichtige Voraussetzung zur Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs und des deutschen Tourismus. Die Bundesrepublik ist heute für Rumänien der wichtigste westliche Handelspartner. Den ersten Platz im Außenhandel hält nach wie vor die Sowjetunion, aber ihr Anteil, wie der des COMECON, am rumänischen Handelsvolumen ist zurückgegangen. Die verstärkten Anstrengungen der rumänischen Staatsführung, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu heben, haben schon vor Jahren zu engeren außenwirtschaftlichen Beziehungen mit den westlichen Nationen geführt. Der Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und Rumänien nahm 1954 seinen Anfang, als zwischen dem rumänischen staatlichen Außenhandelsunternehmen "Agroexport" und dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft ein Protokoll über den Warenaustausch zwischen beiden Ländern unterzeichnet wurde. Seitdem hat sich der Umfang des deutschen Außenhandels mit Rumänien ständig erhöht. Im Jahre 1966 lieferte die deutsche Industrie Waren im Werte von 558 Mill. DM nach Rumänien. Anlagen und komplette Fabriken machen einen großen Teil des deutschen Exports aus. Gegenüber dieser mengenmäßigen Steigerung des Warenaustausches steht aber ein ständig steigendes Handelsbilanzdefizit für Rumänien, das sich im Jahr 1966 um 260 Mill. DM auf 520 Mill. DM erhöhte. Sicher hängt diese defizitäre Entwicklung mit der rumänischen Angebotsstruktur, der Konkurrenzfähigkeit der Erzeugnisse und der bilateralen Abwicklung des Handels zusammen. Es ist aber keine Frage, daß mit der Einrichtung der diplomatischen Beziehungen auch auf handelspolitischem Gebiet eine intensivere Zusammenarbeit gewährleistet und die rumänischen Wirtschaftsinteressen in der Bundesrepublik besser vertreten

werden können.

War die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien überraschend schnell zustande gekommen, und hatte sich Bonn gegenüber den Jugoslawen mit der "Hallstein-Doktrin" zunächst selbst den Weg zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen verbaut, so zeigen die Kontakte zu den übrigen südosteuropäischen Staaten, daß die Aktivität Ostberlins nach den deutsch-rumänischen Vereinbarungen den Weg in die anderen Hauptstädte Südosteuropas erheblich erschwert hat. Zu einem Fortschritt kam es nur noch in Prag, wo nach zähen und langwierigen Verhandlungen am 3. August 1967 Sonderbotschafter Bahr und der stellvertretende ČSSR-Außenminister Babacek ein Handels- und Zahlungsabkommen sowie ein Abkommen über die Errichtung von Handelsmissionen unterzeichneten. Damit konnte ein vertragloser Zustand überwunden werden, nachdem das letzte Warenabkommen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR 1964 ausgelaufen war und Verhandlungen zu seiner Erneuerung im Jahre 1965 an der Einbeziehung Berlins in den Geltungsbereich des Abkommens gescheitert waren. Ungeachtet dessen war der deutsch-tschechoslowakische Handel auch nach dem Auslaufen des Handelsabkommens gestiegen. Gegenüber dem ursprünglichen Entgegenkommen der Prager Regierung zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Anfang 1967 betrachtet die Bundesregierung die mit dem Abkommen vom 3. August getroffene Regelung nur als eine Zwischenlösung, von der allerdings niemand sagen kann, wie lange sie andauern wird. Die deutsche Vertretung in Prag ist, entgegen der ursprünglichen deutschen Absicht, nicht mit vollen konsularischen Rechten ausgestattet. Die umstrittene Berlin-Klausel ist mit einer geheimgehaltenen Regelung gelöst worden. Für die Gesamtkonzeption der Bundesregierung, die Aufnahme der vollen Beziehungen zu allen ost- und südosteuropäischen Staaten, hat die Prager Vereinbarung zunächst einen gewissen Stillstand gebracht. Wurde früher in den südosteuropäischen Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als wichtigster Teil der Normalisierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik aufgefaßt, so steht heute unter dem Druck der Ostberliner Kritik an dieser Position an erster Stelle die Forderung an die Adresse der Bundesregierung, ihren Alleinvertretungsanspruch aufzugeben. Nach vielseitigen Konsultationen gelang es Ostberlin, die ost- und südosteuropäischen Staaten auf seinen Standpunkt festzulegen, so auf der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes in Warschau vom 8. bis 10. Februar 1967 und auf einer Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien vom 24. bis 26. April 1967 in Karlsbad. Gegenüber der nach außen demonstrierten Einigkeit offenbarten die Ausführungen der Vertreter der einzelnen Staaten und Parteien auf diesen Konferenzen jedoch auch differenzierte Standpunkte. Zudem waren die Kommunistische Partei Rumäniens und der Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf der Karlsbader Konferenz überhaupt nicht vertreten. Es zeigt sich, daß Ulbricht auf eine bedingungslose Unterstützung seiner Politik im Hinblick auf die Beziehungen zur Bundesrepublik nur noch in Warschau rechnen kann. Durch eine Reihe zweiseitiger Pakte zwischen Ostberlin und den ost- und südosteuropäischen sozialistischen Staaten ist die Aufnahme di-

plomatischer Beziehungen Bonns zu diesen Staaten zunächst allerdings erschwert worden. In den Hauptstädten Südosteuropas sieht man mit Interesse nach Belgrad und die Entwicklung der Kontakte zwischen dort und Bonn. Werden sich diese Beziehungen normalisieren lassen, so ist jedoch daraus noch nicht zu schließen, daß die anderen Staaten bald nachzuziehen vermögen. Die Voraussetzungen und Bedingungen hierfür haben sich in jüngster Vergangenheit verschärft. Gewiß erfordert das große Interesse dieser Staaten an einer Ausweitung des Handelsverkehrs und einer Zunahme des Touristenstromes dringend auch die Verbesserung der politischen Beziehungen im Rahmen diplomatischer Vertretungen, zumal man sich in den Hauptstädten Südosteuropas der engen Verflechtung von Politik und Wirtschaft durchaus bewußt ist.<sup>69</sup> Um jeden Preis will man aber dieses Ziel auch nicht erreichen, da man auf die Bündnispartner im Warschauer Pakt und COMECON Rücksicht nehmen muß. Inwieweit freundschaftliche Gesten und die Berufung auf eine große Vergangenheit weder eine konstruktive Politik ersetzen noch auf der Gegenseite die politischen Bindungen plötzlich zu sprengen vermögen, das hat erst wieder der Besuch de Gaulles in Warschau gezeigt. Die Bundesrepublik ist in einer weit schwierigeren Position als Frankreich. Die traditionell guten wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit sind sicher ein guter Ansatzpunkt für die politische Aktivität, das wirtschaftliche Potential unseres Landes eine wertvolle Ergänzung der südosteuropäischen Industrialisierungsbestrebungen und die weltpolitische Entspannungsbewegung der Rahmen einer deutschen Südosteuropapolitik. Der Weg zu einer Normalisierung der außenpolitischen Beziehungen wird dadurch erleichtert, bleibt aber nach wie vor beschwerlich.

## V. Südosteuropa im System der internationalen politischen Beziehungen

Die Analysen der internationalen politischen Beziehungen Südosteuropas gingen von der Beobachtung aus, daß nun auch die kommunistisch regierten Länder dieses Raumes ihre eigenen Interessen wieder deutlicher artikulieren können und daß sie im Begriffe sind, wieder im vollen Sinne Subjekte der weltpolitischen Entwicklung zu werden. Dieser Differenzierungs-, Auflockerungs- und Verselbständigungsprozeß wird zwangsläufig dazu führen, daß die politischen Potenzen der einzelnen Staaten wieder in stärkerem oder sogar in vollem Ausmaße zur Geltung und ins Spiel kommen. Das aber bedeutet nichts anderes, als daß die alten ungelösten Fragen der politischen Konstellation innerhalb dieses Raumes und des Gesamttraumes in Bezug auf seine Umwelt erneut gestellt sind und eine Antwort erheischen. Die wichtigsten dieser Fragen seien daher zur Ab- runderung der vorstehenden Überlegungen vorgetragen:

Was bedeutet es, daß

1. in Südosteuropa kein Staat die anderen an Bevölkerungszahl, wirtschaftlichen Ressourcen und industriell-technischer Entwicklungshöhe so

- überragt, daß er zum Kristallisationskern eines spezifisch südosteuropäischen politischen Systems werden könnte, andererseits die Potentiale der Länder untereinander große Unterschiede aufweisen,
2. komplementär zu diesem Tatbestand die Nachbarländer Südosteuropas im Westen und Norden ( Italien, Deutschland und Rußland ) um ein Mehrfaches volkreicher sind, über große wirtschaftliche Ressourcen verfügen und sich zu Industrieländern der höchsten Stufe entwickelt haben,
  3. die politischen Interessen dieser Großvölker in Südosteuropa einander überschneiden und in der Vergangenheit zu vielerlei Interventionen, Kolonisationen, Hegemonien und Versuchen staatsvertraglicher und konföderaler Bindungen und Zusammenschlüsse geführt haben,
  4. die Sowjetunion gegenwärtig und voraussichtlich für die nächste Zukunft einen Teil Südosteuropas als eigenes Interventionsgebiet und als Nichtinterventionsraum für andere Mächte betrachtet,
  5. die politischen Systeme der sozialistischen Länder einander ähnlicher sind als die politischen Systeme nicht-sozialistischer Länder und daß sich die Staatsführungen dieser Länder dem sozialistischen Welt-system zugehörig betrachten,
  6. zwischen den südosteuropäischen Staaten latente und akute Spannungen bestehen, die hauptsächlich in der ethnischen Streulage wurzeln ( die umstrittensten Gebiete sind Mazedonien, Woiwodina, Siebenbürgen, Dobrudscha, Thrazien, Kosowo ),
  7. ethnisch und politisch-historisch bedingte Spannungen auch zwischen revisionistisch orientierten Ländern ( Ungarn, Bulgarien ) und anti-revisionistisch orientierten Ländern ( Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei ) bestehen,
  8. nur Jugoslawien als ethnisch saturiert gelten kann, während der ebenfalls antirevisionistisch orientierte Staat Rumänien starke ethnische Forderungen an die Sowjetunion zu stellen hat ( Bukowina, Bessarabien ),
  9. zwischen Griechenland und der Türkei aus ethnischen ( Zypern, Thrazien ) und aus Gründen einer historisch verwurzelten politischen Rivalität ein besonders heftiger und offener Spannungszustand herrscht,
  10. Ungarn aufgrund geschichtlicher ( Türken-Kriege ) und wirtschaftlich-politischer ( Integration des Donauraums ) Leistungen sich auch gegenwärtig wieder als Anreger und Führer zur Befriedung und Vereinigung in Südosteuropa aufgerufen fühlt,
  11. diesen Bestrebungen u. a. die rassistisch-kulturelle Verwandtschaft der Slawen einerseits, die Romanität der Rumänen wie die nicht-europäische Herkunft und nicht-indogermanische sprachliche Verwurzelung der Magyaren andererseits entgegenstehen,
  12. die politischen Systeme der südosteuropäischen Länder infolge innerer ethnischer Spannungen bei ungelöstem oder unzureichendem Föderalismus, zu geringen Erfahrungen in der parlamentarisch-demokratischen Regierungsweise, im Wandel begriffenen sozialistischen Regierungstechniken und ökonomischen Planungen relativ instabil sind,

13. fast alle Länder keine strategisch günstigen Grenzen besitzen,
14. alle Länder gegenwärtig einen stürmischen Industrialisierungsprozeß durchmachen, bei dem die überlieferte Agrarstruktur teils gewaltsam (Kollektivierung), teils freiwillig im Rahmen staatlicher Förderung abgebaut wird, und das gesamte soziale System tiefgreifende Wandlungen erfährt.

Es ist leicht zu erkennen, daß in diesen Fragen zahlreiche Daten und Merkmale enthalten sind, die man zumindest auf übersehbare Fristen als konstant betrachten kann, während andere dem Wandel unterworfen sind. Nicht minder offensichtlich ist die gegenseitige Abhängigkeit dieser Konstanten als Faktoren in einem System der internationalen Beziehungen, wie immer man dieses System definieren und abgrenzen mag. Die politische Wissenschaft hat sich neuerdings unter Zuhilfenahme kybernetischer Denkmodelle und Techniken mit der Analyse internationaler politischer Beziehungen zu befassen vorgenommen.<sup>70</sup> Sie strebt nach Lösungen typischer Konflikte und nach Vorhersagen typischer Entwicklungen. Südosteuropa bietet für solche Forschungen insofern einen geeigneten Fall als der Gedanke nahe liegt, daß dieser Raum ein eigenes internationales politisches Subsystem darstellt, und zwar ein Subsystem, das entweder einem dominierenden internationalen politischen System (z. B. sozialistisches Weltsystem) zu- und eingeordnet ist oder das sich zwischen rivalisierenden Weltsystemen (sowjetisches und amerikanisches Weltsystem im Sinne ihrer Bipolarität) als selbständiges System behauptet.

Ohne auf die Systemtheorie der internationalen Beziehungen näher eingehen zu können, sei vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen, aus den in den 14 Fragen enthaltenen Informationen einen Datenkatalog herauszuziehen, mit dem im Stile der "Inter-Nation-Simulation"<sup>71</sup> operativ vorgegangen werden kann. (Die INS ordnet die Daten im wesentlichen nach folgenden drei Gesichtspunkten: Leistungsfähigkeit der Staaten, interne Ansprüche ihrer Gesellschaften, Vorstellungen ihrer "decision-makers"). Das eigentliche Problem besteht in der Erarbeitung von Hypothesen, die einem operationalisierbaren Programm zugrunde gelegt werden können. Hier wird man sich an die politischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte halten müssen. In jedem Falle bedeutet ein solches Programm, daß die außerordentlich hohe Komplexität der internationalen politischen Beziehungen auf ein möglichst kleines Muster realisierbarer Kombinationen reduziert werden muß. Diese Reduktion ist nicht nur eine Forderung bei der Definition internationaler politischer Subsysteme, sie ist ein wesentliches Element aller Subsystemtheorien. Alle organisierten Systeme funktionieren, indem sie die Komplexität der Umwelt reduzieren. So lange Südosteuropa ein Teil des französischen Sicherheitssystems nach dem Ersten Weltkrieg war, wurde versucht, die Beziehungen zwischen den südosteuropäischen Staaten und des Gesamttraums in Bezug auf die europäischen Mächte auf das Verhältnis zwischen antirevisionistisch und revisionistisch orientierten Interessen zu reduzieren und entweder die anderen Faktoren auf diesen Gegensatz hin zu definieren oder zu vernachlässigen. Die wich-

tigsten Hypothesen für die Stabilität jenes Systems würde man folgendermaßen formulieren müssen :

1. Wenn sich die antirevisionistischen Staaten mit Frankreich verbünden, gewinnen oder verlieren sie an äußerer Sicherheit gegenüber den revisionistischen Staaten,
2. wenn sich die antirevisionistischen Staaten untereinander verbünden, verstärken oder schwächen sie die Spannungen mit den revisionistischen Staaten,
3. wenn sich die antirevisionistischen Staaten zusammenschließen, gewinnen oder verlieren sie an innerer Stabilität,
4. wenn sich die antirevisionistischen Staaten zusammenschließen, müssen sich auch die revisionistischen Staaten zusammenschließen oder nicht,
5. wenn sich die antirevisionistischen Staaten zusammenschließen und mit Frankreich verbünden, müssen auch die revisionistischen Staaten einen Zusammenschluß anstreben und sich mit einer anderen europäischen Macht verbünden oder nicht.

Wir sind bei diesen Hypothesen jeweils von einer bestimmten außenpolitischen Handlungsweise der antirevisionistisch orientierten Staaten ausgegangen; entsprechend können die Hypothesen für die revisionistisch orientierten Staaten gebildet werden. Man kann aber auch von den Minderheiten oder von der innerpolitischen Ordnung der einzelnen Staaten ausgehen und schließlich die Alternativen in den Positionen der einzelnen Staaten suchen, deren Interessen jeweils zu definieren sind. Wir hätten dann ein ganzes Bündel von Hypothesen, die zum Teil einander widersprechen, was ja durchaus den realen Verhältnissen entspricht. Je nachdem welche Variablen wir konstant halten, ergeben sich andere Kombinationen.

Untersucht man dagegen Südosteuropa im Hinblick auf die gegenwärtig verwirklichten sowjetrussischen Interessen und auf den durch ein dichtes Netz von Verträgen gestützten sowjetischen Paktmechanismus in Osteuropa<sup>72</sup>, so ergibt sich ein Satz ganz anderer Kombinationen und Hypothesen. Gleiches gilt für den Fall, daß man nach der Stabilität eines von den Großmächten weitgehend unabhängigen südosteuropäischen internationalen Systems sucht. Sofern es gelingt, für eines dieser oder weiterer der Realität noch besser angepaßter Konstrukte eine möglichst große Zahl von Hypothesen zu operationalisieren, durchzurechnen und in der Form von Bedingungssätzen auszudrücken, wäre dieses Ergebnis sodann mit den Trends der wirtschaftlichen Entwicklung zu konfrontieren, um herauszufinden, ob und wo sich die Interessen hierbei decken. Es versteht sich von selbst, daß es in allen Fällen dieser Operationalisierung darauf ankommt, die jeweiligen Daten für die einzelnen Länder in der Form von Skalenwerten auszudrücken, um sie quantifizierbar zu machen. Dergleichen läßt sich stets nur mit erheblicher Willkür praktizieren, ebenso wie die Auswahl der Kriterien einen entsprechenden Ermessensraum voraussetzt. Das Bedenkliche eines solchen Vorgehens wird jedoch durch die Erkenntnis gemildert, daß bei allen internationalen politischen Aktionen und Interaktio-

nen die beteiligten Staaten ihre eigenen Interessen und die Interessen ihrer Kontrahenten unter Vernachlässigung zahlreicher Faktoren auf verhältnismäßig kleine Nenner zu bringen pflegen und bringen müssen, um überhaupt handlungsfähig zu sein und zu bleiben. So dürfte die französische Politik in der Zwischenkriegszeit hinsichtlich der Interessen der antirevisionistischen südosteuropäischen Staaten lediglich deren Sicherheitsbedürfnis nach außen, deren Sorge um den Bestand im Inneren und deren Bevölkerungs- und Wirtschaftspotential berücksichtigt haben, nicht aber deren strategische Grenzsituation, deren Beziehungen zu anderen europäischen Mächten, deren wirtschaftliche Entwicklungsbedürfnisse, deren Spannungen aufgrund ethnischer Vielfalt und des slawisch-nichtslawischen Antagonismus. Dagegen müßte es das Ziel einer politikwissenschaftlichen Analyse auf der Grundlage systemtheoretischer Interdependenzen sein, nach Modellen für die Befriedigung möglichst vieler legitimer Interessen der beteiligten Staaten zu suchen. Die vorstehenden Ausführungen wollen als Anregung und Ermutigung zu solchen Untersuchungen verstanden werden.

## Anmerkungen

- 1 Näheres bei Franz Ronneberger, Probleme der nationalen Integration in Südosteuropa. In: Ostpädagogik, 13. 1966, Nr. 1, S. 3 ff.
- 2 Fritz Valjavec, Der Werdegang der Südostforschung und ihr gegenwärtiger Stand, Zur Geschichte und Methodik. In: Südostforschungen, München 6. 1941, S. 1-37; ders., Südosteuropa und der Balkan, Forschungsziele und Forschungsmöglichkeiten. In: Südostforschungen, München 7. 1942, S. 1-8; Georg Stadtmüller, Geschichte Südosteuropas, München 1950; zusammenfassend: Franz Ronneberger, Wandlungen im Verständnis Südosteuropas, Betrachtungen über Gegenstand und Aufgabe der Südosteuropaforschung in Abhängigkeit von politischen und sozialen Konstellationen. In: Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung. Grundlagen und Erkenntnisse. = Südosteuropa-Schriften Bd. 4, München 1963, S. 9-34.
- 3 Vgl. die Literaturhinweise in Anmerkung 2. Es genüge der Hinweis, daß der Mitteleuropabegriff am stärksten auf die Integration Deutschlands mit Südosteuropa abgestellt war, während der Donauraumbegriff die österreichischen und der Donaueuropabegriff die ungarischen Interessen zum Ausdruck brachte.
- 4 Vgl. Franz Ronneberger, Bismarck und Südosteuropa, Berlin 1941. = Veröffentlichungen d. Deutsch. Auslandswissenschaftl. Instituts Bd. 9.
- 5 Der Begriff Zwischeneuropa stammt von Albrecht Penck und umfaßt den gesamten Klein- und Mittelvölkerraum von Finnland bis an die Ägäis. Hierzu noch immer aufschlußreich: Giselher Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932.
- 6 Vgl. Karl Christian von Loesch und Wilhelm Emil Mühlmann, Die Völker und Rassen Südosteuropas, Berlin 1943, S. 8 ff.
- 7 Helmut Böttner, England greift nach Südosteuropa, Wirtschaftlicher Tatbestand und Folgerungen, Wien-Leipzig 1939. Diese zwar kriegsbedingt tendenzielle Darstellung ist aber noch immer hinsichtlich der Zusammenstellung über die englischen Interessen im Mittelmeer und in Bezug auf Südosteuropa heranzuziehen.
- 8 Franz Thierfelder, Der Balkan als kulturpolitisches Kraftfeld, Zwischenstaatliche Propaganda und geistiger Austausch in Südosteuropa, Berlin 1940. = Schriftenreihe d. Deutsch. Akademischen Austauschdienstes Bd. 5. Der Verfasser stellt vor allem die französische Kulturpolitik dar, und zeigt, wie sich die französische Vorherrschaft auf einen

- geistigen Anspruch stützen kann (Geltung der französischen Sprache). Dieser Anspruch reicht im Orient weit zurück in die osmanische Herrschaft. Das Kapitel über die englische Kulturpolitik trägt bezeichnenderweise die Überschrift "Der englische Einfluß als politischer Schachzug" (S. 53).
- 9 Vgl. Joachim Kühl (Pseud. für Hans-Joachim Beyer), Föderationspläne im Donaauraum und in Ostmitteleuropa, München 1958. = Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, hrsg. v. Südost-Institut München, 2.
  - 10 Die Literatur über diese politischen Vorgänge in Südosteuropa ist noch immer unzureichend. Es liegen einige völkerrechtliche Untersuchungen vor, eine zusammenfassende Darstellung fehlt jedoch. Man muß daher trotz seines feuilletonistischen Charakters immer wieder auf das Werk von Egon Heymann, Balkan, Kriege, Bündnisse, Revolutionen, 150 Jahre Politik und Schicksal, Berlin 1938, zurückgreifen. Entstehung und Organisation der Kleinen Entente, des Balkanpakts, der Römischen Protokolle und der Donauföderationspläne werden dort anhand von Pressenachrichten und eigenen Beobachtungen (Heymann war Korrespondent deutscher Zeitungen in Belgrad) übersichtlich dargestellt.
  - 11 Hierzu noch immer die materialreiche Darstellung von Gilbert In der Maur, Die Jugoslawen einst und jetzt, 3 Bände, Leipzig-Wien, 1936, 1938. Der Verfasser hat die damals vorliegende politische Literatur eingehend ausgewertet. Sein prinzipielles Eintreten für die jugoslawische Sache trübt seinen Blick für die Realitäten nicht.
  - 12 Eine Übersicht der faschistischen Bestrebungen in Osteuropa, ihre einheimischen und auswärtigen Wurzeln, gibt Martin Broszat in: Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Inst. f. Zeitgeschichte München, hrsg. v. Hans Rothfels u. Theodor Eschenburg, Stuttgart, 14. 1966, H. 3, 225 ff. Er weist mit Recht darauf hin, daß die negativen Erfahrungen dieser Länder mit der Einführung moderner parlamentarisch-demokratischer Regierungsformen sowie die großen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Entstehen diktatorischer und faschistischer Regimes begünstigten, zumal der wirtschaftliche und politische Aufschwung in Italien und Deutschland die Effektivität solcher Systeme zu bestätigen schien. Broszat zeigt aber auch die Widersprüche und Zwiespältigkeiten der deutsch-italienischen Politik gegenüber den südosteuropäischen Staaten und den faschistischen Bestrebungen in ihnen.
  - 13 Vgl. vor allem Curt Gasteyer, Sozialistischer Internationalismus und Integration, Völkerrechtliche Strukturprobleme des Ostblocks. In: Jahrbuch für Ostrecht, München IV. 1963, 1. Halbjahresheft, S. 117-140. Ferner: Zbigniew K. Brzezinski, Der Sowjetblock, Einheit und Konflikt, Köln-Berlin 1962 (Aus dem Amerikanischen v. Karl Römer); Boris Meissner, Das bilaterale Paktsystem der Sowjetunion in Osteuropa.

- In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift "Das Parlament", Bonn Nr. 2, 1966; Jens Hacker und Alexander Uschakow, Die Integration Osteuropas 1961-1965, Köln 1966. =Dokumente zum Ostrecht Bd. 6.
- 14 Einer der besten westlichen Kenner Osteuropas, der Engländer Hugh Seton-Watson, legt mit seinem 1949 entstandenen, 1950 in England und 1956 in deutscher Übersetzung erschienenen Werk: Die osteuropäische Revolution, München, Zeugnis für die Radikalität des Umbruchs ab, wie er sich damals darstellte.  
Unter den weiteren Darstellungen sei besonders auf das von Ernst Birke und Rudolf Neumann herausgegebene Sammelwerk: Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas 1945-1957, Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern,( Bd. 1) Frankfurt 1959, hingewiesen.
- 15 Vgl. hierzu Alfred Fischel, Der Panslawismus bis zum Weltkrieg, Ein geschichtlicher Überblick, Stuttgart 1919.
- 16 Nochmals Seton-Watson, a. a. O., S. XI, weist darauf hin, daß " Das ganze Programm. . . . in den Reden und Aufsätzen der prominenten Sowjet- und Kominternmänner der Zwanzigerjahre enthalten " ist.
- 17 Neben der bereits genannten Literatur sei auf Lefton Stavros Stavrianos, The Balkan since 1453, New York 1958, hingewiesen, ferner auf Otto Forst de Battaglia, Zwischeneuropa von der Ostsee bis zur Adria, Frankfurt 1954; Eugen Lemberg, Osteuropa und die Sowjetunion, Geschichte und Probleme, Ein Beitrag zur deutschen Ostkunde, 2. durchges. u. wesentl. erw. Aufl. Salzburg 1956; sowie auf den Band Jugoslawien, Osteuropa-Handbuch Bd. 1, hrsg. v. Werner Markert, Köln-Graz 1954.  
Einige Hinweise lassen sich auch den mehr journalistisch orientierten Untersuchungen entnehmen. Wolfgang Bretholz, Ich sah sie stürzen, München 1955; Hendrik van Bergh, Die rote Springflut, München, 2. Aufl. 1958; von den Länderdarstellungen sei lediglich auf die Untersuchungen von Otto Rudolf Liess, Ungarn zwischen Ost und West, Wien-Stuttgart 1964, hingewiesen.
- 18 Vgl. Edgar O' Ballance, The Greek Civil War, 1944-1949, London 1966, insbesondere S. 179 ff.
- 19 Vgl. Hermann Gross, Ergebnisse und Probleme des COMECON. In: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, Südost-Institut München, 16, 1967, Nr. 4-5, S. 49-59; ferner Gotthold Rhode, Politische und soziale Probleme einer Integration in den Ostblockländern Ostmitteleuropas. In: Ostblock, EWG und Entwicklungsländer, hrsg. v. Erik Boettcher, 3. Auflage, Stuttgart 1964, S. 22-50; R. Ketz, Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe -Koordination oder Subordination im COMECON, Erlangen 1964.

- 20 Der Beschluß des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien (Kominform) vom November 1949 hatte die Kommunistische Partei Jugoslawiens als "faschistisches Regime in völliger Abhängigkeit von den ausländischen imperialistischen Kreisen" bezeichnet. Die jugoslawischen Kommunisten hielten sich gegenüber dieser Polemik jedoch zurück. Ihre nüchterne Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik wurde auf dem VI. Kongreß der KPJ (1952) in wenigen Sätzen zusammengefaßt: "Kennzeichnend für die heutige internationale Lage ist die Rolle der Sowjetunion als neue aggressive imperialistische Macht, die Anspruch auf die Welthegeemonie erhebt. Die aggressive Hegemoniepolitik der Sowjetregierung äußert sich besonders gegenüber dem sozialistischen Jugoslawien" (Resolution des VI. Kongresses der KPJ, zit. in: Günther Hillmann, Selbstkritik des Kommunismus, Texte der Opposition Hamburg 1967, S. 159)  
Vladimir Dedijer charakterisiert in: Tito, Biographie, Berlin 1953, S. 249, den Bruch zwischen Moskau und Belgrad als einen "Konflikt zwischen zwei verschiedenen Auffassungen über die Beziehungen der Staaten untereinander."
- 21 Das Entgegenkommen der jugoslawischen Regierung gegenüber den außenpolitischen Vorstellungen der Sowjetunion gegen Ende 1957 (Anerkennung der DDR am 10. Oktober 1957 als markantes Beispiel) wurde von sowjetischer Seite nicht honoriert. Der Programmentwurf des BKJ forderte erneut den Anspruch der KPdSU auf ihre Führungsrolle im Weltkommunismus heraus. Vgl. Carl Gustaf Ströhm, Belgrad und Moskau vor und nach dem Laibacher Kongreß. In: Osteuropa, Hrsg. Dt. Gesellschaft f. Osteuropakunde, Stuttgart 8. Jg. 1958, H. 7/8, S. 522-533.
- 22 Das Programm der KPdSU von 1961, das den abweichenden ideologischen Strömungen innerhalb der kommunistischen Bewegung den Kampf ansagt, nennt in seinem scharfen Angriff gegen den "Revisionismus" als einzige Partei den BdKJ beim Namen: "Unter den heutigen Bedingungen ist die Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung der Revisionismus, der Rechtsopportunismus als Widerspiegelung des bürgerlichen Einflusses.... Ihre vollste Verkörperung hat die Ideologie des Revisionismus im Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gefunden." (Perspektiven der sowjetischen Politik, Der XXII. Parteitag und das neue Parteiprogramm, Eine Dokumentation, hrsg. u. komm. v. Curt W. Gasteyer, Köln und Berlin 1962, S. 169 f.). In merkwürdigem Gegensatz zu dieser Feststellung stehen die sich unmittelbar daran anschließenden Sätze des Parteiprogramms: "Die kommunistischen Parteien sind unabhängig und arbeiten ihre Politik aufgrund der konkreten Verhältnisse ihrer Länder aus. Sie gestalten ihre Beziehungen zueinander auf der Gleichberechtigung, den Prinzipien des proletarischen Internationalismus." (ebda., S. 170)
- 23 Aus der Fülle der über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Osteuropa erschienenen Arbeiten soll hier nur auf vier Autoren hinge-

wiesen werden:

Michael C. Kaser, COMECON, Integration Problems of the Planned Economies, London, New York, Toronto 2. ed. 1967. K. gibt einen Überblick über Geschichte, Organisation und die ökonomischen Probleme der Integrationsbestrebungen innerhalb des COMECON. Die wichtigsten Daten der Zusammenarbeit, Entwicklung und der statuarischen Grundlagen der Organisation sind im Anhang zusammengefaßt.

Alexander Uschakow, Die wirtschaftliche Integration Osteuropas, Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) 1961-1965. In: Jens Hacker, Alexander Uschakow, Die Integration Osteuropas 1961 bis 1965, Köln 1966, S. 93-323. =Dokumente zum Ostrecht Bd. 6. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Darstellung der Verfassung des COMECON. Ein umfassender Dokumententeil gibt Aufschluß über die Struktur und Entwicklung der multilateralen Zusammenarbeit der COMECON-Staaten.

Zur ökonomischen Problematik der Integration und zu dem heutigen Entwicklungsstand der Außenhandelsverflechtung und Arbeitsteilung innerhalb des COMECON vgl. Hermann Gross, Ergebnisse und Probleme des COMECON, a. a. O., sowie Werner Gumpel, Fortschritte und Grenzen der Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. In: Osteuropa-Wirtschaft, Hrsg. Dt. Gesellschaft f. Osteuropakunde, Stuttgart, 12. Jg., H. 3, Oktober 1967, S. 208-231.

- 24 Von kommunistischer Seite sprach zum ersten Mal Togliatti in seinem Jalta-Memorandum von den nationalistischen Bestrebungen in den sozialistischen Ländern. "Eine Tatsache, die uns Sorgen bereitet und die wir uns nicht vollständig erklären können, ist das Auftreten einer zentrifugalen Tendenz unter den sozialistischen Ländern. ... Dabei spielt zweifellos ein wiederauflebender Nationalismus eine Rolle. Wir wissen aber, daß das Nationalgefühl auch nach der Eroberung der Macht noch für lange Zeit eine Konstante der sozialistischen und Arbeiterbewegung bleibt. Die wirtschaftlichen Fortschritte löschen es nicht aus, sondern geben ihm Nahrung." (Ostprobleme, Köln, 16, 1964, S. 656).
- 25 In der "Deklaration der Regierungen der UdSSR und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien vom 2. Juni 1955" wird als eines der Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen den Völkern von beiden Regierungen anerkannt: "... keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten aus welchen Gründen -wirtschaftlicher, politischer oder ideologischer Natur- immer, da die Fragen der inneren Ordnung, der Unterschiede im gesellschaftlichen System und der Unterschiede in den konkreten Entwicklungsformen des Sozialismus ausschließlich Angelegenheit der Völker der betreffenden Länder sind." (zit. in: Ernst Halperin, Der siegreiche Ketzler, Titos Kampf gegen Stalin, Köln 1957, S. 388).

- 26 Ursachen und Entwicklung des sowjetisch-chinesischen Streits sind in der Literatur ausführlich dargestellt worden. Die folgenden Hinweise können darum nur einen Ausschnitt aus der großen Zahl der Arbeiten zu diesem Thema wiedergeben.  
Kurt L. London (Ed.), *Unity and Contradiction, Major Aspects of Sino-Soviet Relations*, New York 1962;  
Edward Crankshaw, *Moskau-Peking oder der neue Kalte Krieg*, Reinbek 1963 (*The new cold war, Moscow v. Peking*, Harmondsworth/Middlesex 1963);  
Harry Hamm und Joseph Kun, *Das rote Schisma*, Köln 1963. = *Aktuelle Studien*, Hrsg. Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus, Bd. 2;  
Helmut Reuther (Hrsg.), *Moskau-Peking*, Olten-Freiburg/Br. = *Schriftenreihe der Akademie Kontakte der Kontinente* Bd. 1;  
Heinz Brahm, *Pekings Griff nach der Vormacht*, Köln 1966.
- 27 Carl Gustav Ströhm, *Zwischen Mao und Chruschtschow, Wandlungen des Kommunismus in Südosteuropa*, Stuttgart 1964, S. 160.
- 28 Ebenda
- 29 Zur Partisanentradition der chinesischen kommunistischen Partei vgl. Richard Löwenthal, *Chruschtschow und der Weltkommunismus*, Stuttgart 1963, S. 92 f.
- 30 Während in den ersten Nachkriegsjahren eine bulgarisch-jugoslawische Verständigung im Rahmen einer Konföderation realisierbar erschien und Stalin selbst dem zustimmte (s. Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin*, Frankfurt, Wien, Zürich 1963, S. 210 ff.), wurden die jugoslawischen Kommunisten nach dem Ausschluß ihres Landes aus dem Ostblock von Seiten der bulgarischen KP hart angegriffen. Im Zentrum der Angriffe stand immer wieder die mazedonische Frage. Der Anspruch Jugoslawiens, allein in der VR Mazedonien die nationale Eigenart und Selbständigkeit des mazedonischen Volkes gesichert zu haben, trug nur zur Verschlechterung der bulgarisch-jugoslawischen Beziehungen bei. Nach der Wiederannäherung Jugoslawiens an den Ostblock wurde die beiderseitige Polemik weitgehend eingestellt. Die Gegensätze aber sind geblieben, wenn sie jetzt auch in der politischen Aktivität nur hindurchschimmern. Vgl.: *Die autokephale Mazedonische Kirche - ein Akt der nationalen Verselbständigung*. In: *Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa*, Südost-Institut München, 16. 1967, H. 8; *Minderheiten werden zum Sprengstoff*. In: *Christ und Welt*, Stuttgart v. 16. 12. 1966; Th. Ross, *Der Joker im Spiel der Balkanpolitik*. In: *FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)*, Frankfurt a. M. v. 17. 12. 1966.
- 31 Vgl. *Osteuropa und der Atomsperrvertrag*. In: *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich v. 26. März 1967; *Rumänien überrascht in Genf, Eigener Sperrvertragsentwurf Bukarests befremdet die Supermächte*. In:

Handelsblatt, Düsseldorf v. 20./ 21. Oktober 1967.

- 32 Die Entwicklung der sowjetisch-albanischen Beziehungen ist ausführlich dargestellt bei William E. Griffith, *Albania and the Sino-Soviet Rift*, Cambridge ( Mass. ) 1963. = *Studies in International Communism*. Massachusetts Inst. of Technology Center for International Studies. Ein umfangreicher Dokumententeil umfaßt die wichtigsten sowjetischen und albanischen Verlautbarungen zu den gegenseitigen Beziehungen bis zum Jahre 1962. Vgl. auch William E. Griffith, *Albania: An Outcast's Defiance*. In: *Problems of Communism*, XI, Mai / Juni 1962; Harry Hamm, *Rebellen gegen Moskau, Albanien-Pekings Brückenkopf in Europa*, Köln 1962; Die sich aus dem sowjetisch-albanischen Konflikt ergebende wirtschaftliche Abhängigkeit und Verflechtung Tiranas mit Peking ist bei Jan S. Prybyla dargestellt, *Albanien: Wirtschaftsvasall Chinas*. In: *Osteuropäische Rundschau*, München 13. Jg., H. 5, Mai 1967, S. 17-20.
- 33 In einer Unterredung mit jugoslawischen Parteiführern ermunterte Stalin Jugoslawien zur Annektion Albaniens! ( vgl. Djilas, a.a.O. S. 173 ).
- 34 Vgl. Raymond Aron, Über den Polyzentrismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Zeitschrift "Das Parlament", Bonn, 16. Jg. 1966, Nr. 9, S. 9-15.
- 35 Vgl. den Text des Memorandums in: *Ostprobleme*, Köln 16, 1964, S. 650 ff. und Robert Fritz Lamberg, *Das politische Testament Palmiro Togliattis*. In: *Außenpolitik*, Zeitschrift für internationale Fragen, Stuttgart 15. 1964, H. 12, S. 849-856.
- 36 Gegenüber dieser engen wirtschaftlichen Verflechtung der osteuropäischen Staaten untereinander fällt ein außerordentlich geringer Anteil des Westens am Außenhandel der Ostblockländer ins Auge, der vor allem auf die grundlegenden Unterschiede der Wirtschafts- und Außenhandelssysteme zwischen Ost und West zurückzuführen ist. Vgl. dazu Hermann Gross, *Wirtschaftssysteme und Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Staaten*. In: *Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsprobleme*, Südosteuropa-Jahrbuch 7. Bd., München 1966, S. 1-14.
- 37 Vgl. Viktor Meier, *Nationalismus in Osteuropa*. In: *Der Monat*, 19. Jg., Juni 1967, H. 225; J.F. Brown, *The New Eastern Europe*, London 1966, S. 202 ff. ; Raymond Aron, *Über den Polyzentrismus*, a. a. O. ; Andrew Gyorgy, *Die Rolle des Nationalismus in Osteuropa, Von der Einheit zum Polyzentrismus*. In: *Osteuropa*, Hrsg. Dt. Gesellschaft f. Osteuropakunde, Stuttgart 16. Jg. 1966, S. 113-127. Interessante Ergänzungen zu diesen speziellen Arbeiten über die Rolle des Nationalismus in den ost- und südosteuropäischen Ländern bieten Untersuchungen über Wandlungen der Herrschafts- und Sozial-

- struktur von Martin Jänicke, Monopolismus und Pluralismus im kommunistischen Herrschaftssystem. In: Zeitschrift für Politik, Hochschule für Politische Wissenschaften München, Jg. 14 (N.F.), H. 2, Juni 1967, S. 150-161; Boris Meissner, Totalitäre Herrschaft und sozialer Wandel in der Sowjetunion. In: Moderne Welt, Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung, Köln 7. Jg. 1966, H. 3, S. 272-282.
- 38 "Die Partei verwandelt sich von einer usurpatorischen Verschwörerorganisation in eine Gemeinschaft der patriotischen Elite, wenigstens der Tendenz nach. Unter diesen Umständen werden aus dem kommunistischen Regime allmählich 'gewöhnliche' autoritäre Regierungen, wie sie auch in anderen Teilen der Welt bekannt sind. Durch die praktischen Notwendigkeiten oder durch den Generationswechsel verbreitert sich die Basis dieser Regime ständig; die Kollaboration mit dem Regime verliert das Merkmal der moralischen Diskreditierung." (Viktor Meier, Nationalismus in Osteuropa, a. a. O., S. 21).
- 39 Die seit wenigen Jahren aus dem Stadium zuerst theoretischer Diskussionen in die Phase der Verwirklichung getretenen Veränderungen der Planungs- und Lenkungssysteme der Volkswirtschaften in Osteuropa zeigen interessanterweise eine unterschiedliche Intensität und Ausprägung in den einzelnen Ländern. Nicht zu unterschätzen sind hierbei die psychologischen Wirkungen, die von diesen Reformen auf die politischen Strukturen dieser Länder ausgehen werden, indem das Ziel der Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse in Wirtschaft und Verwaltung in Gegensatz zum Anspruch der Partei auf allseitige ideologische Durchdringung und Leitung des Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesses tritt. In den bisherigen westlichen Veröffentlichungen zu den Wirtschaftsreformen ist dieser Zusammenhang gar nicht berücksichtigt oder nur gestreift worden.
- 40 Vgl. Richard V. Burks, Rumäniens nationale Abweichung. In: Osteuropa, Hrsg. Dt. Gesellschaft f. Osteuropakunde, Stuttgart 16. Jg. 1966, H. 5/6, S. 314-328; George G. Ionescu, Rumäniens Unabhängigkeitsbestrebungen. In: Osteuropa, Hrsg. Dt. Gesellschaft f. Osteuropakunde, Stuttgart 16. Jg. 1966, H. 5/6, S. 300-313; Matei Corvinul, Politik der Unabhängigkeit. In: Ostprobleme, Köln 18. Jg. 1966, Nr. 17, S. 514-520; Erklärung zum Standpunkt der Rumänischen Arbeiterpartei in den Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, angenommen auf dem erweiterten Plenum des ZK der RAP vom April 1964. In: Sînteia, Bucureşti 26. 4. 1964, auszugsweise übersetzt in: Ostprobleme, Köln 16. Jg. 1964, S. 447-450; J. F. Brown, Rumänien - der unbotmäßige Verbündete. Die rumänische Außenpolitik im Laufe des Jahres 1967. In: Europa-Archiv, Bonn 22. Jg., 25. Dezember 1967, 24. Folge, S. 875 ff.

- 41 Auf dem IV. Parteitag der RAP im Jahre 1965 wurde die Partei in Rumänische Kommunistische Partei (RKP) umbenannt, um ihre Gleichberechtigung mit den kommunistischen Parteien der anderen sozialistischen Staaten zu demonstrieren.
- 42 Vgl. hierzu Matei Corvinul, a. a. O.
- 43 Zu den balkanpolitischen Vorstellungen der Rumänen und ihren neueren Initiativen zur Bildung einer Interessengemeinschaft der Balkanvölker vgl. Die rumänische Balkanpolitik. In: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, Südost-Institut München, H. 8. August/September 1966, S. 126 ff.
- 44 Vgl. Alexander Uschakow, Die wirtschaftliche Integration Osteuropas - Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON), 1961 bis 1965, a. a. O., S. 106 ff.
- 45 Siehe Alexander Uschakow, a. a. O., Dokumententeil, S. 230.
- 46 Die am 12. Juni 1964 von Viata Economica veröffentlichte Stellungnahme trägt den Titel "Konzeptionen, die den Grundsätzen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern widersprechen." Zusammenfassend heißt es darin: "Bei Verwirklichung dieser Pläne würde Rumänien als Staat und das rumänische Volk als Nation durch einfache administrative Mittel unter dem Vorwand wirtschaftlicher Notwendigkeit im Namen pseudo-marxistisch-leninistischer Überlegungen liquidiert werden." (Archiv der Gegenwart, Bonn, v. 19. 6. 1964, 11285).
- 47 In: Scînteia, Bucureşti v. 12. September 1965, zit. bei M. Corvinul, a. a. O., S. 518 (Fußnote).
- 48 In: Scînteia, Bucureşti v. 16. Juli 1965, zit. bei M. Corvinul, a. a. O., S. 517.
- 49 Neue Zürcher Zeitung, Zürich vom 16. 5. 1966, S. 2.
- 50 Vgl. Harald Laeuen, Osteuropäische Geschichtsrevision im Zeichen des Polyzentrismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift "Das Parlament", Bonn 14. Jg. 1964, Nr. 32, S. 26 f.
- 51 Zur Geschichte und Problematik dieser Frage vgl. Albin Eissner, Rumäniens Anspruch auf Bessarabien und Bukowina. In: Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, Stuttgart 17. Jg. 1966, S. 496-502.
- 52 Vgl. Viktor Meier, Rumänien auf dem Wege der Emanzipation. Die Politik der nationalen Positionsaufwertung innerhalb des "sozialistischen Lagers". In: Europa-Archiv, Bonn 20. Jg. 1965, H. 13, S. 496 f.

- 53 Die wichtigsten Änderungen des am 28. 6. 1965 vom ZK-Plenum der RKP angenommenen Verfassungstextes gegenüber der Verfassung der Volksrepublik Rumänien vom 24. 9. 1952 sind in Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, Südost-Institut München, H. 6/7 (Juni/ Juli) 1965, S. 82-84, aufgeführt. Vgl. auch: M. Cismarescu, Zum rumänischen Parteitag. In: Ostprobleme, Köln 17. Jg. 1965, Nr. 16, S. 501 ff.
- 54 Vgl. FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Frankfurt a. M. v. 24. Juli 1967.
- 55 Vgl. Walter Schütze, Die Ostpolitik Frankreichs. In: Europa-Archiv, Bonn 20. Jg. 1965, Folge 5, S. 166-174; Zbigniew K. Brzezinski, Alternative zur Teilung, Köln u. Berlin 1966, S. 136-148; Pierre Hassner, Polyzentrismus in Ost und West. In: Europa-Archiv, Bonn 21. Jg. 1966, Folge 14, S. 495 ff.; Wege nach Gesamteuropa, Dokumentation der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa 1943-1965, Köln 1966, Dokumente 54-57 (Auszüge aus Pressekonferenzen General de Gaulles und Reden Couve de Murvilles), S. 162 ff.
- 56 Frankreich lieferte an Rumänien zwei Zuckerraffinerien, zwei Ölraffinerien, eine Fabrik zur Herstellung von Radio- und Fernsehgeräten und verschiedene Einrichtungen für die Glas-, Kunststoff-, Papier- und Chemikalienproduktion.
- 57 Enge Kontakte der KPI ergaben sich besonders zu den jugoslawischen Kommunisten. Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der KPI und dem BdKJ ist die weitgehende Übereinstimmung in ideologischen Fragen und in der Beurteilung der weltpolitischen Situation (vgl. Communiqué der Belgrader Besprechungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei Italiens vom 22. Januar 1964. In: Internationale Politik, Belgrad 15. Jg., H. 332 v. 5. Februar 1964, S. 23-25). Einen starken Einfluß auf das Verhältnis der KPI zu den kommunistischen Parteien Südosteuropas hatte deren Generalsekretär Palmiro Togliatti. In einer Erklärung zum Tode Togliattis vom 22. August 1964 hob Tito hervor: "Er war einer der seltenen Funktionäre innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung, der in der Dynamik dernach dem letzten Krieg eingetretenen Ereignisse erkannt hat, daß das Proletariat jedes Landes seinen Kampf den inneren Bedingungen des eigenen Landes anpassen muß." (In: Internationale Politik, Belgrad, 15. Jg., H. 346 v. 5. September 1964, S. 27).
- 58 Die bilateralen Handelsbeziehungen standen auch im Mittelpunkt der Gespräche von Außenminister Amintore Fanfani mit seinem rumänischen Kollegen Manescu im August 1967 in Bukarest. Nach der Bundesrepublik steht Italien an zweiter Stelle unter Rumäniens westlichen Handelspartnern. Manescu und Fanfani unterzeichneten ein Konsular- und ein Kulturabkommen, eine Vereinbarung über die Koproduktion von Filmen und einen Vertrag über die Einrichtung von Reisebüros in Rom und Bukarest.

- 59 Vgl. zu diesem Abschnitt Robert Bass, Die Vereinigten Staaten und Osteuropa, Erfahrungen und Möglichkeiten der amerikanischen Politik. In: Europa-Archiv, Bonn 20. Jg. 1965, Folge 10, S. 383 ff.; Zbigniew K. Brzezinski u. William E. Griffith, Peaceful Engagement in Eastern Europe. In: Foreign Affairs, Council of Foreign Relations, New York, Vol. 39, 1960/61, No. 4, Juli 1961, S. 642 ff.; Zbigniew K. Brzezinski, Alternative zur Teilung, a. a. O., S. 149 ff. Fritz Theodor Epstein, Der Wandel im Europabild Amerikas. In: Westintegration und Osteuropa, hrsg. von A. Domes, Köln 1965, S. 201 ff.
- 60 Ralph Vaughn, Der amerikanische Osthandel. In: Osteuropäische Rundschau, München Jg. 12. 1967, H. 4, S. 21. Die amerikanischen Ausfuhr nach den Ostblockländern beliefen sich im Zeitraum 1960-1963 auf 155 Mill. Dollar pro Jahr. Die jährlichen Einfuhren der Vereinigten Staaten aus dem Ostblock betragen in der Periode 1960-1964 nur 84 Mill. Dollar. Den Hauptteil daran hatten die Agrarerzeugnisse, die 1964 etwa 80 v.H. des US-Exports nach dem Ostblock und über 50 v.H. des US-Imports aus diesem ausmachten. (vgl. ebda.).
- 61 In einer Rede zur Errichtung der Gedenkbibliothek für General Marshall erklärte Präsident Johnson am 23. Mai 1964 in Lexington: "Wir werden weiterhin Brücken schlagen über den Abgrund, der uns von Osteuropa trennt." (Ein Auszug dieser Rede ist enthalten in: Wege nach Gesamteuropa, a. a. O., Dok. 49, S. 148/149). Bewußt knüpfte Johnson an die Zielsetzung des amerikanischen Aufbauprogrammes für Westeuropa nach dem II. Weltkrieg an. Von deutscher Seite ist dieser Gedanke von Wenzel Jaksch und dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, aufgenommen worden (vgl. Denkschrift von Wenzel Jaksch, Westeuropa, Osteuropa, Sowjetunion, Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Eine politisch-wirtschaftliche Studie. In: Wege nach Gesamteuropa, a. a. O., Dok. 98, S. 308 ff.; Text des Memorandums von Brandt in: FAZ v. 26. Januar 1965, S. 5).
- 62 Die Ziele und Mittel der neuen amerikanischen Ost- und Südosteuropapolitik sind in einer Erklärung von Staatssekretär W. Averell Harriman vor einem Unterausschuß des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses am 10. März 1964 charakterisiert worden. Vgl. Wege nach Gesamteuropa, a. a. O., Dok. 47, S. 143 f.
- 63 Die Vereinigten Staaten werden ihre Politik der Annäherung an die ost- und südosteuropäischen Staaten in Zukunft auch mehr als bisher auf den Wandel abstellen müssen, der sich im Rahmen der westeuropäischen Einigungsbestrebungen und der atlantischen Allianz abzeichnet. Vgl. Robert Bass, Die Vereinigten Staaten und Osteuropa, a. a. O., S. 385.

- 64 Vgl. Eberhard Schulz, Prag und Bonn, Politische Belastungen im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis. In: Europa-Archiv, Bonn 22.Jg. 1967, H. 4, S. 115-124. Schulz kommt zu der Feststellung, daß es bei der Erörterung des Deutschland-Problems für die Tschechen heute nicht mehr um die Frage des Sudetenlandes gehe. "Dieses Problem ist für sie 'gelöst', nachdem sie das Gebiet 1945 zurückerhalten und die Mehrzahl der dort lebenden Deutschen ausgetrieben haben. ... Die Prager Führung hingegen fürchtet für die Existenz ihres Staates." (S. 120).
- 65 Wenn auch die deutsche Ausfuhr nach Jugoslawien in den Jahren nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen ständig zunahm, so hat sich demgegenüber die jugoslawische Ausfuhr nach der Bundesrepublik nicht im gleichen Maße entwickeln können, was die Jugoslawen neben den Konsequenzen aus der Herausbildung des Gemeinsamen Marktes vor allem auch auf die fehlenden politischen Beziehungen zurückführten. Vgl. P. Jovanić, Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland. In: Internationale Politik, Belgrad 13. Jg., H. 291 v. 20. Mai 1962, S. 15-17. Sicher ist eine Verbesserung der Außenwirtschaftsbeziehungen von einer Normalisierung des politischen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern nicht zu trennen. Vgl. dazu Rolf Audouard, Deutsche Wirtschaft an Ausweitung des Jugoslawiengeschäfts interessiert. In: Handelspartner Jugoslawien, Beilage zum Industriekurier, Düsseldorf 8. November 1966.
- 66 Vgl. Boris Meissner, Deutsch-jugoslawische Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, Stuttgart 19. Jg., H. 2, Februar 1968, S. 69 ff.
- 67 Einen Rückblick auf das deutsch-sowjetische Verhältnis seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moskau gibt Boris Meissner, Zehn Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen. In: Außenpolitik, Zeitschrift f. internationale Fragen, Stuttgart 16. Jg. 1965, H. 9, S. 597 ff.
- 68 Einen interessanten Einblick in die Problematik und Ziele der jugoslawischen Wirtschaftsreform, ihren Zusammenhang mit dem politischen System und der Nationalitätenfrage, gibt aus jugoslawischer Sicht Rudolf Bićanić, Economics of Socialism in a Developed Country. In: Foreign Affairs, Council of Foreign Relations, New York Vol. 44, 1966, No. 4 (July 1966), S. 633-650.
- 69 Eine Normalisierung der politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu den ost- und südosteuropäischen Staaten wird auch einer Intensivierung des Wirtschaftsaustausches dienen. Doch dürfen diese Möglichkeiten nicht überschätzt werden. Die Grenzen des Handelsverkehrs liegen vor allem in den wirtschaftlichen Konditionen und Zielen

der beteiligten Länder selbst. Vgl. Walter Althammer, Probleme des deutschen Osthandels. In: Mitteilungen der Südosteuropa-Gesellschaft, München 7 Jg., Juli-Dezember 1967, S. 41 ff;

Rolf Krenzel, Die Bedeutung des Ost-West-Handels für die Ost-West-Beziehungen, Göttingen 1967. = Die Deutsche Frage in der Welt Bd. 6; Ost-West-Handel im Zeichen der Entspannung, Liberalisierung, Kooperation, Beilage zu: Der Volkswirt, Frankfurt a.M. Nr. 21 v. 26. Mai 1967.

70 Zuhilfenahme kybernetischer Denkmodelle und Techniken bei der Analyse internationaler politischer Beziehungen.

Der erste grundlegende Ansatz in dieser Richtung stammt von Karl Wolfgang Deutsch. Das explizite Ziel seiner bemerkenswerten Untersuchung (The Nerves of Government, Models of Political Communication and Control, London, Free Pr. of Glencoe 1963) besteht darin, das Wissen über die Funktion der Politik in der Gesellschaft systematisch zu erfassen und zu erweitern, um die jeweilige politische Praxis an dem letzten Stand sozialtechnischer Erkenntnisse auszurichten. Das in diesem Zusammenhang von Deutsch entwickelte kybernetische Modell bietet eine Fülle von Fragestellungen und Theoremen, deren hypothetische Annahmen mit Hilfe von Simulationsanalysen zu überprüfen wären (siehe Fußnote 71). Ohne näher auf das Modell Deutsch's einzugehen, darf erwähnt werden, daß die Verbindung des von ihm entwickelten input-output-Modells als politisches System zur politischen Umwelt durch den sogenannten 'Rückkopplungseffekt' (Feedback) hergestellt wird. Einen guten Überblick über die Beziehungen von Kybernetik und Politikwissenschaft gibt vor allem Dieter Senghaas, Kybernetik und Politikwissenschaft, Ein Überblick. In: Politische Vierteljahresschrift, Zeitschrift d. Dt. Vereinigung f. Politische Wissenschaft, Köln-Opladen 7. Jg. 1966, H. 2, S. 252-276, wo auch auf weitere Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet eingegangen wird.

Einen weiteren wertvollen Ansatzpunkt zum Studium der internationalen Beziehungen bietet die Untersuchung von Morton A. Kaplan, System and Process in International Politics, New York 1957. Kaplan versucht, von vier verschiedenartigen Ausgangspunkten zum Verständnis des Verhaltens im Internationalen System beizutragen.

Von besonderem Interesse und von beachtlichem heuristischen Wert ist sein Versuch, alternativ mögliche Internationale Systeme zu beschreiben und die Umstände zu erklären, unter denen jedes einzelne System erhalten werden kann, sowie die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen ein System in ein anderes übergeht. Dazu entwickelte er sechs Formen Internationaler Systeme. 1. das 'balance of power system', 2. das 'loose bipolar system', 3. das 'tight bipolar system', 4. das 'universal system', 5. das 'hierarchical system', und 6. das 'unit veto system'.

Weitere Überlegungen Kaplans gelten den einzelnen Prozessen im Internationalen System, den herrschenden Werteskalen und strategischen Konzeptionen.

## 71 Inter-Nation-Simulation

Grundsätzlich bieten sich zwei Möglichkeiten der Simulationsgestaltung an: einmal die reine Computer-Analyse, deren Ablaufstruktur straff und beliebig oft wiederholbar ist, zum anderen die sogenannte 'man-computer-simulation'; bei ihr vollzieht sich das 'gaming' nur unter Menschen, der Computer dient im wesentlichen zur Lösung schwieriger Auswertungen; zu ihr zählt die 'Inter-Nation-Simulation' (INS).

Folgende Fragen, die im Rahmen der 'Inter-Nation-Simulation' für die Struktur und die Vorgänge der Simulation von Bedeutung sind, vermögen einen kleinen Überblick über den angesprochenen Problembereich zu geben:

1. Wie lassen sich qualitative Faktoren, im internationalen Bereich etwa Machtsicherung durch Expansion, Status quo, Streben nach Machterweiterung, in den Prozeß der Simulierung einbeziehen?
2. Kann der Computer als ein Hilfsmittel für aktuelle politische Entscheidungen herangezogen werden; vermag er den Entscheidungsträgern sogar Entscheidungen abzunehmen?
3. Gibt es einen geeigneten Maßstab für die Rangordnung der Staaten im internationalen System?
4. Sind mit Hilfe der Entwicklung eines Codes zuverlässige Aussagen für die Zukunft möglich?

Die Erforschung, Systematisierung und Planung der internationalen Beziehungen mit Hilfe elektronischer Einrichtungen verdanken wir fast ausschließlich der amerikanischen Politikwissenschaft, wobei der Brückenschlag von der Kybernetik zu den Gesellschaftswissenschaften mit Hilfe der Übersetzung technischer Muster in soziologische, psychologische und politologische Theoreme erfolgte.

An wichtiger Arbeiten sind hier vor allem zu nennen:

Harold Guetzkow (ed.), *Simulation in Social Science: Readings*, Englewood Cliffs N.J. 1962; ders. u.a., *Simulation in International Relations: Developements for Research and Teaching*, Englewood Cliffs N.J. 1963. Wichtige Einzelveröffentlichungen: Carl J. Hovland, *Computer Simulation in the Behavioral Sciences*. In: Bernard Berelson (ed.), *The Behavioral Sciences Today*, New York 1963;

Sidney Verba, *Simulation, Reality and Theory in International Relations*. In: *World Politics*, Center of International Studies, Princeton Univ., Princeton N.J., 16.Jg. 1963/64, H.3, S. 490-519;

Oliver Benson, *Challenges for Research in International Relations and Comparative Politics*. In: Barry R. Farrell, *Approaches to Comparative and International Politics*, Evanston 1966, S.338-358. Er bezeichnet die INS als die vielleicht anspruchvollste Forschungsreihe, die sich mit der Erforschung der Haltung und Handlung von Menschen unter den Bedingungen einer simulierten Politik beschäftigt;

William D. Coplin, *Inter-Nation-Simulation and Contemporary Theories of International Relations*. In: *The American Political Science*

Review, *Menasha-Wisconsin* 60.Jg. 1966, H. 3, S. 562-578.  
Eine sehr kritische Auseinandersetzung mit dem Simulations-Problem findet sich bei Anatol Rapaport, *Strategy and Conscience*, New York 1964, hier vor allem S. 125 ff.; John Diebold, *Computers, Program Management and Foreign Affairs*. In: *Foreign Affairs*, Council of Foreign Relations, New York Vol. 45. 1966/67, H. 1, S. 125-134; R. J. Rummel, *A Foreign Conflict Behavior Code Sheet*. In: *World Politics*, Center of International Studies, Princeton Univ., Princeton N.J. 18.Jg. 1965/66, H. 2, S. 283-296.

Untersuchungen, die sich mit internationalen Konflikten befassen, sind weitgehend von der Existenz bestimmter Daten bezüglich des Konfliktverhaltens einzelner Staaten über längere Zeitperioden abhängig. Da derartige Sammlungen nur sehr ungenügend zur Verfügung stehen, hat Rummel in ausführlicher Weise einen Katalog von verschiedenen Konflikten zusammengestellt. Er umfaßt sowohl die Darstellung von Fakten, wie Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Grenzstreitigkeiten, als auch eine kurze Darstellung des Konflikts. Auf dieser Basis wurde ein Kodierungsschema entworfen, um diesen Katalog zu systematisieren, die Daten für die Übernahme auf Lochkarten geeignet und sie damit für weitere Forschung verwendbar zu machen.

Die Darstellung der expansiven und variablen Mitgliederzahl des Internationalen Systems zwischen Wiener Kongreß und 2. Weltkrieg sowie die Ermittlung einer Rangfolge dieser Mitglieder entsprechend ihrer internationalen Bedeutung im gleichen Zeitraum hat sich die Untersuchung von Singer und Small zur Aufgabe gemacht. Als wesentlicher Terminus zur Charakterisierung der einzelnen Mitglieder des Internationalen Systems und ihrer Beziehungen zueinander diente dabei der Status-Begriff. Vgl. dazu: David Singer and Melvin Small, *The Composition and Status Ordering of the International System*. In: *World Politics*, Center of International Studies, Princeton Univ., Princeton N.J. 18.Jg. 1965/66, H. 2, S. 236 ff.

- 72 Vgl. Boris Meissner, *Die bilateralen Bündnisverträge der osteuropäischen Länder*. In: *Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen*, Freiburg 18.Jg. 1967, H. 10, S. 581-591.

## Biographische Angaben

Ronneberger, Franz, Professor Dr. jur. habil., Ordinarius für Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

85 Nürnberg, Schußleitenweg 150

Geb. 15. 3. 1913 in Auma (Thüringen)

1935-39 Assistent am Südosteuropa-Institut München, 1939-45 Leiter der Korrespondenzstelle Wien (Südost) des Auswärtigen Amtes, 1940-44 Lehrbeauftragter an der Hochschule für Welthandel in Wien, 1944-45 Dozent an der Hochschule für Welthandel in Wien, 1948-58 Ressortleiter Dokumentation in der Westdeutschen Allgemeinen Essen, 1952 Dozent an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk, 1958-60 Hochschulreferent im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft Essen, 1960 Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Bielefeld und Privatdozent für Verfassungs- und Verwaltungslehre an der Universität Münster, seit 1964 ordentlicher Professor für Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Fachrichtung: Theorie politischer Systeme und Theorie der Entwicklungsländer, insbes. Südosteuropas; Rechtssoziologie; Kommunikationswissenschaft; Verwaltungswissenschaft; Soziologie des Bildungswesens.